

POLICY PAPER

E L S E

F R E N K E L -

B R U N S W I K

I N S T I T U T

FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG IN SACHSEN
AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

EFBI POLICY PAPER 2023-2

OLIVER DECKER, JOHANNES KIESS &
ELMAR BRÄHLER

KONTAKT

PIA SIEMER
T: +49 341 97-37892
M: PIA.SIEMER@UNI-LEIPZIG.DE

AUTORITÄRE DYNAMIKEN UND DIE UNZUFRIEDENHEIT MIT DER DEMOKRATIE

DIE RECHTSEXTREME EINSTELLUNG IN DEN OSTDEUTSCHEN BUNDESLÄNDERN

ABSTRACT

In diesem Policy Paper berichten wir die Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Erhebung in den ostdeutschen Bundesländern. Die Stichprobe umfasst $N = 3.546$ Befragte und gestattet Vergleiche zwischen einzelnen Bundesländern und Bevölkerungsgruppen, die bei kleineren Stichproben nicht möglich sind. Wir betrachten die rechtsextreme Einstellung, die Zufriedenheit mit der Demokratie und die Verbreitung ausgewählter Ressentiments. Weiterhin wird ein Längsschnittvergleich durchgeführt, der die Entwicklung über die letzten 21 Jahre abbildet. In einer ersten Analyse der Ursachen werden auch ostdeutsche Identität, Erfahrungen der

Transformation und die Bewertung der DDR als Einflussfaktoren auf die rechtsextreme Einstellung berücksichtigt.

Die abschließende Einordnung erfolgt aus Sicht der Landesforschungsinstitute für Brandenburg (S. 30), Sachsen (S. 33), Sachsen-Anhalt (S. 36) und Thüringen (S. 40).

AUF EINEN BLICK

Die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen ist in den ostdeutschen Bundesländern hoch. Besonders die Ausländerfeindlichkeit und der Chauvinismus finden auf der Ebene einzelner Items so hohe Zustimmung, dass der Anteil der Ablehnenden bei einzelnen Items nicht einmal die Hälfte der Befragten ausmacht, in einzelnen Bundesländern werden Aussagen mit eindeutig rechtsextremem Inhalt nur von 20–30 % zurückgewiesen. Die Ergebnisse für den tradierten Antisemitismus und die Diktaturbefürwortung fallen ähnlich aus und bei einem Großteil der Menschen finden sich auch Schuldabwehrantisemitismus und Muslimfeindschaft. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass extrem-rechte Parteien mit ihren ideologischen Angeboten zahlreiche Anknüpfungspunkte in die Breite der Bevölkerung haben. Konsequenterweise finden sich unter den Anhängern der AfD auch die meisten Menschen mit rechtsextremen Einstellungen. Zieht man einen Indexwert heran, wird die manifeste rechtsextreme Einstellung nach Dimensionen beschreibbar. So zeigt sich ein Viertel der Ostdeutschen geschlossen ausländerfeindlich und ein Fünftel geschlossen chauvinistisch. 7 % haben ein geschlossen rechtsextremes Weltbild. Besonders ausgeprägt ist die Zustimmung in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Da sich die meisten Menschen mit einem

geschlossen rechtsextremen Weltbild bisher nicht entscheiden können, an den Wahlen teilzunehmen, liegt hier noch weiteres Potenzial für extrem-rechte und neonazistische Parteien. Auch wenn sich eine deutliche Mehrheit der Befragten mit der Demokratie als Idee identifizieren kann, ist doch nicht einmal die Hälfte zufrieden mit ihrem Alltagserleben der Demokratie, die überwältigende Mehrheit fühlt sich politisch einflusslos. Zwar ist die Identifikation mit der DDR und als Ostdeutscher weit verbreitet, jedoch haben diese Identifikationen wie auch eine Reihe von soziodemografischen Faktoren nur geringen Einfluss auf die rechtsextreme Einstellung. Die größte Erklärungskraft in der Analyse bieten eine Verschwörungsmentalität und der Wunsch nach autoritärer Unterwerfung. Es zeigt sich an dieser Stelle, dass sich derzeit viele Menschen in den ostdeutschen Bundesländern nicht mehr demokratische Teilhabe und Sicherung der demokratischen Grundrechte wünschen, sondern die scheinbare Sicherheit einer autoritären Staatlichkeit.

Die Studie wurde als Projekt des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (Teilinstitut Leipzig) vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Else-Frenkel-Brunswik-Institut wird auf Grundlage eines Beschlusses des Sächsischen Landtags gefördert.

RECHTSEXTREME EINSTELLUNG – (K)EIN OSTDEUTSCHES PROBLEM

Der Vereinigungsprozess der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik war seit dem Mauerfall 1989 von massiven Pogromen, Gewalttaten gegen Migranten und Anschlägen auf Synagogen begleitet. Unter dem Eindruck der neonazistischen Gewalttaten und der ressentimentgeladenen Gewalt wurde die Frage zunehmend relevant, wie stark entsprechende politische Einstellungen in der Bevölkerung verbreitet waren. Einen ersten Hinweis auf die Verbreitung einer Ideologie der Ungleichwertigkeit gaben seit den 1990er Jahren die Wahlerfolge extrem-rechter Parteien wie etwa der NPD oder der DVU. Weil diese Parteien insbesondere in Ostdeutschland Erfolge an der Wahlurne hatten, kam schnell der Verdacht eines ostdeutschen Sonderwegs auf. Erste empirische Untersuchungen gaben weitere Hinweise auf die zirkulierenden Ressentiments (z.B. Pohrt 1991; Siegler 1991; Heitmeyer 1992; Falter 1994). Da noch keine vergleichbaren Zahlen im Zeitverlauf vorlagen, um auf diese Herausforderungen reagieren zu können, wurden unabhängig voneinander Anfang der 2000er Jahre zwei Studienreihen begonnen: Einmal untersuchte die Forschungsgruppe „Deutschen Zustände“ um den Bielefelder Sozialpsychologen Wilhelm Heitmeyer von 2002 bis 2012 die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF), also die Verbreitung von Ressentiments gegen spezifische Gruppen in Deutschland (zuletzt: Heitmeyer 2012), zum anderen begannen 2002 die von uns bis heute durchgeführten Leipziger Autoritarismus Studien (bis 2018 bekannt geworden als Leipziger „Mitte“-Studien; zuletzt: Decker et al. 2022b), mit der wir im Zweijahresrhythmus die Verbreitung der rechtsextremen Einstellung und autoritäre Dynamiken in der Bundesrepublik erfassen.

Auffällig war in den Befunden unserer Studienreihe zweierlei: Zum einen war zu Anfang der Untersuchung die antidemokratische Einstellung nicht in allen Dimensionen stärker in Ost- als in Westdeutschland ausgeprägt. Zum anderen aber bestanden zwischen Ost- und Westdeutschland von Beginn an unterschiedliche Abwertungsbereitschaften und in den Folgejahren traten deutlichere Unterschiede in der politischen Kultur hervor. Während in Westdeutschland die Zustimmung zu extrem rechten Aussagen kontinuierlich abnahm, mussten wir in Ostdeutschland Konjunkturen des Ressentiments

beobachten. So stieg zum Beispiel der Antisemitismus bis 2012 massiv an, obwohl er noch zehn Jahre zuvor deutlich seltener in Ost- als in Westdeutschland anzutreffen war (im Überblick: Decker et al. 2022c). In vertiefenden Untersuchungen auf Grundlage von Mehrebenenanalysen konnten soziostrukturelle Kontextfaktoren identifiziert werden, die als Ursache für die Ressentiments in Ostdeutschland ausgemacht werden können (Dilling under review). Liegen ähnliche sozio-ökonomische Konstellationen in Westdeutschland vor, lassen sich entsprechende autoritäre Dynamiken auch in Westdeutschland beobachten (Heller et al. 2022). Dennoch bleibt angesichts der tatsächlichen Verbreitung extrem-rechter Einstellung und autoritärer Reaktion gerade in Ostdeutschland die Frage nach den spezifischen Ursachen aktuell.

In einzelnen ostdeutschen Bundesländern wurden deshalb ebenfalls Reihenuntersuchungen mit repräsentativen Befragungen aufgelegt, mit denen sowohl die antidemokratische Einstellung in verschiedenen Facetten wie auch die unterschiedlichen regionalen Einflussfaktoren untersucht werden. Diese Landesmonitore existieren in Thüringen (Reiser et al. 2023), Berlin (Pickel et al. 2023), Sachsen-Anhalt (Holtmann et al. 2020) und Sachsen (Dilling et al. 2023). Im Rahmen des Berliner Landesmonitors wird die repräsentative Erhebung ergänzt durch vertiefende Analysen zu bestimmten Phänomenbereichen wie etwa Antisemitismus (Reimer-Gordinskaya et al. 2020; Pickel et al. 2022). Eine Forschungslücke besteht allerdings in einem vergleichenden Ansatz zwischen den Bundesländern. Die methodischen Zugänge der Landesmonitore wie auch die eingesetzten Fragebögen unterscheiden sich deutlich. Weil wiederum in bundesweiten Erhebungen die Größe der Teilstichprobe für Ostdeutschland selten eine weitere Unterteilung zulässt, konnten bisher keine Vergleiche der ostdeutschen Bundesländer auf der Einstellungsebene durchgeführt werden. Auch wenn der Fokus auf Ostdeutschland aus nachvollziehbaren Gründen wegen des in Teilen erheblich abwertenden Grundtons immer wieder in die Kritik geriet (Mau 2019; Oschmann 2023), machen doch die besonderen Herausforderungen, die sich für die politische Kultur (nicht nur) aus dem Transformationsprozess ergeben, vertiefende Analysen notwendig. Hier liegt eine weitere

Forschungslücke, da bisher weder eigene Erfahrungen in der DDR, transgenerationale Weitergaben dieser Erfahrungen noch die Bedingungen des Vereinigungsprozess nach 1989 in repräsentative Befragungen eingegangen sind. Deshalb wurde von uns in Kooperation mit den BMBF-Forschungsverbünden „Seelenarbeit im Sozialismus“ (Jena) und „DDR – Vergangenheit und psychische Gesundheit“ (Mainz) eine Befragung ausschließlich in den fünf neuen Bundesländern durchgeführt, die auf Grund der Stichprobengröße sowohl Aussagen zu einzelnen Bundesländern als auch den Vergleich zwischen ihnen zulässt. Zudem wurden umfangreich die Erfahrung während der DDR, des Transformationsprozesses sowie ihre Bewertung erhoben. Mit diesem Policy Paper legen wir die erste Auswertung zu dieser Erhebung vor.

In den letzten Jahren wurden in Ostdeutschland eine Reihe von Landesforschungsinstituten gegründet, in Brandenburg die Julius-Emil-Gumbel-Forschungsstelle am Moses Mendelsohn Zentrum, das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Thüringen, das Else-Frenkel-Brunswik-Institut an der Universität Leipzig für Sachsen und das Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal für das Bundesland Sachsen-Anhalt. Diese Einrichtungen in den ostdeutschen Bundesländern kooperieren im Verbund der Forschungszentren für Demokratie- und Rechtsextremismusforschung (VRFD; s. vfrd.de). In diesem Policy Paper werden deshalb im Anschluss an die empirischen Ergebnisse analytische Einordnungen der Befunde aus der Perspektive des jeweiligen Bundeslands vorgenommen.

DIE BEFRAGUNG IN DEN OSTDEUTSCHEN BUNDESLÄNDERN

ERHEBUNGSMETHODE UND STICHPROBEN METHODE

Seit 2002 werden von uns bevölkerungsrepräsentative Studien zur politischen Einstellung in Deutschland durchgeführt (zuletzt Decker et al. 2022b). Während des gesamten Zeitraums fielen dabei die unterschiedlichen politischen Orientierungen in Ost- und Westdeutschland auf. Während diese zu Anfang unserer Erhebungsreihe für die neuen und alten Bundesländer noch verwandte Ausprägungen zeigten und in Ostdeutschland antisemitischen Aussagen sogar seltener offen zugestimmt wurde, verlief die Entwicklung im Laufe der Jahre gegenläufig. So war in Westdeutschland in der Tendenz eine Abnahme offen geäußerter rechtsextremer Einstellung zu verzeichnen, in Ostdeutschland fanden sich starke Schwankungen. Da die Stichprobe in den ostdeutschen Bundesländern wegen des geringeren Anteils an der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung zu klein ausfällt, lassen sich in der Regel politische Einstellungen und ihre Einflussfaktoren nicht getrennt für einzelne ostdeutsche Bundesländer berechnen. Somit konnten die Unterschiede in der politischen Kultur innerhalb und zwischen den ostdeutschen Bundesländern bisher bei Einstellungsuntersuchungen nicht ausreichend gewürdigt werden. Mit der hier vorliegenden Auswertung wollen wir diese Forschungslücke schließen helfen, indem wir auf repräsentativer Basis die Verbreitung der antidemo-

kratischen Einstellung und Ressentiments dokumentieren. Auch wollen wir die Frage nach dem Einfluss einer ostdeutschen Gruppenidentität und der Wahrnehmung des Wendeprozesses auf die politische Einstellung in der Gegenwart empirisch prüfen.

Zusammen mit Wissenschaftlern der Universitäten Jena und Mainz haben wir im Jahr 2022 eine bevölkerungsrepräsentative Studie in der Wohnbevölkerung der fünf ostdeutschen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie derjenigen Ost-Berlins durchgeführt. Auch wenn es sich im Falle von Ost-Berlin nicht um ein eigenes Bundesland handelt, bleibt dennoch die Frage, welche Besonderheiten in der politischen Einstellung sich auf dem Gebiet der ehemaligen Hauptstadt der DDR verzeichnen lassen. Beauftragt wurde mit der Befragung das Markt- und Meinungsforschungsinstitut USUMA. Um die Vergleichbarkeit mit den bisher von uns durchgeführten Leipziger Autoritarismus Studien sicherzustellen, wurde ein repräsentatives Sample an Privathaushalten entlang des von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Meinungsforschungsinstitute zur Verfügung gestellten Auswahlrahmens gezogen. In insgesamt 277 Sample-Points wurden 6.648 Haushalte für die Befragung ausgewählt. Die Erhebung verlief in zwei Wellen vom 3.5. bis zum 10.9.2022.¹ Durch qualitätsneutrale Ausfälle reduzierte sich die

1) In einer früheren Version war nicht der vollständige Erhebungszeitraum angegeben. Wir haben dies angepasst [Stand: 04.7.2023].

TABELLE 1

ÜBERSICHT DER ANTWORTKATEGORIEN DES FRAGEBOGENS ZUR RECHTSEXTREMEN EINSTELLUNG

	Lehne völlig ab	Lehne über- wiegend ab	Stimme teils zu, teils nicht zu	Stimme über- wiegend zu	Stimme voll und ganz zu
Skalenwert	1	2	3	4	5
inhaltliche Zuordnung	Ablehnung		latente Zustimmung	manifeste Zustimmung	

Zahl der benutzten Adressen auf 6.478. Insgesamt konnten 3.074 Interviews erhoben werden, was einer sehr hohen Ausschöpfungsquote von 46,2% entspricht und sich von allen derzeit in der repräsentativen Forschung genutzten Verfahren deutlich abhebt. Für die Untersuchung der politischen Einstellungen wurden zudem die ostdeutschen Befragten der Leipziger Autoritarismus Studie 2022 mit in die Analyse aufgenommen (Erhebungszeitraum 3.3.-26.5.2022; vgl. Decker et al. 2022c), so dass insgesamt N = 3.546 Probanden für die Analyse der Einstellung zur Verfügung stehen. Tabelle 9 im Anhang gibt die Soziodemografie der Stichprobe wieder.

Das methodische Vorgehen war bei beiden Erhebungen identisch. In den angesteuerten Haushalten wurden mündlich-persönliche Interviews von geschulten Interviewern mit den ausgewählten Probanden durchgeführt. Der Fragebogen bestand zudem aus einem Selbstausfüllerteil, um eine zu starke Verzerrung der Antworten im Sinne einer sozialen Erwünschtheit zu verhindern. Die politische Einstellung wurde mittels des Leipziger Fragebogens zur rechtsextremen Einstellung erhoben (Decker et al. 2013; Heller et al. 2020). Er umfasst 18 Aussagen, von denen jeweils drei den folgenden Dimensionen zuzuordnen sind: Befürwortung einer Diktatur, Antisemitismus, NS-Verharmlosung und Sozialdarwinismus (zusammengefasst als Neo-NS-Ideologie) sowie Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus als Elemente eines Ethnozentrismus (Heyder & Decker 2011). Zudem wurde in getrennten Items der Schuldabwehrantisemitismus und der israelbezogene Antisemitismus sowie mit einem Item die Muslimfeindschaft erfasst. Ebenfalls Eingang fanden Fragebögen zur Zufriedenheit mit der Demokratie, zur Messung von Anerkennungserfahrung als Bürger, zur politischen Deprivation und zur subjektiven Einschätzung der nationalen und eigenen wirtschaftlichen Lage (vgl. Decker et al. 2023). Weiterhin nahmen wir insgesamt vier Dimensionen des autoritären Syndroms in die Erhebung auf: Hierzu gehören die autoritäre Aggression, die autoritäre Unterwürfigkeit, der Konventionalismus und die Verschwörungsmentalität

(Decker et al. 2020; Schließler et al. 2020). Durch die Kooperation mit dem BMBF-Verbundforschungsprojekts „DDR-Vergangenheit und psychische Gesundheit: Risiko- und Schutzfaktoren“ können wir für die folgende Analyse zusätzlich auf Fragebögen zur Gruppenidentifikation und der Einschätzung der DDR zurückgreifen.

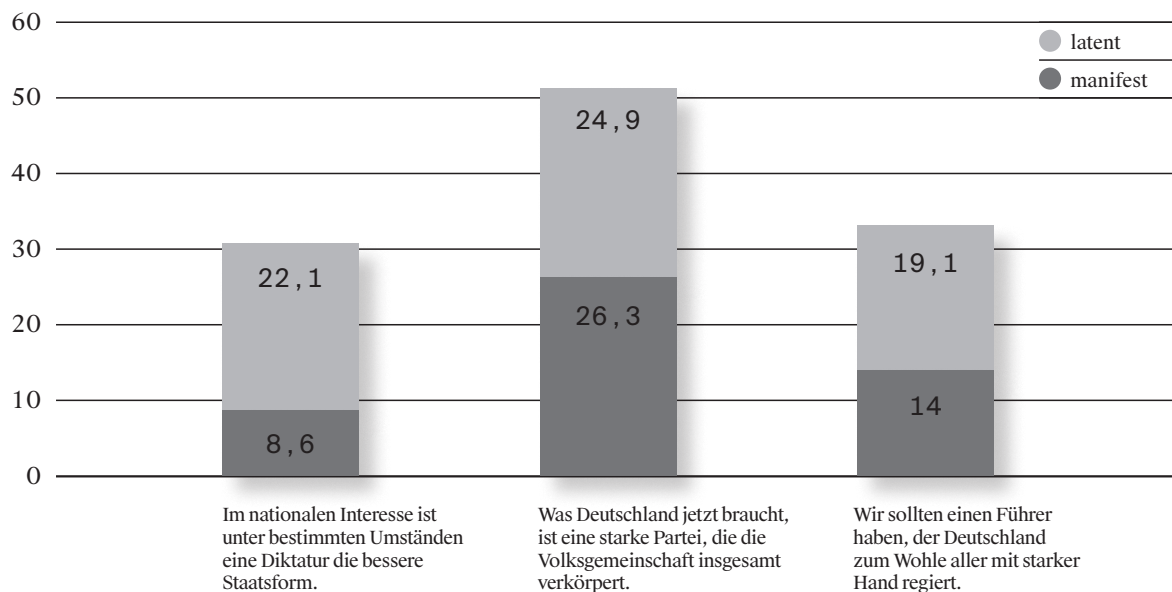
DIE VERBREITUNG RECHTSEXTREMER EINSTELLUNGEN IN DEN OSTDEUTSCHEN BUNDESLÄNDERN 2022

Zunächst berichten wir die Ergebnisse im Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung. Der Tabelle 8 ist die prozentuale Verteilung über die Antwortkategorien zu den 18 Items des Fragebogens zu entnehmen. Bemerkenswert ist, dass die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen in der Regel bei um die 10% liegt (stimme überwiegend und stimme voll und ganz zu). Teilweise Zustimmung finden die Aussagen bei 20% bis 30% der Befragten, deutlich höher liegen aber die Zustimmungswerte bei den Dimensionen Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus, also bei den Elementen einer ethnozentrischen Weltsicht, in der das Eigene auf- und das „Andere“ abgewertet wird.

Um die Ergebnisdarstellungen besser nachvollziehen zu können, haben wir die fünfstufige Likert-Skalierung noch einmal in Tabelle 1 aufgeführt. Wir unterscheiden in der folgenden Darstellung zwischen der manifesten Ablehnung der Aussagen (Kategorie 1 „lehne völlig ab“ und Kategorie 2 „lehne überwiegend ab“), einer latenten Zustimmung (Befragte stimmen teilweise zu, bleiben aber teilweise auf Distanz; Kategorie 3) und der manifesten Zustimmung (umfasst die beiden ausdrücklich bejahenden Kategorien 4 und 5). Wir sprechen bei der dritten Kategorie von latenter Zustimmung, da sie den Befragten die Möglichkeit gibt, sich nicht eindeutig positionieren zu müssen, aber dem Inhalt der extrem-rechten Aussagen dennoch in Teilen zuzustimmen. Um dieses Potenzial in unseren Analysen abzubilden, werden wir in den folgenden Darstel-

ABBILDUNG 1

MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZU DEN AUSSAGEN DER DIMENSIONEN „BEFÜRWORTUNG EINER RECHTSAUTORITÄREN DIKTATUR“ (NEO-NS-IDEOLOGIE; IN%)



lungen zwischen latenter und manifester Zustimmung differenzieren.

Wir stellen deshalb die latente und manifeste Zustimmung der Antwort je Dimensionen und entlang ihrer Zugehörigkeit zur Neo-NS-Ideologie bzw. zum Ethnozentrismus über alle ostdeutschen Bundesländer zusammen dar (vgl. Heyer & Decker, 2011).

Die größte Zustimmung bei den Aussagen der Dimensionen „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ findet der Wunsch nach einer „starken Partei“, zusammen mit der latenten Zustimmung können sich dieser Forderung die Hälfte der Befragten anschließen (Abb. 1). Die Forderung nach einem Führer findet immerhin bei einem Drittel der Ostdeutschen Unterstützung. Ebenfalls ein knappes Drittel hält unter bestimmten Umständen eine Diktatur für die bessere Staatsform und spricht sich damit gegen pluralistische Interessenaushandlung und demokratische Regierungsformen aus.

Aus Platzgründen kann nicht bei allen Aussagen die Zustimmung nach Bundesländern berichtet werden. Wir haben uns deshalb entschieden, jeweils eine Aussage für die Dimensionen Diktaturbefürwortung, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit exemplarisch herauszugreifen. Wir wählen dafür jeweils das Item mit der höchsten Zustimmung aus. Abbildung 2 gibt die Verteilung der Forderung nach einer starken Partei in den Bundesländern an.

Sachsen-Anhalt hebt sich bei der manifesten Einstellung am deutlichsten ab. Berücksichtigt man die latente Zustimmung, dann müssen die geringen

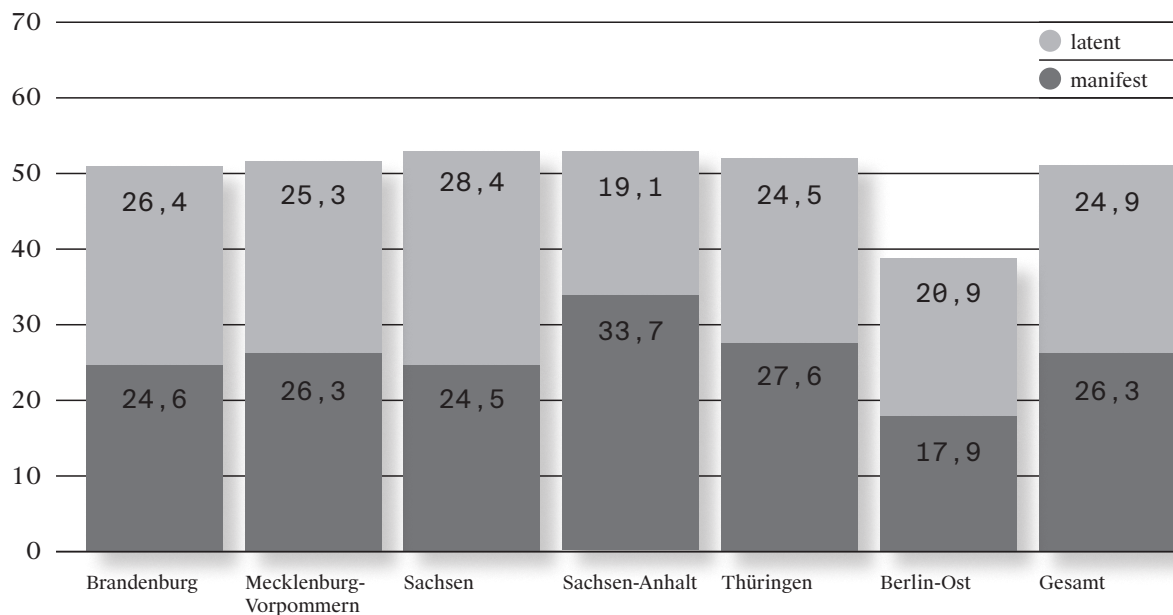
Unterschiede zwischen den Ländern festgehalten werden: Mit der Forderung nach einer „starken Partei“ kann die Hälfte der Ostdeutschen erreicht werden.

NS-Verharmlosung als zweite Dimension der Neo-NS-Ideologie ist demgegenüber schwächer ausgeprägt (Abb. 3). Aber selbst bei dieser am wenigsten verbreiteten Neo-NS-Ideologie sind es insgesamt jeweils rund 20%, die sich je Aussage bereit finden, ihr zumindest teilweise zuzustimmen, und etwa am Nationalsozialismus „auch seine guten Seiten“ sehen.

Deutlich stärker ist wiederum die Zustimmung zu den Aussagen des Sozialdarwinismus (Abb. 4). Hier ist es bereits manifest jeweils jeder Zehnte der Befragten, das zustimmt. Mit der latenten Zustimmung eingerechnet unterstützt ein Drittel die biologistische Idee eines Vorrechts des Stärkeren in der Gesellschaft. Eine kategorische Ungleichwertigkeit des Lebens sehen 18% explizit und weitere knapp 10% zumindest teilweise. An Abbildung 5 sehen wir die ebenfalls weit verbreitete Zustimmung zu antisemitischen Aussagen mit tradiertem Inhalt. Bereits das klassische „Gerücht über den Juden“ (Adorno 1954) findet bei 10 Prozent manifeste Zustimmung, ein Fünftel stimmt teilweise zu. Die manifeste Zustimmung zum Antisemitismus verdeutlicht auch die Funktion dieses Ressentiments als Brückens-ideologie zwischen verschiedenen politischen Milieus. Die soziale Sanktion gegen tradierten Antisemitismus wird in Ostdeutschland (inzwischen) schwächer empfunden als in Westdeutschland, die

ABBILDUNG 2

MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZUR AUSSAGE „WAS DEUTSCHLAND JETZT BRAUCHT, IST EINE STARKE PARTEI, DIE DIE VOLKSGEMEINSCHAFT INSGESAM VERKÖRPERT“



Abwertung offener gezeigt.

Allerdings ist auch der latente Antisemitismus sehr stark ausgeprägt. Die teilweise Zustimmung ist deutlich größer und damit steigt der Anteil derjenigen in der Bevölkerung, von denen eine Bedrohung für jüdisches Leben in Ostdeutschland ausgeht, massiv an. Im Vergleich zwischen den Bundesländern fallen besonders Sachsen und Thüringen auf (Abb. 6). Während Sachsen die höchsten manifesten Zustimmungswerte erreicht, liegt der Summenwerte aus latentem und manifestem Antisemitismus in Thüringen am höchsten.

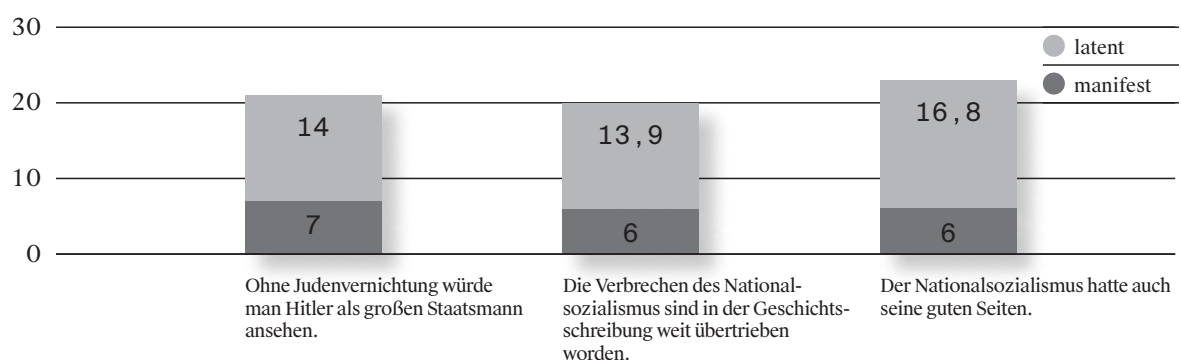
Erwartungsgemäß fällt die Zustimmung zu den Aussagen der ethnozentrischen Dimensionen rechts-extremer Einstellung, also zu Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit, noch stärker aus. Der Chau-

vinismus (Abb. 7) mit seinem Wunsch nach Deutschlands nationaler Größe findet in jeder Aussage bei einer überwältigenden Mehrheit der Ostdeutschen Anklang. Die Unterstützung des harten „Durchsetzens deutscher Interessen“ ist manifest etwas seltener verbreitet als der Wunsch nach einem starken Nationalgefühl. Aber es ist dieser letztgenannte Wunsch, der lediglich von etwa einem Drittel der Befragten nicht (auch nicht „teilweise“) empfunden wird.

Ebenfalls hoch ist die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen (Abb. 8). Diese generalisierten Vorurteile gegen Migranten finden wiederum bei mehr als der Hälfte der Ostdeutschen Zustimmung, nur 40% sehen keine Gefahr „der Überfremdung“ und gerade mal ein Drittel findet nicht, dass „die Ausländer“ nur hierher kommen, um den Sozialstaat

ABBILDUNG 3

MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZU DEN AUSSAGEN DER DIMENSIONEN „VERHARMLOSUNG DES NATIONALSOZIALISMUS“ (NEO-NS-IDEOLOGIE; IN%)



„auszunutzen“. Es ist kein Wunder, dass selbst von Vertretern demokratischer Parteien entsprechende Wahlkampfpropaganda aufgegriffen wird.

Bei einer nach Bundesländern differenzierten Betrachtung für die Aussage „Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ fällt wieder die manifeste Zustimmung in Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in Brandenburg und Sachsen auf. In Mecklenburg-Vorpommern und Ost-Berlin liegt sie deutlich unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer. Berücksichtigen wir die latente Zustimmung, wird der trotzdem hohe Anteil der Bevölkerung, der durch entsprechende Parolen für extrem-rechte Propaganda empfänglich ist, auch in diesen Regionen deutlich (Abb. 9).

Betrachten wir nun die manifeste Zustimmung zu den Dimensionen nach ausgewählten Merkmalen. Hierfür wird ein Indexwert gebildet. Die Prozentangaben in den Abbildungen 11 bis 13 geben den Anteil der Probanden an, die durchschnittlich allen drei Aussagen zustimmen können (die Summe der Zustimmungswerte ist ≥ 12). Dadurch fallen die Werte niedriger aus, als in den bisherigen Abbildungen berichtet, auch wird die latente Zustimmung nicht mehr berichtet. Den Abbildungen 11 bis 13 sind die Zustimmungswerte nach Bundesland zu entnehmen. Um den Vergleich zur Einstellung in Westdeutschland zu ermöglichen, ziehen wir an dieser Stelle die entsprechenden Werte aus der Leipziger Autoritarismus Studie 2022 (LAS 22) heran (Decker et al. 2022c).

Durch die Berücksichtigung allein der manifesten Zustimmung fällt der prozentuale Anteil der Dikta-

tur-Befürwortung wie auch des Antisemitismus deutlich niedriger aus, niedriger auch als die anderen Werte, welche insbesondere die Dimensionen des Ethnozentrismus erreichen.

Aus den Abbildungen 11 bis 13 wird bereits deutlich, welche Problemlage in Sachsen-Anhalt besteht. Bis auf eine Ausnahme finden wir im Bundesland die höchsten Zustimmungswerte auf allen Dimensionen (beim Chauvinismus liegt Brandenburg knapp davor). Weiterhin fällt auf, dass sich Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in unterschiedlicher Ausprägung von den anderen drei ostdeutschen Ländern unterscheiden. Es wird deutlich, dass in diesen drei Bundesländern nicht nur einzelne Dimensionen als Brückenideologie extrem-rechter Akteure und Parteien genutzt werden können, sondern alle Dimensionen der von uns erfassten rechtsextremen Einstellung in der Bevölkerung in einem bedrohlichen Maße anzutreffen sind. Sachsen-Anhalt ragt hierbei besonders heraus. Noch einmal verweisen wir auf die gleichfalls bestehende latente Zustimmung, welche die Verletzlichkeit der Demokratie durch die Verbreitung der Ressentiments in der Bevölkerung noch deutlicher macht. Der Ethnozentrismus ist in seiner manifesten Erscheinung von Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus die am häufigsten zu beobachtende Bedrohung innerhalb des Ressentiments, welches in Ostdeutschland gegen die Demokratie besteht (Abbildung 13). Gerade die Ausländerfeindlichkeit ist eine der großen Herausforderungen für die demokratische Gesellschaft in Ostdeutschland. Besonders hervorzuheben ist hier neben Sachsen-Anhalt das Land Brandenburg.

ABBILDUNG 4

MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZU DEN AUSSAGEN DER DIMENSIONEN „SOZIAL-DARWINISMUS“ (NEO-NS-IDEOLOGIE; IN%)

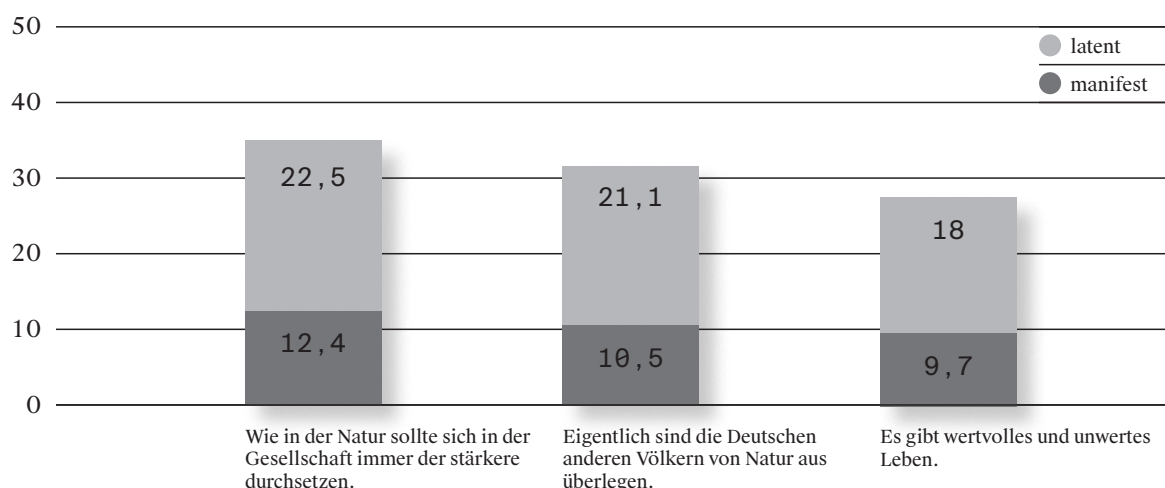
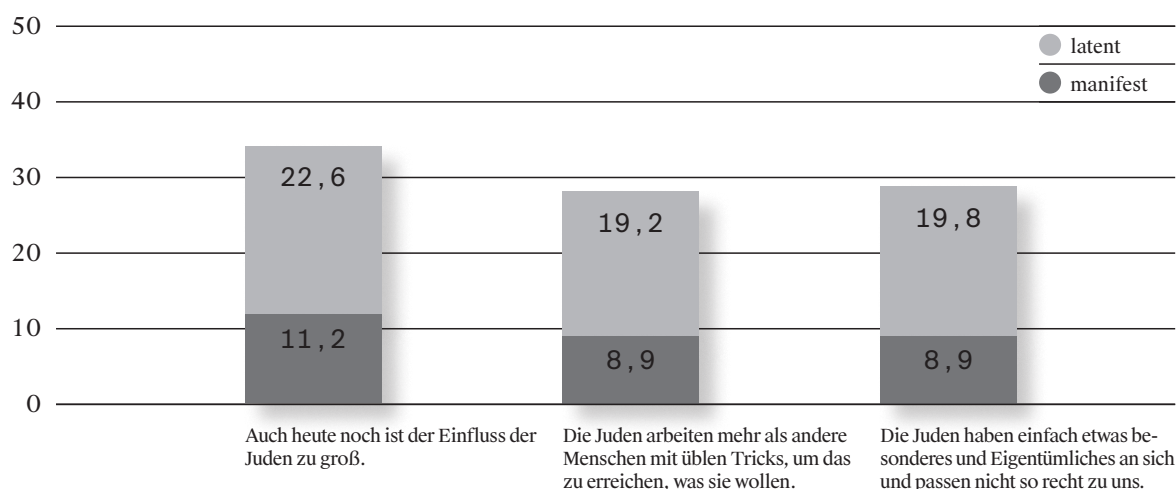


ABBILDUNG 5

MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZU DEN AUSSAGEN DER DIMENSIONEN „ANTISEMITISMUS“ (NEO-NS-IDEOLOGIE; IN%)



Betrachten wir die Zustimmungswerte im Zeitverlauf. Hierfür wurden die Erhebungen der Leipziger Autoritarismus Studien zusammengefasst (Tab. 2). Die Stichproben von 2002 bis 2010 und von 2012 bis 2020 ergeben bei vergleichbarer Stichprobengröße einen langjährigen Mittelwert der Einstellung aus etwa einer Dekade. Vergleicht man diese Ergebnisse mit den Zustimmungswerten 2022 fällt sehr deutlich auf, dass es kaum Veränderungen in der politischen Einstellung gibt. In der öffentlichen Debatte über die letzten 20 Jahre hat es zwar immer wieder Schwankungen in der Häufigkeit der Kommunikation von Ressentiments gegeben, spätestens seit den Wahlerfolgen extrem-rechter Parteien wie

der NPD und der AfD finden entsprechende Stimmen auch Eingang in die Landesparlamente Ostdeutschlands. Aber am Anteil derjenigen, die Elemente der extrem-rechten Ideologie teilen, hat sich nicht viel geändert. Der leichte Rückgang etwa bei der Diktaturbefürwortung und der ebenso leichte Anstieg des Chauvinismus sollten vorsichtig interpretiert werden. Auch weist Tabelle 2 einen in der Tendenz leichten Rückgang der ausländerfeindlichen Einstellung aus; diese Veränderungen sind aber noch zu gering, um als mehr als eine Tendenz bezeichnet zu werden. Das bedeutet allerdings, dass zwar die öffentliche Auseinandersetzung um antidemokratische Ressentiments sicherlich intensiver geführt wird, diese

ABBILDUNG 6

MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZUR AUSSAGE „AUCH HEUTE NOCH IST DER EINFLUSS DER JUDEN ZU GROSS“ NACH BUNDESLÄNDERN (IN%)

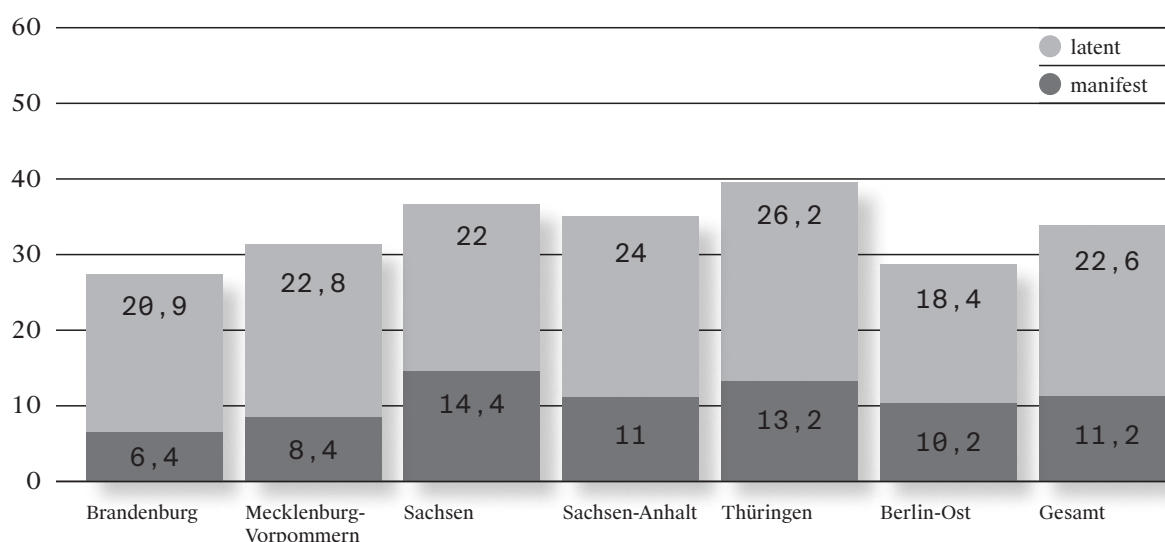
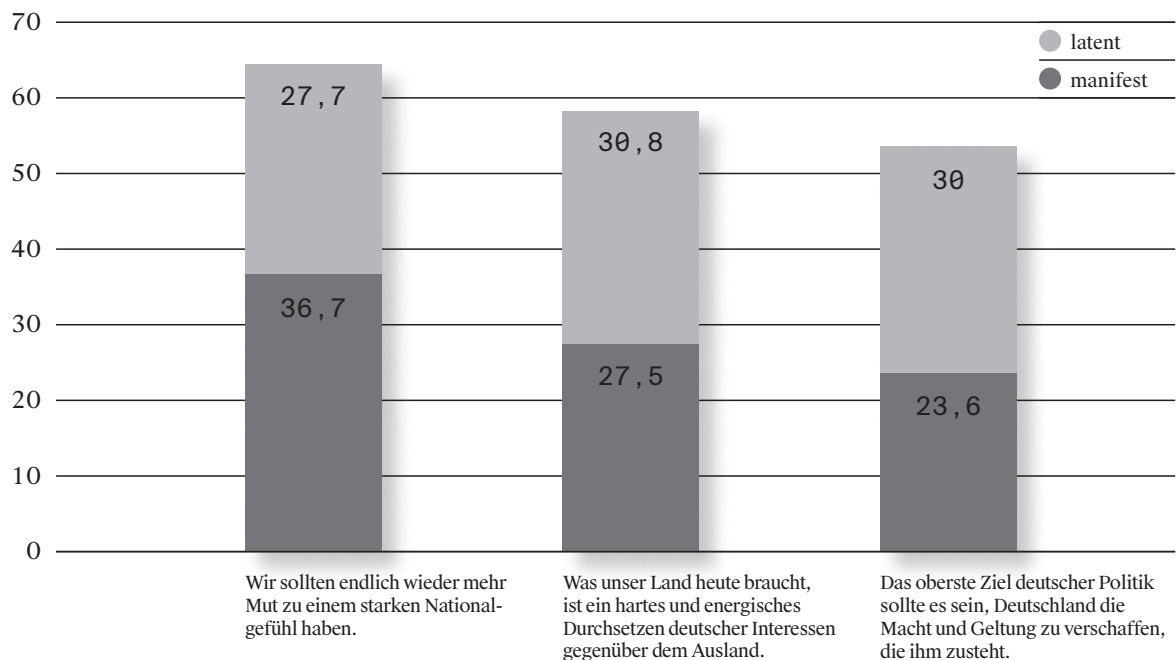


ABBILDUNG 7

MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZU DEN AUSSAGEN DER DIMENSIONEN
„CHAUVINISMUS“ (ETHNOZENTRISMUS; IN%)



Debatte aber auf die Einstellung der Menschen so gut wie keinen Einfluss hat. Der Effekt der öffentlichen Auseinandersetzung besteht dann „nur“ in der Sicherung demokratisch-liberaler Mindeststandards einer pluralen Demokratie. Die Frage, wie diejenigen erreicht werden können, die diese Stan-

dards ablehnen, muss vor dem Hintergrund dieses Befunds als unbeantwortet gelten.

Ein gewisser Anteil der Bevölkerung stimmt durchschnittlich allen 18 Aussagen des Fragebogens zur rechtsextremen Einstellung zu (Gesamtsumme > 63, vgl. Skalierung in Tab. 1). Bei dieser Gruppe

ABBILDUNG 8

MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZU DEN AUSSAGEN DER DIMENSIONEN
„AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT“ (ETHNOZENTRISMUS; IN%)

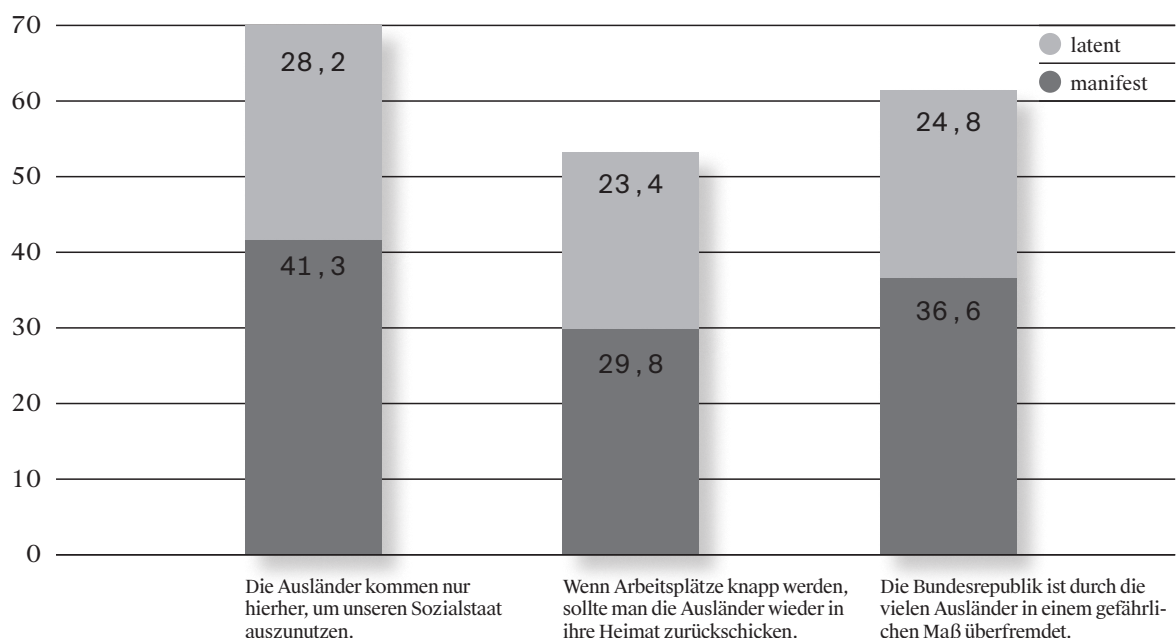
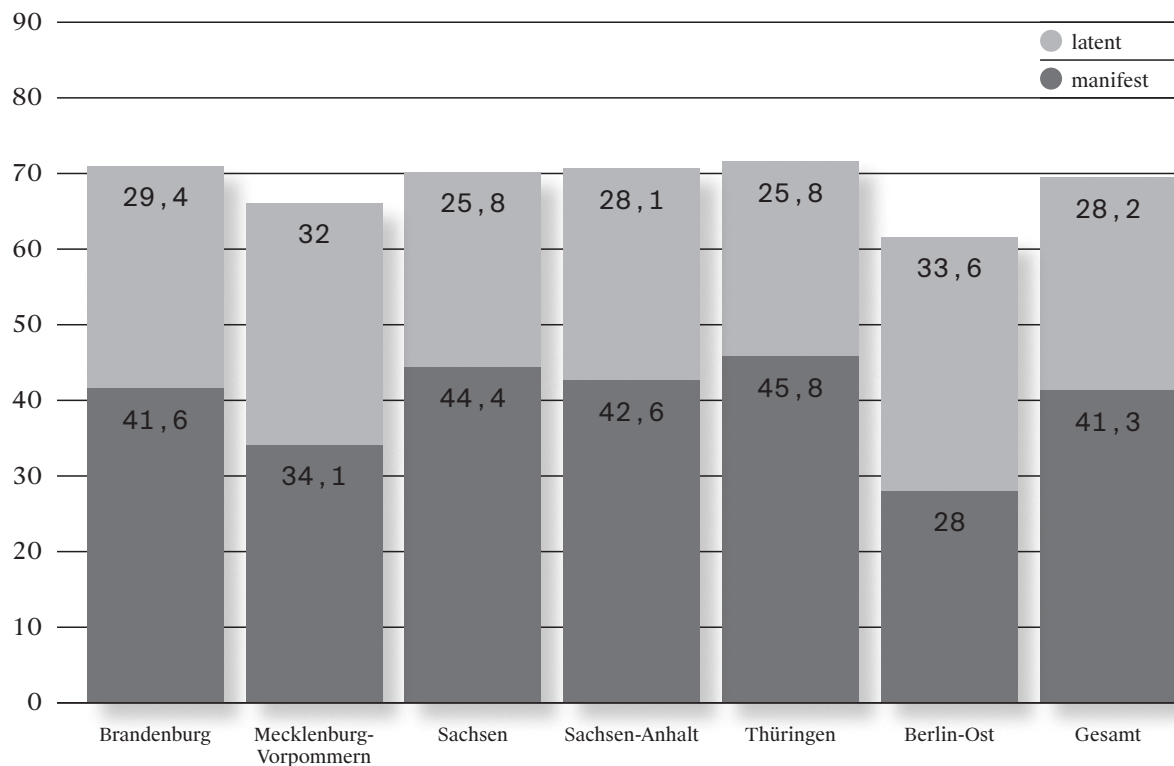


ABBILDUNG 9

MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZUR AUSSAGE „DIE AUSLÄNDER KOMMEN NUR HIERHER, UM UNSEREN SOZIALSTAAT AUSZUNUTZEN“ NACH BUNDESLÄNDERN (IN%)



sprechen wir von Menschen mit einem manifesten und geschlossenem rechtsextremen Weltbild.

In unserer Erhebung weisen rund 7 % der Befragten ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild auf. Auch wenn dieser Anteil unter den Mittelwerten in den Jahren von 2002 bis 2020 liegt, ist dies dennoch ein sehr hoher Prozentsatz, mit dem eine nicht zu unterschätzende Herausforderung für die Demokratie verbunden ist.

Zuletzt dokumentieren wir in Abbildung 14 den Anteil der geschlossenen Rechtsextremen in den jeweiligen Bundesländern. Wie die grafische Darstellung in aller Deutlichkeit klarmacht, sticht Sachsen-Anhalt hervor. Kein anderes ostdeutsches Bundesland hat diese hohe Zahl an Menschen, deren Sicht auf die Gesellschaft durch eine neonazistische Ideologie und Ethnozentrismus geprägt ist. Der sehr hohe Anteil auch in den anderen Bundesländern sollte darüber nicht vergessen werden, in Westdeutschland zeigen sich 2022 2,1% von einer antidemokratischen Weltsicht geprägt.

Die weitere Auswertung dient dem ersten Verständnis, welche sozialen und psychischen Bedingungsfaktoren bestehen, die eine solche durchgängig ressentimentgeladene Einstellung befördern.

RECHTSEXTREME EINSTELLUNG IN ABHÄNGIGKEIT VON SOZIALER LAGE UND PARTEIPRÄFERENZ

Betrachten wir die Verteilung der Antworten entlang ausgewählter soziodemografischer Merkmale, so bestätigen sich bisherige Befunde aus vergleichbaren Untersuchungen (Zick & Küppers 2021; Decker et al. 2022c): Mit einem formal höheren Bildungsgrad geht eine geringere Bereitschaft einher, den Aussagen zuzustimmen (Tab. 3). In den Dimensionen der Neo-NS-Ideologie finden sich kaum Unterschiede zwischen Frauen und Männern, allerdings stimmen mehr Frauen als Männer den Aussagen der Dimension Sozialdarwinismus zu. Anders dagegen beim Ethnozentrismus, dem Männer leicht häufiger zustimmen als Frauen. In Bezug auf Altersgruppen ist Ethnozentrismus bei Älteren tendenziell weiter verbreitet, während sich Ausländerfeindlichkeit und Neo-NS-Ideologie – bei teils nur geringen Unterschieden – eher in der mittleren Altersgruppe der 31- bis 60-Jährigen finden. Während im Westen Deutschlands die höchsten Zustimmungswerte in den älteren Geburtsjahrgängen zu beobachten sind (vgl. Decker et al. 2022c), ist dies in Ostdeutschland nicht der Fall.

TABELLE 2

MANIFESTE ZUSTIMMUNG ZU DEN DIMENSIONEN DER RECHTSEXTREMEN EINSTELLUNG
IM ZEITVERLAUF (IN%)

	2002-2010 (N = 3.508)	2012-2020 (N = 2.478)	2022 (N = 3.546)
NEO-NS IDEOLOGIE			
Befürwortung Diktatur	7,0	6,9	6,4
Antisemitismus	5,8	5,9	5,6
Sozialdarwinismus	5,6	5,2	4,9
Verharmlosung Nationalsozialismus	2,2	2,5	2,0
ETHNOZENTRISMUS			
Chauvinismus	16,6	18,6	18,9
Ausländerfeindlichkeit	30,4	28,6	27,9
MANIFEST RECHTSEXTREME MIT GESCHLOSSENEM WELTBILD	8,0	9,7	7,1

Wie auch in vergleichbaren Untersuchungen finden sich unter Arbeitslosen deutlich mehr Menschen, die extrem rechten Aussagen zustimmen (Tab. 4). Das gilt für alle Dimensionen des Fragebogens. Dass sich unter den Befragten in Ausbildung/Wehrdienst die niedrigsten Zustimmungswerte finden, hängt mit dem niedrigeren Durchschnittsalter dieser Gruppe zusammen. Es fällt aber auf, dass die Abstände der Ruheständler zu den Befragten in Ausbildung und in Erwerbstätigkeit nicht deutlich erhöht sind. Im Hintergrund steht das in Bezug auf Tabelle 8 (Anhang) beobachtete Phänomen, dass die älteren Geburtsjahrgänge im

Osten Deutschlands nicht in allen Dimensionen die höchsten Zustimmungswerte zeigen.

Es zeigt sich ein Effekt der ökonomischen Lage auch mit Blick auf das Haushaltsäquivalenzeinkommen (Tab. 5). Herangezogen wird dabei das gesamte einem Haushalt zur Verfügung stehende Einkommen unter Berücksichtigung der Zahl der im Haushalt lebenden Personen. In allen Dimensionen stimmen diejenigen, die am unteren Ende der Einkommenspyramide stehen, rechtsextremen Aussagen am häufigsten zu. Je höher das Einkommen ist, desto weniger Zustimmung finden die Statements

ABBILDUNG 10

WAS WÄHLEN MENSCHEN MIT GESCHLOSSEN RECHTSEXTREMEM WELTBILD (IN %)

Gesamt (N = 217, keine Angabe N = 27)		bei Wahlteilnahme (N = 116, keine Angabe N = 19)				
Wahlteilnahme (62,7%)		AfD (57,8%)				
		SPD (10,3%)	Weiß noch nicht welche Partei (10,3%)	Andere Partei (8,6%)	Union (7,7%)	
keine Wahlteilname (21,7%)	Wahlteilname unsicher (15,2 %)				FDP (1,7%)	Die Linke (1,7%)

ABBILDUNG 11

RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN IN DEN OSTDEUTSCHEN LÄNDERN, 2022 (IN%)

0 BEFÜRWORTUNG DIKTATUR

0 ANTISEMITISMUS

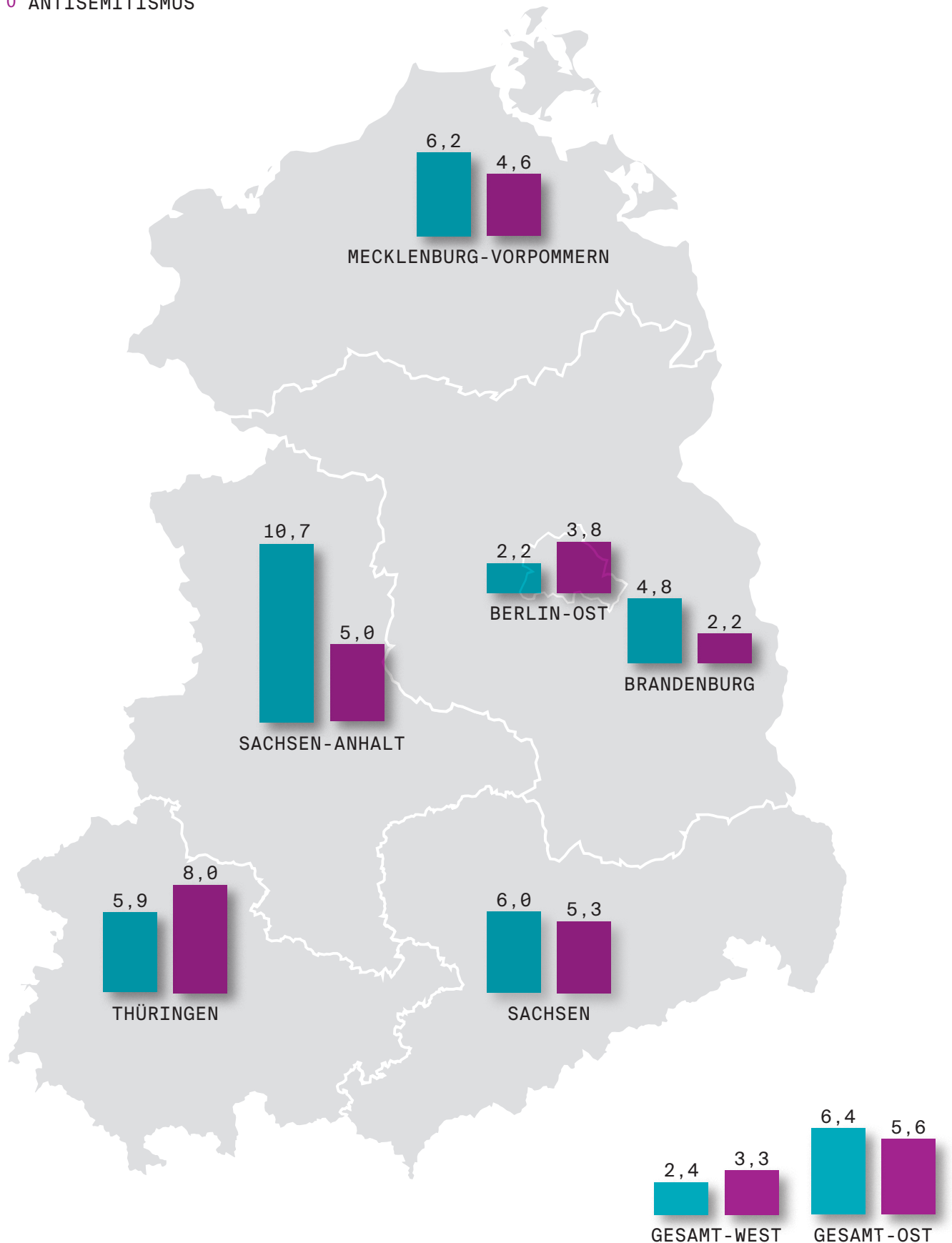


ABBILDUNG 12

RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN IN DEN OSTDEUTSCHEN LÄNDERN, 2022 (IN%)

0 SOZIALDARWINISMUS

0 VERHARMLOSUNG NATIONALSOZIALISMUS

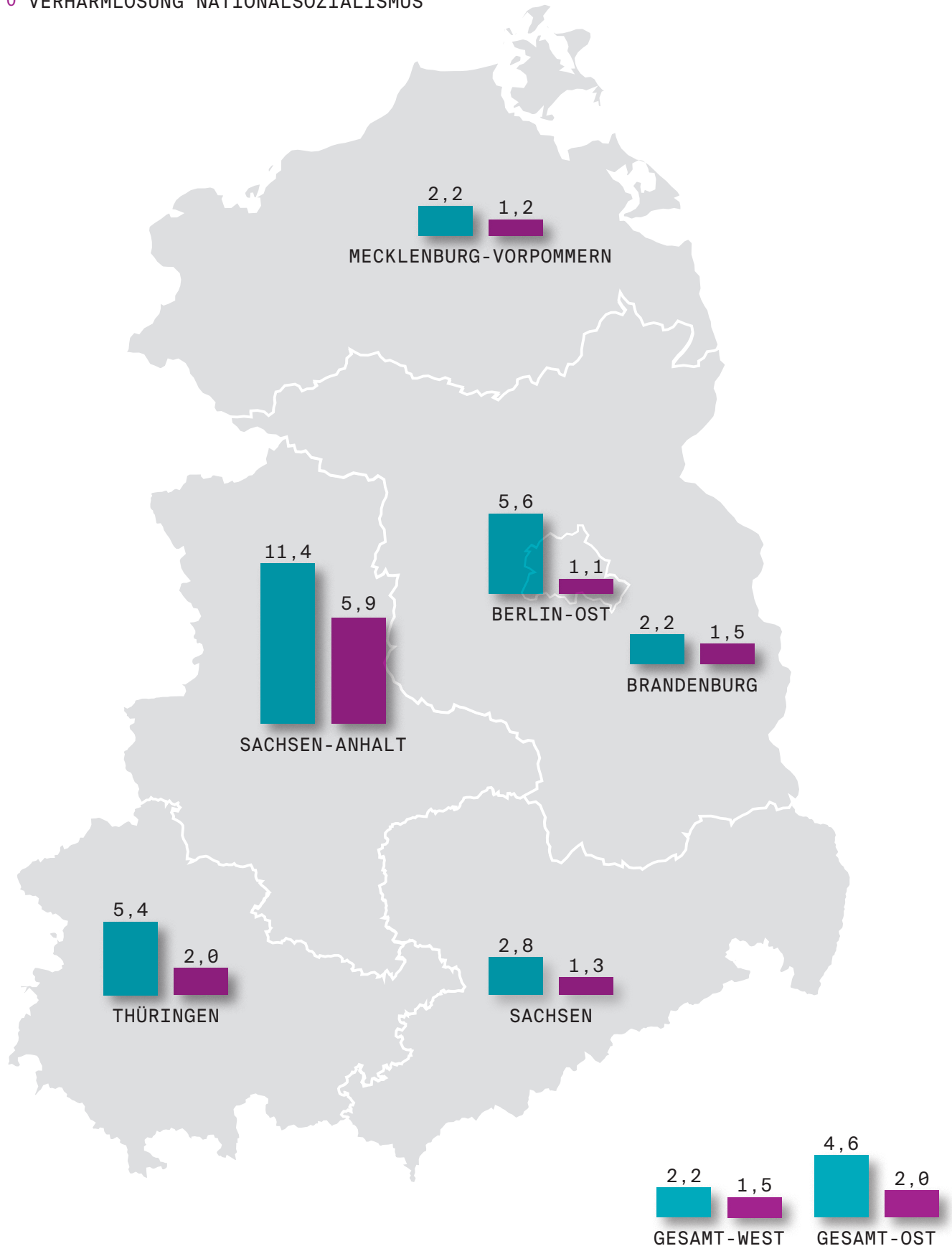


ABBILDUNG 13

RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN IN DEN OSTDEUTSCHEN LÄNDERN, 2022 (IN%)

0 CHAUVINISMUS

0 AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

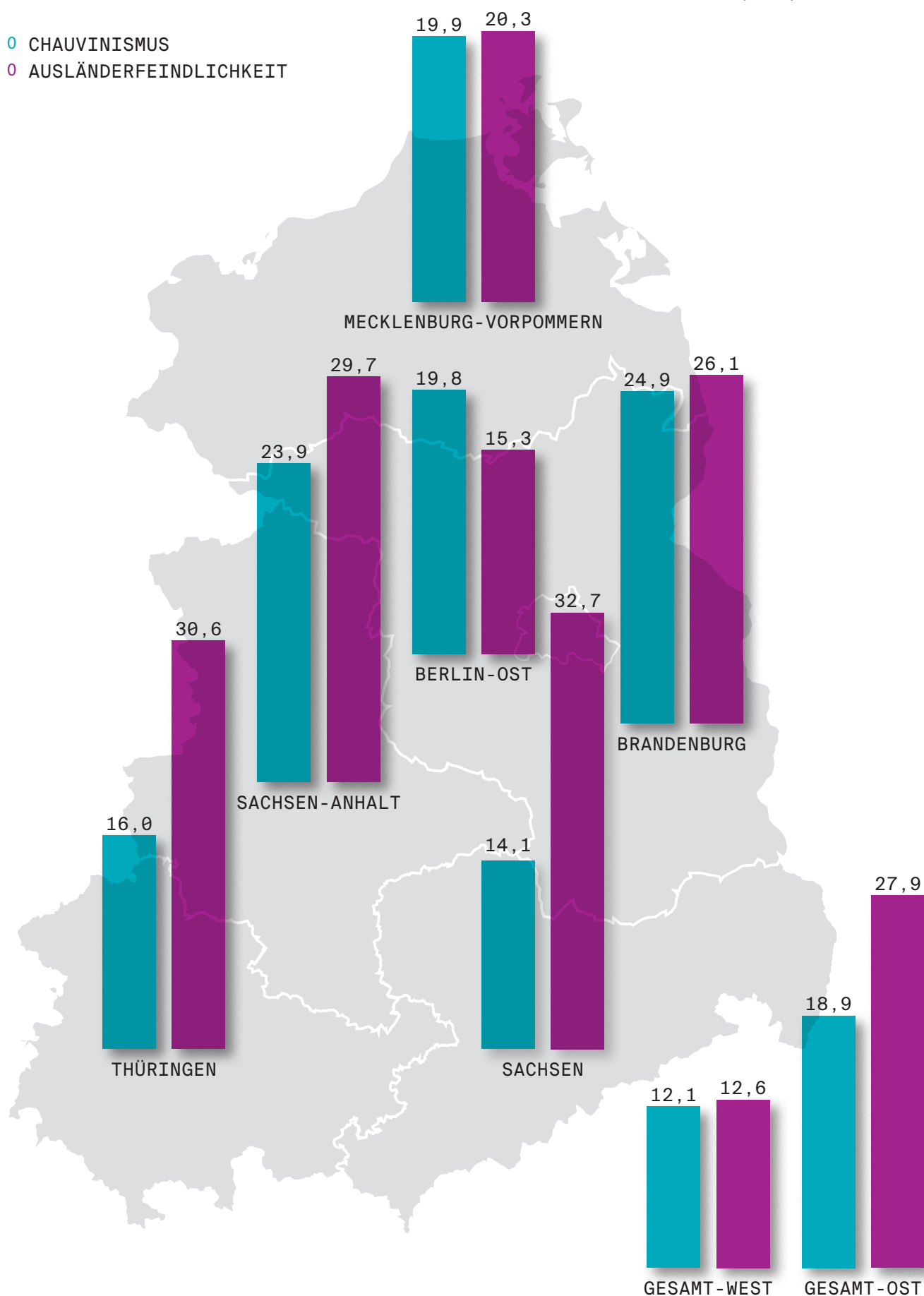


ABBILDUNG 14

ANTEIL DER MENSCHEN MIT EINEM GESCHLOSSEN RECHTSEXTREMEN WELTBILD (IN%)

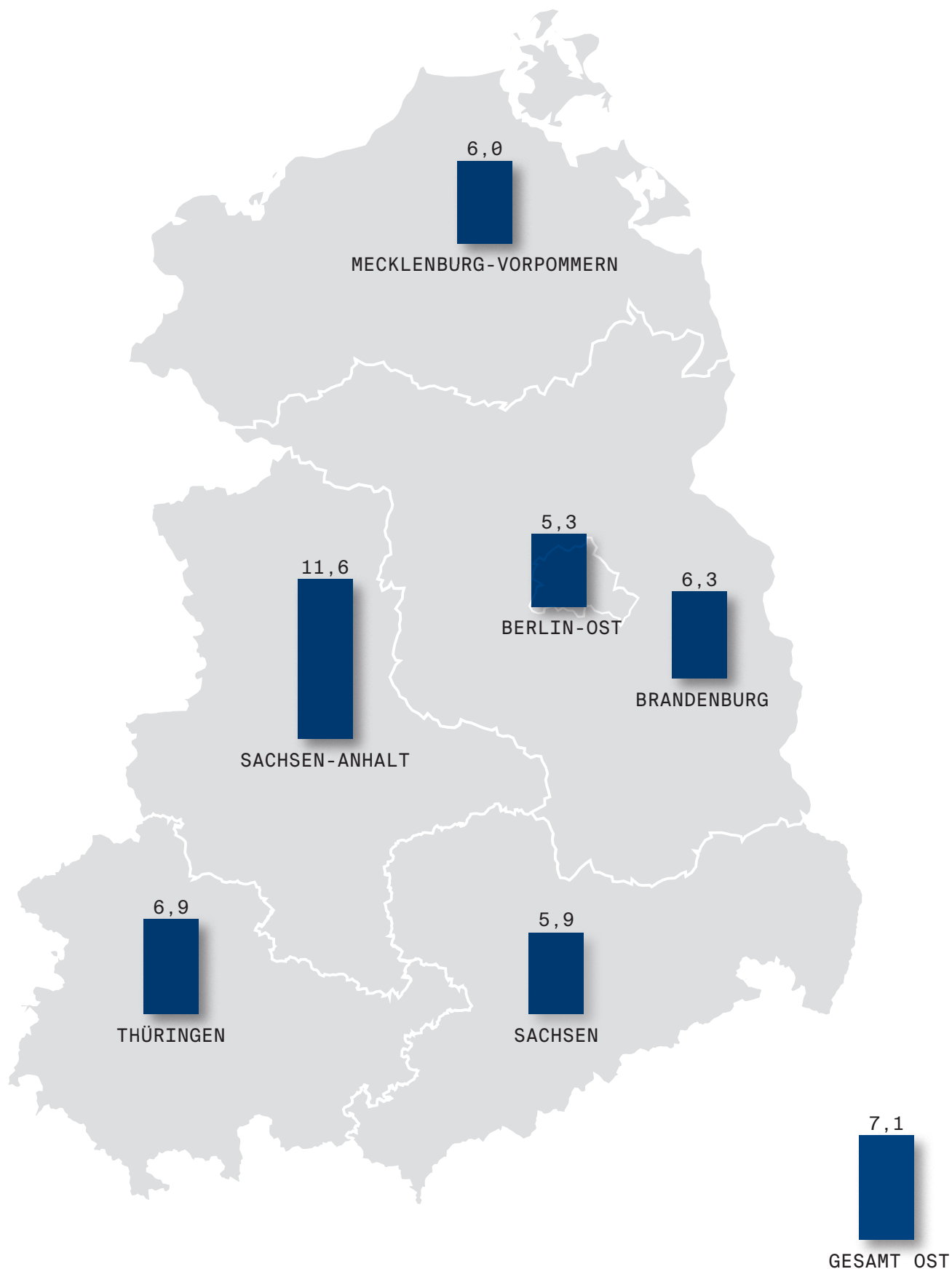


TABELLE 3

MANIFEST-RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN JE DIMENSION UND BILDUNGS-GRAD, GESCHLECHT UND ALTERSGRUPPEN (IN%)

	mit Abitur (N = 999)	ohne Abitur (N = 2532)	Männer (N = 1713)	Frauen (N = 1830)	16-30 (N = 513)	31-60 (N = 1833)	> 60 (N = 1200)
NEO-NS-IDEOLOGIE							
Befürwortung Diktatur	2,8	7,9	6,6	6,2	4,5	7,0	6,4
Antisemitismus	2,5	6,8	5,9	5,2	2,9	6,5	5,2
Sozialdarwinismus	2,5	5,4	3,8	5,3	3,9	4,7	4,7
Verharmlosung Nationalsozialismus	1,1	2,4	2,1	2,0	1,0	2,7	1,5
ETHNOZENTRISMUS							
Chauvinismus	10,5	22,3	20,8	17,2	16,1	18,8	20,4
Ausländerfeindlichkeit	13,2	33,5	29,6	26,2	18,3	30,8	27,4

unseres Fragebogens in Ostdeutschland – mit Ausnahme der Dimension Sozialdarwinismus.

Unsere Untersuchung gilt der politischen Einstellung, die wiederum von einer Handlung zu unterscheiden ist: Eine rechtsextreme Einstellung geht nicht automatisch in eine entsprechend motivierte Handlung über. Wir können aber politische Handlungsbereitschaft in unserem Fragebogen erfassen. Hierfür nutzen wir die sogenannte Sonntagsfrage, bei der die Probanden gebeten werden, ihre Parteipräferenz anzugeben. Die Antworten dürfen nicht mit tatsächlichem Wahrverhalten in eins gesetzt werden, geben aber einen Anhaltspunkt. Tabelle 6 ist zu entnehmen, welche Einstellung unter den ostdeutschen Wählern der Parteien anzutreffen ist.

Markant, allerdings wenig überraschend, ist die Zustimmung zu den extrem rechten Aussagen unter AfD-Anhängern. Sie stimmen mit Abstand am häufigsten auf allen Dimensionen extrem rechten Inhalten zu. Sie sind zu zwei Dritteln manifest ausländerfeindlich und befürworten zur Hälfte den Chauvinismus, etwas mehr als ein Fünftel befürwortet eine Diktatur. Einerseits wird auf den ersten Blick deutlich, dass nicht alle AfD-Anhänger manifeste Unterstützer der entsprechenden Forderungen sind,

andererseits sind die latenten Zustimmungswerte zu berücksichtigen. Der AfD ist es gelungen, das extrem rechte Wählerpotential an sich zu binden. Und sie hat noch ein großes Reservoir, das mit Blick auf die Nichtwähler und den Anteil derjenigen deutlich wird, die bei der Parteipräferenz (noch) unentschieden sind. Werfen wir an dieser Stelle einen Blick auf die manifest Rechtsextremen, also diejenigen, die allen Aussagen des Fragebogens zur rechtsextremen Einstellung ausdrücklich zustimmen (Cut-off ≥ 63). Obwohl sie wahlberechtigt sind, beteiligen sich 21,7 Prozent dieser Personen nicht an Wahlen, bei weiteren 15,2 Prozent ist die Wahlteilnahme unsicher. Sollte es der AfD oder einer anderen extrem rechten Partei gelingen, diese Menschen zur Wahl zu bewegen, wird ihr Stimmenanteil in den Parlamenten steigen. Die Anteile werden in der Visualisierung in Abbildung 10 besonders deutlich.

WEITERE DIMENSIONEN POLITISCHER EINSTELLUNG UND RESENTIMENTS

Im Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung wird als eine Dimension der Neo-NS-Ideologie der tradierte Antisemitismus erhoben. Durch die soziale

TABELLE 4

MANIFEST-RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN JE DIMENSION NACH ERWERBSGRUPPEN (IN%)

	Ausbildung/ Wehrdienst (N = 241)	Erwerbstätige (N = 1991)	Arbeitslos (N = 169)	Hausfrau/ Hausmann (N = 50)	Ruhestand (N = 1067)
NEO-NS-IDEOLOGIE					
Befürwortung Diktatur	4,2	6,4	10,1	14,3	6,1
Antisemitismus	3,7	5,3	9,8	8,3	5,6
Sozialdarwinismus	4,1	4,3	6	14,3	4,6
Verharmlosung Nationalsozialismus	1,7	2,1	4,8	2	1,5
ETHNOZENTRISMUS					
Chauvinismus	17,9	17,7	30,4	28,6	19,3
Ausländerfeindlichkeit	12,5	29,1	42,3	42,9	26,3

TABELLE 5

MANIFEST-RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN JE DIMENSION UND ÄQUIVALENZEINKOMMEN (IN%)

	unter 1.000€ (N=414)	1.000 bis 2.000€ (N=1648)	2.000 bis 3.000€ (N=920)	mehr als 3.000€ (N=486)
NEO-NS-IDEOLOGIE				
Befürwortung Diktatur	8,5	7,5	4,7	4,2
Antisemitismus	9,7	6,1	3,6	3,4
Sozialdarwinismus	8,5	3,8	3,8	5
Verharmlosung Nationalsozialismus	3,9	1,6	2,6	1,3
ETHNOZENTRISMUS				
Chauvinismus	24,3	18,9	18,6	15,8
Ausländerfeindlichkeit	36,4	33,3	19,9	18,5

Sanktionierung dieses Ressentiments kam es seit den 1950er Jahren zu einer sukzessiven Motivverschiebung (Kiess et al. 2020). Heute gehören insbesondere israelbezogener Antisemitismus und Schuldabwehrantisemitismus zu den Äußerungsformen, die nicht im selben Maße wie der tradierte Antisemitismus der sozialen Ächtung unterliegen. Der Schuldabwehr- oder auch Sekundärantisemitismus ist eine Reaktion auf den Zivilisationsbruch Nazideutschlands, der in einer Schuldumkehr mündet (Schönbach 1961; Beyer 2015). Der israelbezogene Antisemitismus benennt den empirisch und theoretisch gut dokumentierten Befund, dass es sich bei vielen – wenn auch selbstverständlich nicht allen – Äußerungen und Formen von Kritik an der Regierungspolitik Israels um eine Umwegkommunikation des Antisemitismus handelt (Bergmann & Erb 1991; Diner 2004; Heyder et al. 2005; Frindte & Wammetsberger 2008). Wir haben deshalb den bereits im Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung abgefragten tradierten Antisemitismus um diese beiden Erscheinungsformen ergänzt. Weiterhin stellt

die Muslimfeindschaft eine der zentralen Äußerungsformen von bestehenden Ressentiments in der Bevölkerung dar. Deshalb haben wir auch zu dieser autoritären Aggression ein Item mit in die Untersuchung aufgenommen. Abbildung 15 sind die Aussagen und die Zustimmung zu entnehmen.

Schuldabwehrantisemitismus findet sich in Ostdeutschland in einem noch einmal deutlich höheren Maße als der tradierte Antisemitismus, der bereits auf hohem Niveau liegt. Israelbezogener Antisemitismus ist – mit etwas höheren Zustimmungswerten als tradierter Antisemitismus – ebenfalls stark ausgeprägt. Auch Muslimfeindschaft erreicht sehr hohe Werte: Während dieses Ressentiment in Sachsen einen Spitzenwert erreicht, ist es insgesamt dasjenige mit der größten Verbreitung.

Als weitere Dimension der politischen Einstellung haben wir nach der Beurteilung der Demokratie in Deutschland gefragt, und zwar (1) zur Demokratie als Idee, (2) zur Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist, und (3) zur Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik funktioniert. Mit diesen Fragen

TABELLE 6

ANTEIL DER MENSCHEN MIT MANIFEST-RECHTSEXTREMEN EINSTELLUNGEN JE DIMENSION UNTER DEN PARTEIWÄHLERN (IN%)

	CDU/DSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	AfD	Nichtwähler	Parteiwahl unsicher	Wahlteilnahme unsicher	Rest
NEO-NS-IDEOLOGIE										
Befürwortung Diktatur	3,6	2,7	4,6	1,2	2,0	22,3	6,1	4,4	7,7	7,8
Antisemitismus	2,3	5,2	2,3	1,6	3,0	14,0	6,8	3,3	7,9	6,3
Sozialdarwinismus	2,5	3,8	4,6	1,2	0	8,4	5,7	4,4	8,3	5,7
Verharmlosung Nationalsozialismus	0,6	0,3	0	0	0	8,5	2,8	1,2	3,2	2,3
ETHNOZENTRISMUS										
Chauvinismus	12,9	15,3	19,3	5,0	8,0	50,2	20,0	11,6	23,2	20,9
Ausländerfeindlichkeit	18,8	22,3	17,1	15,9	21,2	59,1	39,5	17,2	31,2	25,7

ABBILDUNG 15

ZUSTIMMUNG ZU ISRAELBEZOGENEN UND SCHULDABWEHRANTISEMITISMUS SOWIE MUSLIMFEINDSCHAFT (IN%)

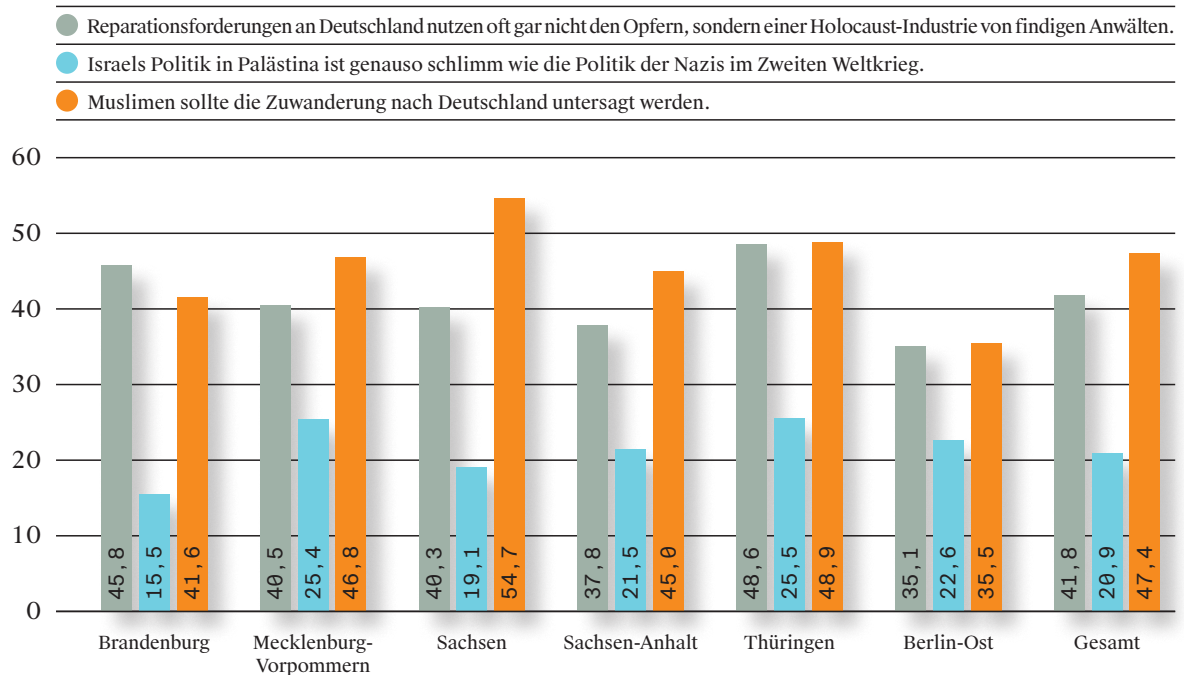


ABBILDUNG 16

IDEE DER DEMOKRATIE, ZUFRIEDENHEIT MIT DER VERFASSUNGSNORM UND VERFASSUNGSREALITÄT (IN%)

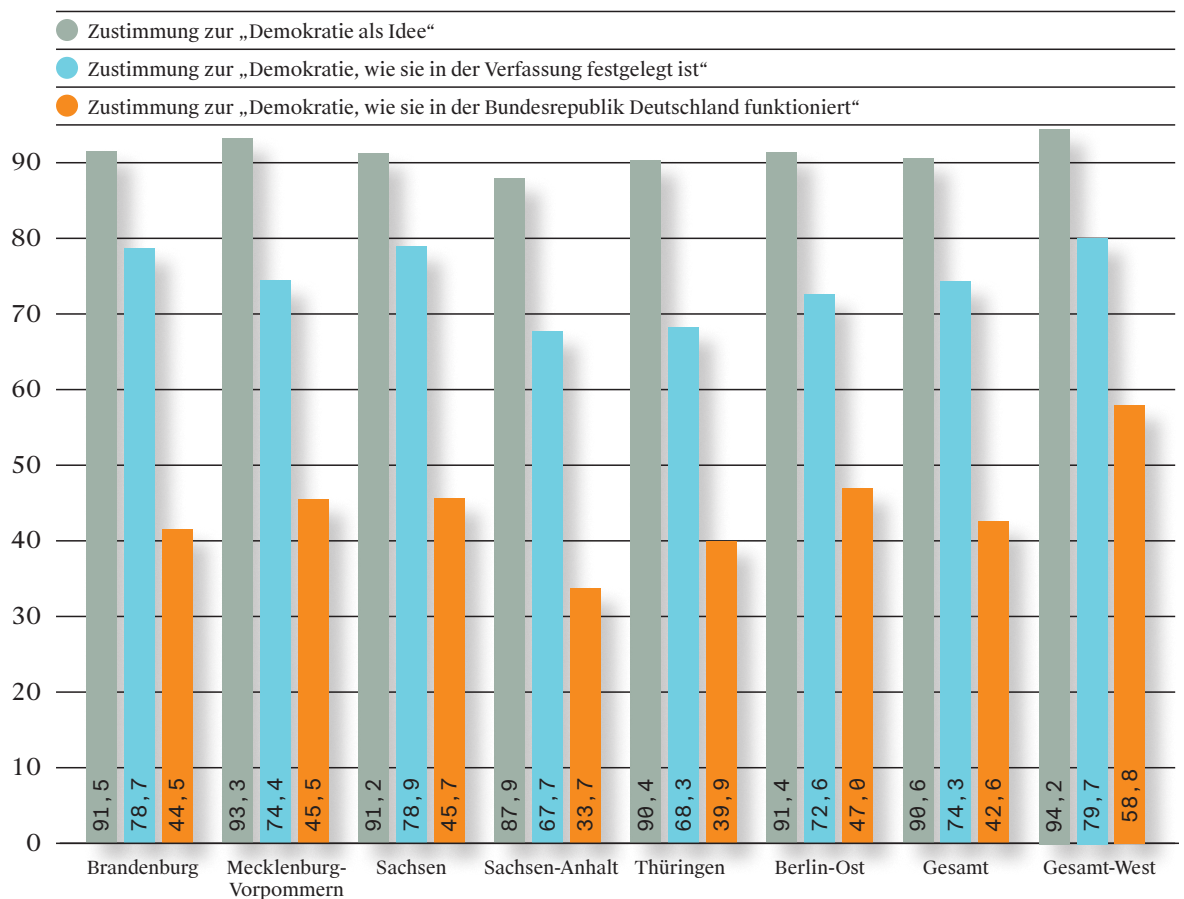
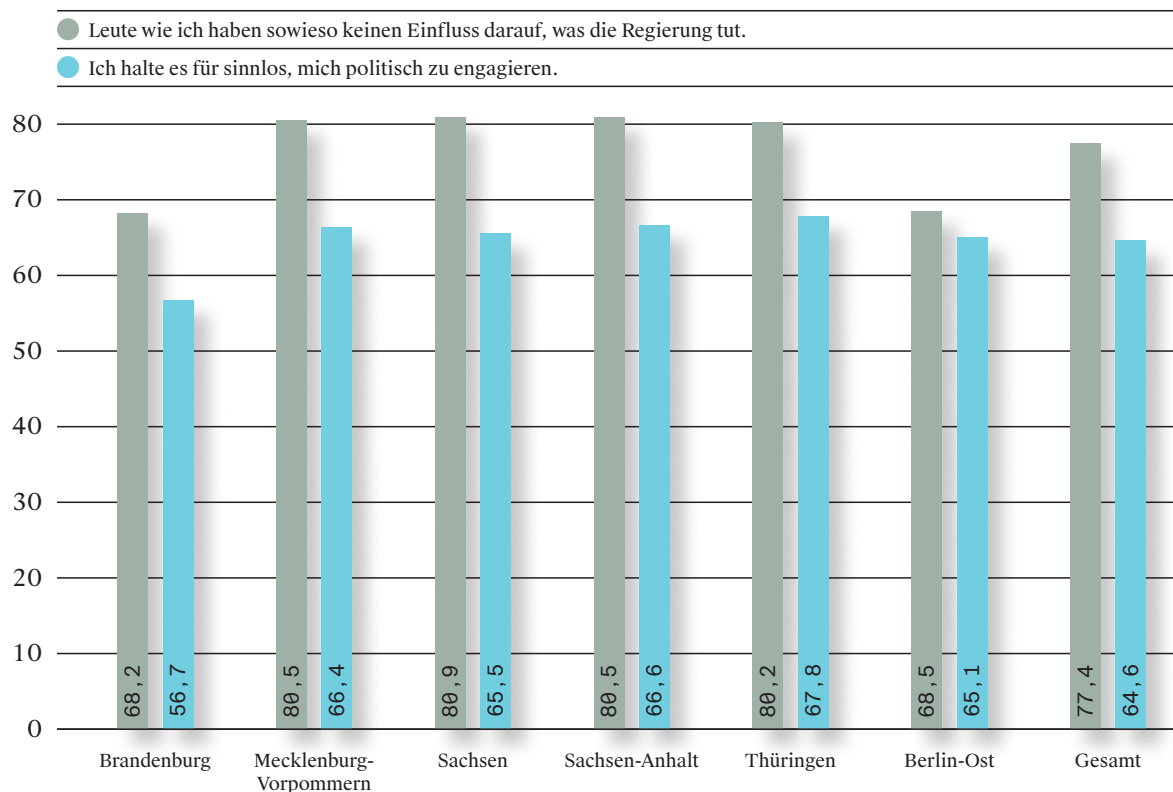


ABBILDUNG 17

POLITISCHE DEPRIVATION (IN%)



erhalten wir keine Auskunft über die konkrete Vorstellung, die mit diesem Gesellschaftssystem verbunden werden. Vielmehr behandeln wir die jeweilige Zustimmung bzw. Ablehnung als einen weiteren Hinweis auf die Haltung zur verfassungsgemäßen Ordnung in der Bundesrepublik und auf die Legitimation, die aus Sicht der Befragten die Alltags-

realität der Demokratie in Deutschland hat (Celik et al. 2020).

In Abbildung 16 wird sichtbar, dass die Unzufriedenheit mit der Demokratieerfahrung im Alltag besonders ausgeprägt ist. Nicht einmal die Hälfte der Befragten zeigt sich hier zufrieden, obwohl nahezu jeder Befragte die Idee der Demokratie un-

ABBILDUNG 18

ELEMENTE DES AUTORITÄREN SYNDROMS (IN%)

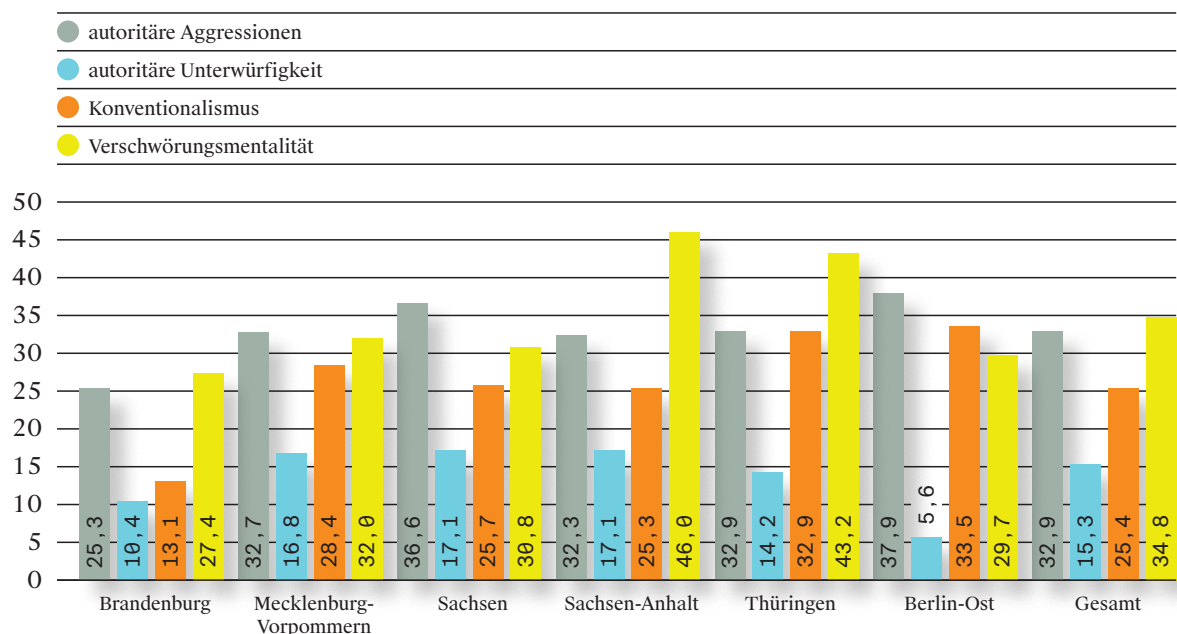
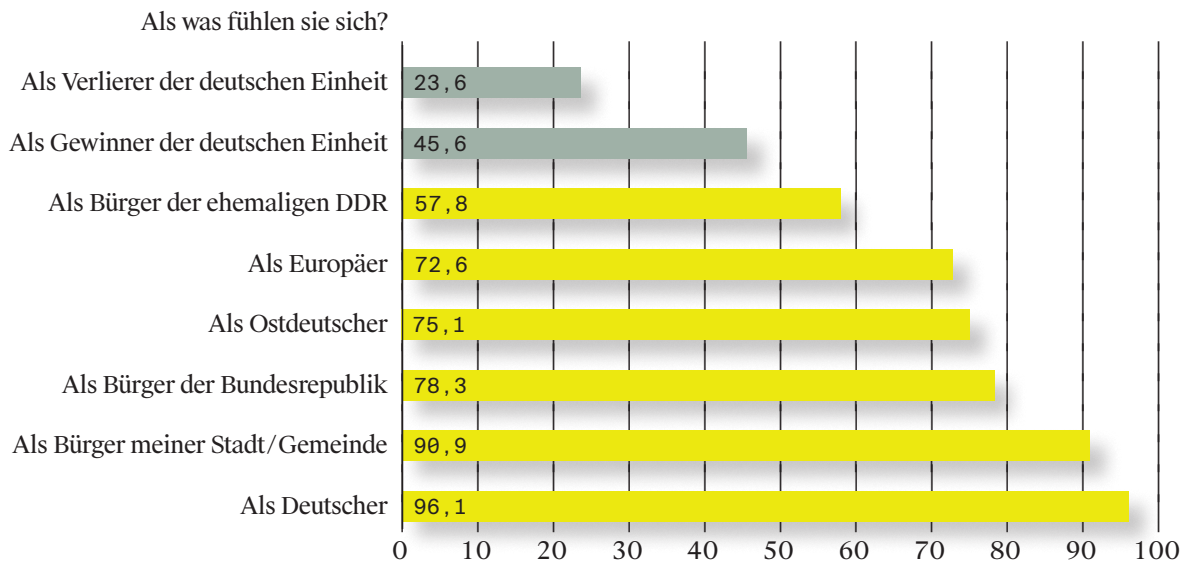


ABBILDUNG 19

GRUPPENIDENTITÄT UND WENDEBEWERTUNG; MEHRFACHNENNUNG MÖGLICH (IN%)



terstützt und immerhin noch 75% mit der verfassungsmäßigen Ordnung im Grunde zufrieden sind. Besonders negativ steht es in den Bundesländern Sachsen-Anhalt und Thüringen. Diese Bewertung der Demokratie wird noch schlechter, wenn nicht nach der Zufriedenheit gefragt wird, sondern nach der Sinnhaftigkeit politischer Partizipation (Abb. 17). Auf die Regierung Einfluss zu haben, meint nur eine Minderheit: Nicht einmal ein Viertel der Bevölkerung ist dieser Ansicht. Für den Zustand der Demokratie ist die gravierende politische Deprivationserfahrung ein Warnzeichen – unabhängig davon, ob man hierfür tatsächlich fehlende Mitgestaltungsmöglichkeiten oder aber unterschiedliche Vorstellungen, was Demokratie ist, verantwortlich macht. Die Ergebnisse berühren unmittelbar die Legitimation des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, ist doch in einer liberalen Demokratie die Teilnahmemöglichkeit zentral. In diesem Sinne gibt diese pessimistische Wahrnehmung politischer Einflussmöglichkeiten einen weiteren Eindruck von der Legitimation der Demokratie: Für viele Ostdeutsche ist sie kein Ort, an dem sie sich aufgehoben sehen.

Diese Ergebnisse zur Demokratiewahrnehmung werden ergänzt durch die Befunde zum autoritären Syndrom. Das Autoritarismuskonzept hat eine lange Tradition in der sozialpsychologischen Demokratieforschung. Sie begann bereits zum Ende der Weimarer Republik in den 1930er Jahren am Institut für Sozialforschung unter der Leitung des Sozialpsychologen Erich Fromm und wurde im Exil von der Forschungsgruppe um den Sozialphilosophen Theodor W. Adorno und die Psychoanalytikerin Else Fren-

kel-Brunswik fortgesetzt (Fromm 1936; Adorno et al. 1950). Autoritarismus gilt als ein Bindeglied zwischen den individuellen Einstellungen und den gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie zustande kommen (Decker et al. 2020). Als Syndrom setzt es sich aus verschiedenen Elementen zusammen, die jeweils im Hintergrund von antidemokratischen Ressentiments stehen. Wir haben insgesamt vier Elemente des Syndroms in die Befragung aufgenommen: autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit, Konventionalismus und Verschwörungsmentalität (Imhoff & Decker 2013; Beierlein et al. 2014; Decker et al. 2020). Den Stellenwert dieser Elemente beim Zustandekommen der rechtsextremen Einstellungen betrachten wir abschließend. Die Verbreitung der autoritären Bedürfnisse sind zunächst Abbildung 18 zu entnehmen. Die Verschwörungsmentalität ist in Ostdeutschland am stärksten ausgeprägt, gefolgt von der autoritären Aggression. Allerdings unterscheiden sich die Bundesländer in der jeweiligen Gewichtung. In Sachsen und Ost-Berlin ist die Aggression häufiger anzutreffen als die Verschwörungsmentalität. Ähnlich stark ausgeprägt ist im Übrigen auch die autoritäre Unterwerfungsbereitschaft, wobei der mit ihr bezeichnete Wunsch nach einer Autorität für die Interpretation der Demokratiewertung und der politischen Deprivationserfahrung hilfreich ist. So kann die Abwertung der Demokratie durch den Wunsch nach einer „Prothesensicherheit“ (Fromm 1936, 179) durchaus mitmotiviert sein. Die Identifikation mit der Macht einer Autorität dient der eigenen Selbstaufwertung, der Reduktion von Ohnmachtserfahrung und der Legitimation von Gewalt gegen „Andere“.

Viele Ostdeutsche wünschen sich also eine starke Führung, der sie sich unterordnen und an deren Stärke so durch Identifikation teilhaben können. Die als

„schwach“ erlebte demokratische Aushandlung und Kompromissfindung steht dem entgegen.

ZUR ROLLE VON GRUPPEN-IDENTITÄT, DDR-ERLEBEN UND ERFAHRUNG GEGENWÄRTIGER STAATLICHKEIT FÜR DIE RECHTSEXTREME EINSTELLUNG

Bei den folgenden Berechnungen beziehen wir uns allein auf die Stichprobe der Befragung „Neue Bundesländer“ (N = 3.074), da die Fragebögen zum Erleben der DDR und der Wenderfahrung nicht in die Leipziger Autoritarismus Studie 2022 eingegangen sind. Da wir die Wohnbevölkerung in Ostdeutschland befragt haben, sind in dieser Stichprobe Zugezogene sowohl aus dem Westen Deutschlands als auch aus anderen Ländern inbegriffen. Der Anteil der Befragten, die in Ostdeutschland aufgewachsen sind, beträgt 91,2% (vgl. Tab. 9). Nahezu jeder Befragte identifiziert sich selbst als Deutscher (Abb. 19). Verglichen mit den fast genauso hohen Werten der Identifikation mit dem direkten Lebensumfeld (Stadt/Gemeinde) wird sichtbar, dass die Menschen in Ostdeutschland mit einer zunächst abstrakten Vorstellung nationaler Identität hoch identifiziert sind. Als Bürger der bundesrepublikanischen Gesellschaft erleben sich aber deutlich weniger Befragte, in etwa gleich auf liegt die Identität als Europäer sowie als

Ostdeutscher. Dass letztere nicht mehr identisch ist mit einem durch die DDR geprägten Selbstbild, hängt sicherlich auch mit den über 30 Jahren zusammen, die seit der Wiedervereinigung mittlerweile vergangen sind. Für diejenigen, die um 1990 und danach in den neuen Bundesländern geboren wurden, ist die DDR nunmehr ein fernes Land.

Die Antwort auf die Frage nach den Verrechnungskosten der deutschen Einheit hat es aber in sich: Ein Viertel der Ostdeutschen erleben sich als Verlierer des historischen Prozesses, nicht einmal die Hälfte möchte sich heute als Gewinner bezeichnen.

Gut 60% der Befragten gaben an, weniger als 2.000 € im Monat zur Verfügung zu haben, 12% müssen mit weniger als 1.000 € pro Monat auskommen (vgl. Tab. 9 im Anhang). Nach Berechnung des Statistischen Bundesamtes lag der Median für das letzte berechnete Äquivalenzeinkommen bei monatlich ca. 1.960 €: 50% der bundesdeutschen Bevölkerung hat weniger als diese Summe zur Verfügung,

ABBILDUNG 20

EINSCHÄTZUNG DER NATIONALEN WIRTSCHAFTLICHEN LAGE IN DEUTSCHLAND (IN%)

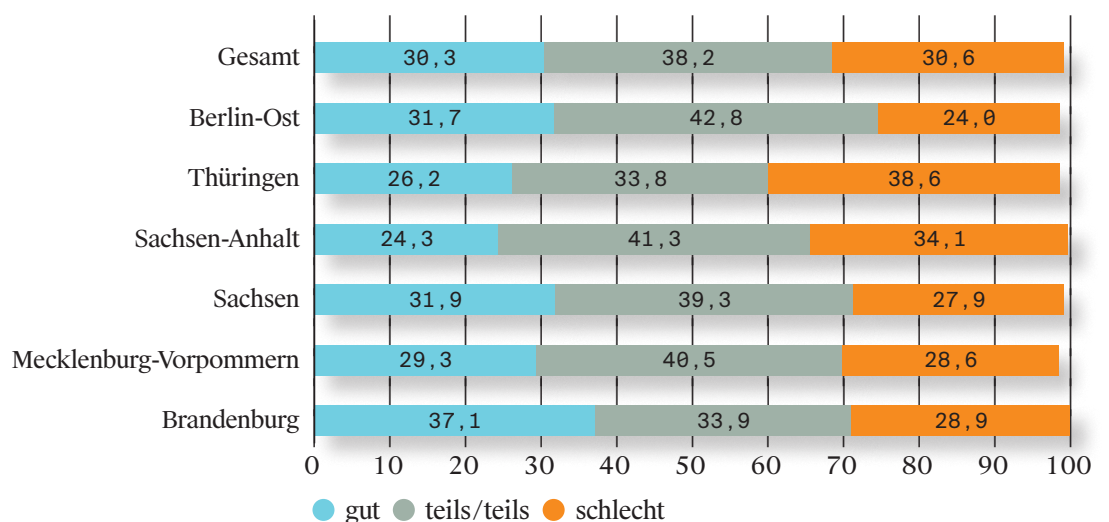
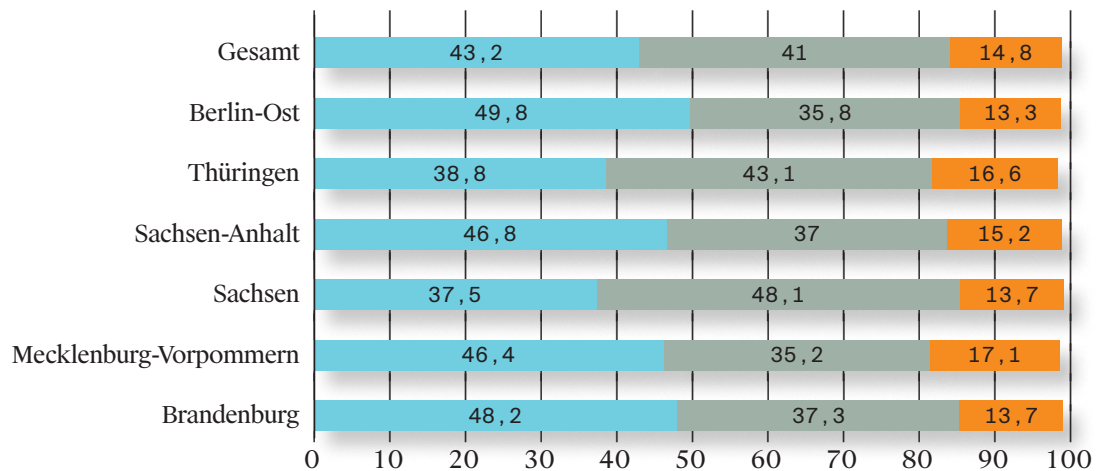


ABBILDUNG 21

EINSCHÄTZUNG DER EIGENEN WIRTSCHAFTLICHEN LAGE (IN%)



50% mehr. Das bedeutet, dass die von uns Befragten in Ostdeutschland deutlich öfter unter dem Median liegen als in Westdeutschland Wohnende. Vor dem Hintergrund, dass ein Viertel der Befragten sich als Verlierer der deutschen Einheit beschreibt, bekommt auch die subjektive Einschätzung der nationalen wirtschaftlichen Lage eine besondere Relevanz: Sie wird über alle fünf Bundesländer hinweg von einem knappen Drittel der Menschen ausdrücklich als schlecht bewertet (Abb. 20).

In Anbetracht dieses Befundes und der geringeren Einkommen ist die Einschätzung der eigenen Lage überraschend. Sie wird deutlich besser bewertet. Als schlecht will in den meisten Bundesländern nur etwa jeder siebte oder achte seine Lage beschreiben. Nur

in Thüringen und Sachsen ist die Gruppe derjenigen, die ihre Lage teilweise als gut, teilweise als schlecht beschreiben größer, als die derjenigen, die sich selbst wirtschaftlich gut gestellt sehen (Abb. 21).

So entsteht insgesamt der Eindruck, dass die individuelle wirtschaftliche Lage weniger der Anlass ist, sich als Verlierer oder Gewinner der Einheit zu fühlen. Andere Faktoren müssen hinzutreten. Wir haben in der Vergangenheit bereits einen Fragebogen zur erfahrenen Anerkennung als Bürger eingesetzt (Honneth 1992; Decker, Yendell & Brähler 2018). Es handelt sich neben der Anerkennung im Lebensumfeld und der Anerkennung in der Arbeitswelt um die dritte Anerkennungsform, sie gibt Auskunft über die Wahrnehmung der eigenen Rechte im Verhältnis

ABBILDUNG 22

ERLEBEN VERWEIGERTER ANERKENNUNG ALS BÜRGER (IN%)

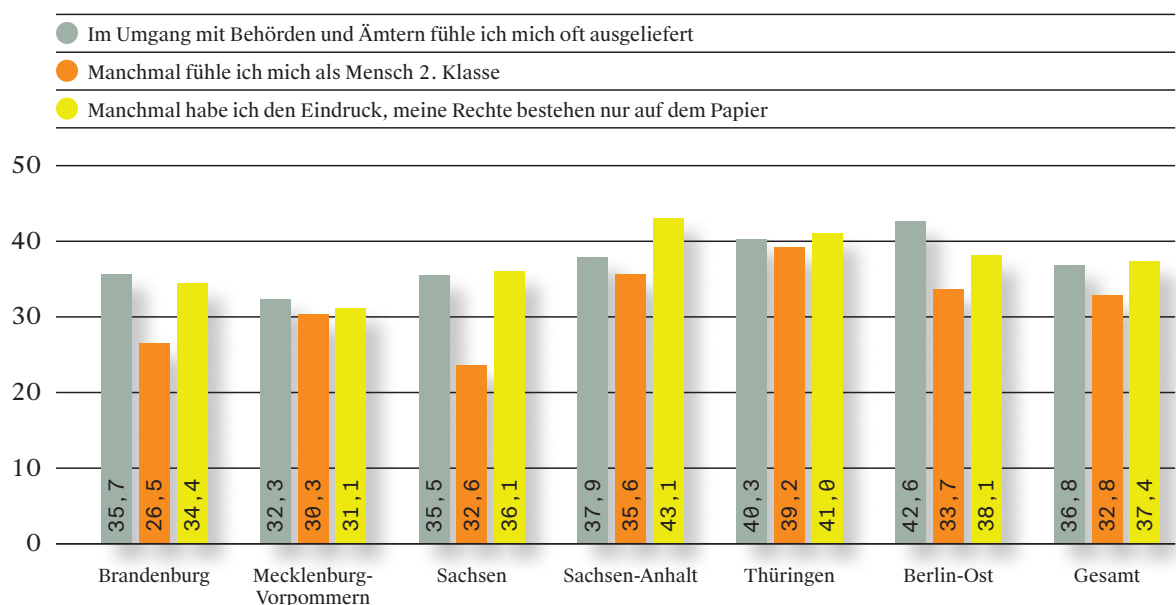


TABELLE 7

EINFLUSS AUF DIE AUSPRÄGUNG EINER RECHTSEXTREMEN EINSTELLUNG IN DER REGRESSIONSANALYSE

psychodynamische Aspekte/ Autoritäres Syndrom	autoritäre Aggressionen (hoch)	,14***
	autoritäre Unterwürfigkeit (hoch)	,31***
	Konventionalismus (hoch)	,05**
	Verschwörungsmentalität (hoch)	,33***
ökonomische Lage	subjektiv: eigene wirtschaftliche Lage	-
	subjektiv: allgemeine wirtschaftliche Lage (schlecht)	,11***
	berichtetes Einkommen (niedrig)	-,03*
Bewertung der Wende / ostdeutsche Identität	Ich fühle mich (nicht) als Verlierer der deutschen Einheit	,04**
	Ich fühle mich als Ostdeutscher	-,04**
Politische Lage	Anerkennung als Bürger	-
	politische Deprivation (hoch)	,08***
Soziodemografie	Bildung (niedrig)	-,08**
	Geschlecht (Mann)	-,05**
	Alter (niedrig)	-,04**
korrigiertes R-Quadrat		,57

* Sign. < .05; ** Sign. .01 <; *** Sign. < .001

zu staatlichen Institutionen (Abb. 22).

Es fällt auf, dass in den Bundesländern mit den höchsten Zustimmungswerten zu antidemokratischen Ressentiments in der Tendenz auch die Erfahrung verweigerter Anerkennung häufiger genannt wird. Möglicherweise macht weniger die Erfahrung in der DDR, sondern ein erlebter Kontrast zu den erhofften Freiheitsversprechen die Gruppenidentifikation als Ostdeutsche mit aus.

Stellt man den Geburtsjahrgängen vor 1980 die Frage nach einer Bewertung ihres Lebens in der DDR, dann sehen wir überraschenderweise komplementäre Ergebnisse. Mehr als zwei Drittel der Befragten sind froh, dass sie die DDR noch erlebt haben. Ergänzt man diese Stellungnahme um die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt in der DDR, wird der im Rückblick immer noch hohe Stellenwert des Lebens in der DDR deutlich. Die häufig undifferenzierte Herabsetzung und Entwertung des Lebens in der DDR im öffentlichen Diskurs wird faktisch nur von 7% derjenigen geteilt, die sie erlebt haben (keine Abbildung). Gleichzeitig wird mit dieser hohen Zustimmung auch eine unkritische Rückschau auf die eigene Geschichte deutlich.

Uns interessierte für die Analyse der rechtsextremen Einstellung, welche Rolle die Gruppenidentität als Ostdeutsche bei deren Zustandekommen spielt. Auch der Einfluss der Bewertung der Folgen der deutschen Einheit auf die politische Einstellung ist vor dem Hintergrund der immer wiederkehrenden Diskussionen um die Folgen der Transformationsprozesse von großer Bedeutung. In die Regressionsanalyse ging hier nur die Gruppenidentität als Ostdeutsche und das Erleben als Verlierer der Einheit

ein, um die ganze Stichprobe der Befragung Neue Bundesländer für die Berechnung nutzen zu können. Die weiteren oben berichteten Fragen nach der Zufriedenheit mit dem Leben in der DDR sind nur den vor 1980 Geborenen gestellt worden. Uns interessiert aber, welchen Stellenwert eine ostdeutsche oder DDR-Identität beim Zustandekommen der politischen Einstellung hat. Die detailliertere Analyse auch individuell biografischer Faktoren aus der DDR und dem Transformationsprozess wird in weiteren Veröffentlichungen Gegenstand sein.

Durchgeführt wurde von uns eine lineare Regression, bei der die Variablen schrittweise in die Berechnung aufgenommen worden sind (Tab. 7). Begonnen wurde mit der Variablen mit dem größten Beta-Koeffizienten (dem Wunsch nach einer Autorität; autoritärer Unterwürfigkeit, gefolgt von der Verschwörungsmentalität), danach gingen die weiteren Variablen ein. Ohne Einfluss im Modell blieb die Einschätzung der Probanden zu ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage und die Anerkennungserfahrung als Bürger.

Die Erklärungskraft des so gebildeten Modells für das Zustandekommen der rechtsextremen Einstellung ist sehr hoch, der Wert .57 in der letzten Zeile gibt an, dass die Variablen im Modell 57% der Varianz in der Zustimmung zur rechtsextremen Einstellung erklären. Es fällt auf, dass die stärkste Erklärungskraft für das Vorhandensein einer rechtsextremen Einstellung Elementen des autoritären Syndroms zukommt. Hier stechen besonders die Verschwörungsmentalität und die autoritäre Unterwürfigkeit hervor, weniger deutlich die autoritären Aggressionen. Die Varianzaufklärung wird kaum

noch gesteigert, wenn weitere Faktoren hinzugenommen werden. Auch sinkt der Einfluss der autoritären Faktoren kaum, wenn soziodemografische Variablen sowie die Einschätzung der politischen und der eigenen ökonomischen Lage berücksichtigt werden. Deutlich wird im Gegenteil, dass die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage keinen Einfluss hat und die Einkommenssituation im Haushalt nur einen minimalen Einfluss aufweist. Ähnlich verhält es sich mit der Identifikation als Ostdeutscher und dem Erleben als Verlierer der Einheit. Beides steht zwar in Zusammenhang mit der Ausbildung einer rechtsextremen Einstellung, besitzt jedoch nur geringe Erklärungskraft.

Das Ergebnis verweist auf den Stellenwert sozialpsychologischer Faktoren beim Zustandekommen der politischen Einstellung. Gemeint ist damit allgemein gesprochen der Stellenwert der individuellen Bedürfnisse nach Autorität, die wir unter den Befragten feststellen müssen, so wie auch die Suche nach Verschwörungsnarrativen. Diese beiden individuellen Bedürfnisse erklären alleine bereits einen Großteil der rechtsextremen Varianz. Sie sind aber nicht allein individualpsychologisch zu verstehen, weil sie von vielen Menschen geteilt werden und das Zustandekommen von autoritären Bedürfnissen bei einer so großen Anzahl von Menschen selbst Folge von gesellschaftlichen Bedingungen ist.

Einen weiteren Hinweis in diese Richtung einer Interpretation des Zustandekommens rechtsextremer Einstellung gibt der ebenfalls große Einfluss der Einschätzung der nationalen wirtschaftlichen Lage. Die Identifikation mit der „starken deutschen Wirtschaft“ lässt sich hierin erkennen: Dass mit deren Schwäche sich massive Ressentiments ausbilden, deutet auf ihren hohen Stellenwert im Selbsterleben der Deutschen hin. Auch die „deutsche Wirtschaft“, so konnten wir in der Vergangenheit zeigen, kann in die autoritäre Dynamik einer freiwilligen Unterwerfung unter die Forderungen einer Autorität eingebunden sein, für die sie dann mit einer identifikatorischen Teilhabe an ihrer Macht und Größe

entschädigt (Decker 2019). In Westdeutschland ist diese Funktion über Jahre gewachsen. Es entstand ein „tiefverankerter Wachstumsfetischismus“, wie es der Geschichtswissenschaftler Hans-Ulrich Wehler (Wehler 2008) im Rückblick formulierte. In Ostdeutschland wurde spätestens nach dem Mauerfall und der anschließenden Vereinigung an diesen autoritären Stellenwert der starken Ökonomie angeknüpft. Der Wunsch nach einer (wirtschaftlich) starken Nation stellt inhaltlich eine Verbindung zu den zentralen Dimensionen Chauvinismus und Ethnozentrismus der rechtsextremen Einstellung her. Diese Interpretation könnte auch den eigentlich überraschenden Befund erhellen, dass die verweigerter Anerkennung als Bürger keine Rolle beim Zustandekommen der rechtsextremen Einstellung spielt. Sie ist gewissermaßen eingepreist und in der autoritären Logik auch akzeptiert.

Dass die autoritäre Aggression als weitere Dimension im Modell nur einen geringen Einfluss auf die rechtsextreme Einstellung hat, kann durch ihre weite Verbreitung erklärt werden. Sie besteht auch bei Menschen, die sie nicht mit einer Ideologie der Ungleichheit legitimieren; autoritäre Aggressionen können auch mit sozial-konformen Zielen befriedigt werden. Dies ließ sich zuletzt während der Pandemie beobachten, bei der verschiedene Typen des autoritären Syndroms sichtbar wurden: Neben denjenigen, die hinter den Maßnahmen eine Verschwörung vermuteten, gab es auch einen zweiten autoritären Typus, der sich in der Wut gegen Impfunwillige und gegen Kritiker an den Maßnahmen äußerte (Decker et al. 2022a). Die Polarisierung und die Moralisierung, die mit dem Wunsch nach staatlichen Eingriffen verbunden war, verdeutlichen, dass sich auch progressive und liberale gesellschaftliche Ziele mit autoritären Wünschen verbinden können (Jäckle 2022). Ein Desiderat der Forschung bleibt, ob die im Vergleich größere Anfälligkeit für eine rechtsextreme Befriedigung des autoritären Bedürfnisses in den neuen Bundesländern aus der zeitlichen Nähe zu autoritären Gesellschaftssystemen besteht.

DISKUSSION

In den neuen Bundesländern ist die politische Atmosphäre über dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung geprägt von einem weit verbreiteten Ethnozentrismus. Ausländerfeindliche Aussagen werden nur von einer Minderheit der Befragten abgelehnt. Ähnliches gilt für die Inhalte des Chauvinismus. Elemente der Neo-NS-Ideologie sind zwar nicht im

selben Maße verbreitet, aber antisemitische und sozialdarwinistische Statements finden mindestens die (teilweise) Zustimmung von einem Drittel der Bevölkerung. Jeder zweite wünscht sich eine „starke Partei“, welche die „Volksgemeinschaft“ insgesamt verkörpert, wobei mit diesem Wunsch auch die Sehnsucht nach einer völkischen Gemeinschaft im

Gegensatz zu pluralistischer Interessensvielfalt verbunden ist. Die Möglichkeit, antisemitische Ressentiments auf Umwegen zu äußern, wird von vielen genutzt: 20-25% teilen israelbezogenen Antisemitismus, 40-50% den Schuldabwehrantisemitismus. Mit bis zu 60% ist die Muslimfeindschaft noch deutlicher ausgeprägt.

Die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie im Alltag funktioniert, ist hingegen schwach ausgeprägt. Nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung findet sich in ihr wieder. Das korrespondiert mit der hohen politischen Deprivation: Zwei Drittel halten es für sinnlos, sich politisch zu engagieren, und kaum jemand glaubt, einen Einfluss auf die Regierung zu haben. Dazu passt, dass die Verschwörungsmentalität neben der autoritären Aggression das am weitesten verbreitete Element des autoritären Syndroms ist. Wir beobachten also ein ausgeprägtes Fremdeln mit der Demokratie, sie wird von Vielen nicht als etwas Eigenes verstanden.

Drei Viertel fühlen sich als Ostdeutsche, nur die Hälfte rechnet sich zu den Gewinnern der deutschen Einheit, ein Drittel hingegen zählt sich zu den Verlierern. Der direkte Einfluss einer Gruppenidentität als Ostdeutsche auf die politische Einstellung ist dagegen gering, ähnlich wie das Gefühl, ein Verlierer der Einheit zu sein. Die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und die erfahrene Anerkennung im Umgang mit Behörden und Ämtern spielt ebenfalls fast keine Rolle beim Zustandekommen der antidemokratischen Einstellung. Zu den Treibern des Rechtsextremismus gehören vielmehr die Verschwörungsmentalität sowie der ausgeprägte Wunsch nach autoritärer Herrschaft.

Drei Bundesländer fallen besonders ins Auge: Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In allen drei Bundesländern sind die Zustimmungswerte zu den Dimensionen der rechtsextremen Einstellung deutlich erhöht und noch höher als in den Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern oder Ost-Berlin. Auch für andere Formen des Antisemitismus oder die Muslimfeindschaft gilt diese Beobachtung.

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass die seit zwei Dekaden voranschreitende Fragmentierung und Polarisierung der Gesellschaft in den nächsten Jahren in einer weitergehenden Radikalisierungsspirale mündet. Kennzeichnend für die allgemeine Entwicklung jenseits der rechtsextremen Einstellung und der neonazistischen Organisation ist eine allgemeine Kommunikationsunfähigkeit bei abnehmender Bereitschaft zu Aushandlungsprozessen in der Gesellschaft. Die AfD kann diese Stimmung für

ihre extrem rechte Politik nutzen, bringt diese Stimmungen und damit die Gelegenheitsstruktur aber nicht selbst hervor. Die politische Einstellung ist im Gegenteil seit dreißig Jahren trotz leichter Schwankungen relativ stabil.

Dass sich im Langzeitvergleich kaum Veränderungen in der politischen Einstellung zeigen, kann jedoch nicht beruhigen. Offensichtlich ist es in den vergangenen Jahrzehnten zwar gelungen, auf die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen und die von ihr ausgehende Gefahr für die liberale Demokratie hinzuweisen. Legen wir die Wahlerfolge der AfD und die polizeiliche Kriminalitätsstatistik zusätzlich zugrunde, werden die antidemokratischen Ressentiments im Alltag sogar wieder wichtiger und führen zu Taten. Kipppunkte der Entwicklung werden die nächsten in Ostdeutschland anstehenden Landtagswahlen sein. Unsere Ergebnisse verdeutlichen, dass die AfD zwar unter den Anhängern der demokratischen Parteien ihr Potential nahezu ausgeschöpft hat, aber unter den Unentschiedenen und den bisherigen Wahlverweigerern immer noch eine große Zahl an Adressaten für ihre ressentimentgeladene Agitation finden kann. Nicht mehr nur in osteuropäischen Nachbarländern wie Ungarn oder Polen lässt sich beobachten, wie der Rückbau demokratischer Standards durch eine extrem-rechte Regierung in relativ kurzer Zeit bewerkstelligt werden kann. Auch wenn die Möglichkeiten für einen Umbau der demokratischen Strukturen auf Landesebene limitiert sind, befindet sich die Demokratie in einer Klemme zwischen organisierten neo-nazistischen und extrem-rechten Parteien einerseits und einem hohen autoritären Bedürfnis auf Seiten der Bevölkerung insgesamt. Als Brückenthema lässt sich vor allem der Ethnozentrismus, hier vor allem die Migration finden, aber auch der Antisemitismus fungiert in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen als politischer Code zwischen breiten Teilen der Bevölkerung (Volkov 2000; Dilling et al. 2023).

LITERATUR

- Adorno, T. W. (1954). *Minima Moralia*. In R. Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 4*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.
- Beierlein, C., Asbrock, F., Kauff, M. & Schmidt, P. (2014). *Die Kurzskaala Autoritarismus (KSA-3). Ein ökonomisches Messinstrument zur Erfassung dreier Subdimensionen autoritärer Einstellungen*, GESIS Working Papers 35. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Bergmann, W. & Erb, R. (1991). „Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm“. Kommunikationslatenz und Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43, 502–519.
- Beyer, H. (2015). Theorien des Antisemitismus: Eine Systematisierung. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67, 573–589.
- Celik, K., Decker, O. & Brähler, E. (2020). Deutschland in der Legitimationskrise? Ergebnisse der Leipziger Studien zum Autoritarismus 2006 und 2016. In G. Hentges (Hrsg.), *Krise der Demokratie. Demokratie in der Krise? Gesellschaftsprognosen und Herausforderungen für die politische Bildung* (S. 101–116). Frankfurt am Main: Wochenschau.
- Decker, O. (2019). Prothetische Ergänzungen und narzisstische Plomben – Zur Psychoanalyse der autoritären Dynamik. *Schweizer Archiv für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie* 170: w03046.
- Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 197–212). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kalkstein, F., Schuler, J., Celik, K., Brähler, E., Clemens, V. & Fegert, J. M. (2022a). Polarisierung und autoritäre Dynamiken während der Pandemie. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* (S. 91–126). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.) (2022b). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2022c). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022 – Methode, Ergebnisse, Langzeitverlauf. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* (S. 31–90). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A., Schuler, J. & Brähler, E. (2023). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Zentrale Ergebnisse. *Forschungs-journal Soziale Bewegungen* 36, 6–17.
- Decker, O., Schuler, J., Yendell, A., Schließler, C. & Brähler, E. (2020). Das Autoritäre Syndrom. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität* (S. 179–210). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Yendell, A. & Brähler, E. (2018). Anerkennung und autoritär Staatlichkeit. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 119–140). Gießen: Psychosozial.
- Dilling, M., Decker, O. & Kiess, J. (2023). Der Sachsen-Monitor 2021/2022. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen - Das Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022* (S. 21–41). Leipzig: edition überland.
- Dilling, M., Heller, A., Kiess, J. & Brähler, E. (under review). Putting authoritarianism in context: A multilevel analysis of regional effects on individual expressions of right-wing authoritarianism, conspiracy mentality and superstition. In A. Heller & P. Schmidt (Hrsg.), *Thirty Years After the Berlin Wall: German Unification and Transformation Research*. London: Routledge.
- Diner, D. (2004). Der Sarkophag zeigt Risse – Über Israel, Palästina und die Frage eines ‚neuen Antisemitismus‘. In D. Rabinovici, U. Speck & N. Sznajder (Hrsg.), *Neuer Antisemitismus? – Eine globale Debatte* (S. 310–329). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Falter, J. R. W. (1994). *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*. München: C. H. Beck.
- Frindte, W. & Wammetsberger, D. (2008). Antisemitismus, Israelkritik, Nationalismus – Empirische Befunde. *Berliner Debatte Initial* 19, 29–42.
- Fromm, E. (1936). Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In ders., *Gesamtausgabe Bd. 1* (S. 139–187). Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Heitmeyer, W. (1992). *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen: empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*. Weinheim: Juventa.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2012). *Deutsche Zustände – Folge 10*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heller, A., Brähler, E. & Decker, O. (2020). Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF). In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (S. 151–172). Gießen: Psychosozial.
- Heller, A., Dilling, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2022). Autoritarismus im sozioökonomischen Kontext. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* (S. 161–184). Gießen: Psychosozial.
- Heyder, A. & Decker, O. (2011). Rechtsextremismus - Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In A. Langenohl & J. Schraten (Hrsg.), *(Un-)Gleichzeitigkeiten: Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert* (S. 189–222). Marburg: Metropolis.
- Heyder, A., Iser, J. & Schmidt, P. (2005). Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände Bd. 3* (S. 144–165). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Holtmann, E., Jaeck, T. & Völlkl, K. (2020). *Sachsen-Anhalt-Monitor 2020. 30 Jahre Bundesland Sachsen-Anhalt. 30 Jahre Deutsche Einheit*. Halle: Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. URL: <https://lpb.sachsen-anhalt.de/online-angebote/downloads/sachsen-anhalt-monitor> (23.05.2023).
- Honneth, A. (1992). *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Imhoff, R. & Decker, O. (2013). Verschwörungsmentalität als Weltbild. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 146–162). Gießen: Psychosozial.
- Jäckle, S. (2022). Per aspera ad astra – Eine politikwissenschaftliche Analyse der Akzeptanz des Gendersterns in der deutschen Bevölkerung auf Basis einer Online-Umfrage. *Politische Vierteljahresschrift* 63, 469–497.
- Kiess, J., Decker, O., Heller, A. & Brähler, E. (2020). Antisemitismus als antimodernes Ressentiment: Struktur und Verbreitung eines Weltbildes. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität* (S. 211–248). Gießen: Psychosozial.
- Mau, S. (2019). *Lützen Klein: Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Oschmann, D. (2023). *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*. Berlin: Ullstein.
- Pickel, G., Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (2023). *Der Berlin-Monitor 2021. Herausgeforderte Demokratie der Großstadt*. Springe: Zu Klampen.
- Pickel, G., Tzschiesche, S., Reimer-Gordinskaya, K. & Decker, O. (2022). Antisemitismus in Berlin. Verbreitung, Gründe, Erfahrungen, Folgen und Umgangsweisen in der Zivilgesellschaft. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 6, 233–273.
- Pohrt, W. (1991). *Der Weg zur inneren Einheit. Elemente des Massenbewußtseins BRD 1990*. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.
- Reimer-Gordinskaya, K., Decker, O. & Pickel, G. (Hrsg.) (2020). *Antisemitismus, Heterogenität, Allianzen. Jüdische Perspektiven auf Herausforderungen der Berliner Zivilgesellschaft*. Springe: Zu Klampen.
- Reiser, M., Küppers, A., Brandy, V., Hebenstreit, J. & Vogel, L. (2023). *Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2022*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena. URL: <https://thueringen.de/regierung/th-monitor> (24.05.2023).
- Schließler, C., Hellweg, N. & Decker, O. (2020). Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität* (S. 283–309). Gießen: Psychosozial.
- Schönbach, P. (1961). *Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Siegler, B. (1991). *Auferstanden aus Ruinen: Rechtsextremismus in der DDR*. Berlin: Ed. Tiamat.
- Volkov, S. (2000). *Antisemitismus als kultureller Code: zehn Essays*. München: Beck.
- Wehler, H.-U. (2008). *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. München: Beck.
- Zick, A. & Küppers, B. (2021). *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und Demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz Verlag Nachf.

ANHANG

TABELLE 8

VERTEILUNG DER ABLEHNUNG UND ZUSTIMMUNG ZU DEN AUSSAGEN DES RECHTSEXTREMISMUS-FRAGEBOGENS (IN%)

	Lehne völlig ab	Lehne über- wiegend ab	Stimme teils zu, teils nicht zu	Stimme über- wiegend zu	Stimme voll und ganz zu
Diktatur die bessere Staatsform	49,20	20,10	22,10	6,72	1,88
Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	64,06	14,88	14,02	5,32	1,72
Deutschland braucht eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft verkörpert.	32,90	15,92	24,91	16,83	9,44
Führer, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	50,31	16,54	19,13	9,45	4,56
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	43,47	21,71	22,48	8,88	3,47
Ausländer kommen nur, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	16,86	13,64	28,17	20,58	20,75
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	46,37	19,87	22,61	6,95	4,21
Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	23,27	12,26	27,72	21,91	14,83
Deutsche anderen Völkern von Natur aus überlegen.	49,13	19,24	21,12	6,78	3,73
Bei Arbeitsplatzknappheit Ausländer zurückschicken.	28,46	18,33	23,39	14,37	15,45
Verbrechen des Nationalsozialismus in Geschichtsschreibung übertrieben.	63,56	16,60	13,88	4,21	1,75
Hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	27,05	14,66	30,75	18,08	9,45
Juden arbeiten mehr als andere mit üblen Tricks.	53,81	18,04	19,23	5,89	3,02
Oberstes Ziel der Politik: Deutschland zustehende Macht und Geltung zu verschaffen.	30,71	15,68	30,03	17,11	6,47
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	60,45	11,89	17,98	6,03	3,66
Durch Ausländer ist BRD in einem gefährlichen Maß überfremdet.	22,69	15,85	24,83	18,81	17,82
Juden haben Eigentümliches an sich und passen nicht zu uns.	55,55	15,78	19,79	5,46	3,43
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	61,54	15,69	16,81	3,63	2,33

TABELLE 9

SOZIODEMOGRAFISCHE BESCHREIBUNG DER STICHPROBE 2022

		Gesamtgruppe (N=3546)	
Alter in Jahren	Mittelwert	50,89	
	Standardabweichung	17,80	
		absolut	%
Altersgruppen	bis 24 Jahre	303	8,54%
	25 – 34 Jahre	448	12,63%
	35 – 44 Jahre	641	18,08%
	45 – 54 Jahre	542	15,28%
	55 – 64 Jahre	680	19,18%
	65 – 74 Jahre	620	17,48%
	ab 75 Jahre	312	8,80%
Geschlecht	männlich	1.713	48,31%
	weiblich	1.830	51,61%
	divers	3	0,08%
Partnerschaft	in fester Partnerschaft	2.206	63,30%
	nicht in fester Partnerschaft	1.279	36,70%
Schulabschluss	kein Schulabschluss	47	1,33%
	Haupt- / Volksschulabschluss	352	9,93%
	Mittlere Reife / Realschulabschluss	745	21,01%
	POS / 10. Klasse	1.132	31,92%
	Fachschulabschluss (ohne Anerkennung als Fachhochschule)	201	5,67%
	Abitur / o. abgeschl. Studium	415	11,70%
	abgeschl. Hochschul- / Fachhochschulstudium	584	16,47%
Erwerbstätigkeit	Schüler(in) einer allg. Schule	55	1,55%
	Vollzeit mit ≥ 35 h / Woche	1.565	44,13%
	Teilzeit mit 15–35 h / Woche	364	10,27%
	stundenweise erwerbstätig	62	1,75%
	Freiwilligendienst oder Mutterschutz / Erziehungsurlaub	16	0,45%
	z. Z. arbeitslos / 0 – Kurzarbeit	169	4,77%
	in Rente / Vorruhestand	1.067	30,09%
	nicht berufstätig / Hausfrau	50	1,41%
	in Berufsausbildung (auch Fachschule f. gewerbliche Berufe)	74	2,09%
	in Schulausbildung (auch Uni, Hochschule)	151	4,26%
Beruf	noch nie berufstätig	197	5,61%
	Arbeiter	316	8,99%
	Facharbeiter	472	13,43%
	selbstständige Land- wirt	7	0,20%
	freie Berufe	63	1,79%
	Selbstständige	203	5,78%
	Angestellte	2.146	61,07%
	Beamte	110	3,13%
Haushaltsäquivalenzeinkommen / Monat	bis 1.000 €	414	11,7%
	1.000 bis < 2.000 €	1.648	46,5%
	2.000 bis < 3.000 €	920	25,9%
	ab 3.000 €	486	13,7%
	keine Angabe	78	2,2%
Konfessionelle Bindung bzw. einer Religionsgemeinschaft angehörig	nein	2.719	76,7%
	ja	777	21,9%
Migrationsstatus	Migrationsgeschichte ¹	184	5,20%
	aufgew. in West / wohnend in Ost	134	3,79%
	aufgew. + wohnend in Ost	3.222	91,02%
Bundesländer	Brandenburg	636	17,94%
	Mecklenburg – Vorpommern	423	11,93%
	Sachsen	1.057	29,81%
	Sachsen – Anhalt	600	16,92%
	Thüringen	559	15,76%
	Berlin – Ost	271	7,64%

1) Nach unserer Definition liegt eine Migrationsgeschichte vor, wenn eine Person oder mindestens einer ihrer Elternteile eine Wanderungsbewegung über nationale Grenzen hinweg durchgeführt hat.

STELLUNGNAHME BRANDENBURG

EMIL JULIUS GUMBEL FORSCHUNGSSTELLE
ANTISEMITISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS
DES MOSES MENDELSSOHN ZENTRUMS
POTSDAM

GIDEON BOTSCH & CHRISTOPH SCHULZE

Die *Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus (EJGF) des Moses Mendelssohn Zentrums Potsdam (MMZ)* legt seit ihrer Gründung 2016 einen Schwerpunkt auf Entwicklungen im Land Brandenburg und knüpft dabei an vorangegangene MMZ-Forschungen seit 1992 an. Eigenständige Untersuchungen zu politischen Einstellungen hat sie bislang nicht durchgeführt. Ein „Brandenburg-Monitor“ wird zweijährlich erstellt; hiermit hat die Landesregierung Policy Matters – Gesellschaft für Politikforschung und Politikberatung mbH betraut, die zuletzt 2022 Ergebnisse vorlegte.¹

Die vorliegende Studie zeigt dramatisch hohe Werte vor allem bei Themenfeldern, die über eine Befürwortung neo-nationalsozialistischer Ideologien hinausweisen und breiter gesellschaftlich anschlussfähig sind – wie etwa bei Sozialdarwinismus oder Antisemitismus. Besonders hoch ist die Zustimmung zum Ethnozentrismus, insbesondere zu ausländerfeindlichen Aussagen. Diese Werte belegen, dass Xenophobe, nativistische und rassistische Aussagen in Ostdeutschland breite gesellschaftliche Akzeptanz finden.

Die Studie bestätigt auf breiter Datenbasis Beobachtungen und Erkenntnisse sowohl qualitativer als auch quantitativer Forschung, die auf erhebliche politische Verwerfungen in den ostdeutschen Bundesländern hinweisen. Besorgniserregend sind dabei insbesondere Phänomene der „politischen Entfremdung“, also die „bewusste Verwerfung des gesamten politischen Systems, die sich in Apathie äußert, weil der einzelne nicht die Möglichkeit sieht, durch seine Anstrengung etwas am System zu ändern“. Eine solche Apathie führe, „wenn sie innerhalb der sozialen Entfremdung operiert, zur partiellen Paralysierung des Staates und öffnet den Weg zu einer [...] Bewegung, die, die Spielregeln verachtend, sich die Unfähigkeit des Bürgers zur individuellen Entscheidung zunutze macht“, wie Franz Neumann bereits in den 1950er Jahren beschrieb. Einer solchen Bewegung gehe es darum, „die Angst nicht nur zu aktivieren [...], sondern zu institutionalisieren“

(Neumann 1986, 281).

Tendenzen einer durch soziale Entfremdung verstärkten politischen Apathie lassen sich anhand der Daten der vorliegenden Studie für alle ostdeutschen Länder erkennen. Auf Bundesland Brandenburg bezogen bestätigen sie zudem den Befund sowohl des Brandenburg Monitors 2022 als auch anderer Studien. Die Daten können zur Erklärung massiver Mobilisierungswellen beitragen, die sich in allen ostdeutschen Bundesländern – bei landestypischen Spezifika – unter anderem in parteipolitischen Mobilisierungen und in Straßenprotesten zeigten sowie zu einem Anwachsen der politischen Gewaltkriminalität von rechts und einer Verschiebung hin zu rassistischen Taten führten. Im Land Brandenburg hat die EJGF derartige Mobilisierungen systematisch beobachtet und in Einzelstudien im Rahmen unserer „Mitteilungen“ analysiert.² Nach diesen Erkenntnissen lassen sich in Brandenburg entsprechende Aktivitäten klar mit dem Wirken der rechtsextremen *Alternative für Deutschland* (AfD) in Beziehung setzen. Diese wirkt als koordinierende, stabilisierende und zuspitzende Kraft auf die entstehende Bewegung ein, die gleichwohl heterogen und uneinheitlich bleibt und auch von der AfD nicht gesteuert wird.

Diese Rolle der AfD korrespondiert mit den Werten, welche die vorliegende Studie in Bezug auf die Parteipräferenzen ermittelt hat. Für Brandenburg konnten wir aufzeigen, dass AfD-Wahlerfolge eine längere Vorgeschichte haben: Seit vielen Wahlgängen hat sich eine bedeutende Gruppe des Elektorats von demokratischen Alternativen verabschiedet bzw. auf nationalistische Rechtsaußenparteien gesetzt, die offenkundig gerade deswegen gewählt werden, weil sie in der „Bonner“ bzw. „Berliner“ Politik nicht vertreten sind. Es ist davon auszugehen, dass viele dieser Wähler selten oder auch noch nie eine Partei des demokratischen Parteienbogens gewählt haben (vgl. Botsch & Schulze 2021).

Bezogen auf Brandenburg ist es verständlich, aber bedauerlich, dass in der Studie die Anhängerschaft der *Freien Wähler*, die hier seit zwei Legislaturperioden im Landtag vertreten sind, nicht separat abgebildet werden konnte. Deren Verhältnis zu Neo-NS-Ideologien und zum Ethnozentrismus ist unklar: Werden sie bewusst von enttäuschten Demokraten gewählt, die nicht die AfD bevorzugen, oder hat der Rechtspopulismus hier ein weiteres, noch unausgeschöpftes Reservoir? Dafür würden

die insgesamt nicht besonders auffallenden, im Vergleich mit den anderen Parteien aber hohen Anteile an Wählern mit geschlossen rechtsextremen Weltbild sprechen, die sich für „andere Parteien“ entscheiden. Dass rechtsextreme Wähler noch häufiger ausgerechnet die SPD wählen, ist für Brandenburg von besonderer Bedeutung, wo diese Partei seit 1990 alle Regierungen führte, zuletzt aber deutlich an Zustimmung verlor. Bei einzelnen Items der Neo-NS-Ideologie liegt die SPD-Wählerschaft mit vergleichsweise hohen Werten hinter der FDP (Befürwortung Diktatur, Sozialdarwinismus) und CDU (NS-Verharmlosung), bezogen auf den Antisemitismus aber dramatisch darüber. Hängen diese Zustimmungswerte möglicherweise mit bundespolitischen Tendenzen zusammen, Antisemitismus zunehmend als Störfaktor im politischen Diskurs wahrzunehmen, wie sie im Verlauf der Documenta-Debatte und weiterer jüngerer Antisemitismuskontroversen zu beobachten waren? Die niedrigeren Zustimmungswerte für Antisemitismus unter CDU-Wählern sind auffallend. Sprechen sie angesichts der Befunde einschlägiger Antisemitismus-Studien mit Blick auf das religiöse Selbstverständnis der Befragten gegebenenfalls für eine weniger starke Verankerung in traditionalistisch-konservativen christlichen Milieus bei den ostdeutschen CDU-Wählern? Hier sind der Forschung weitere Fragen gestellt. Ebenso auffallend sind die hohen Zustimmungswerte ausgerechnet der SPD-Wähler zur Ausländerfeindlichkeit, die mit einschlägigen innerparteilichen Kontroversen der letzten Jahrzehnte korrespondieren könnten. Bemerkenswert ist auch, dass die ansonsten wenig ausgeprägte Zustimmung zu den einzelnen Items für Neo-NS-Ideologie und Ethnozentrismus durch Anhänger der Linken bei den Fragen zu Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit erheblich höher liegt – nämlich ausnahmsweise an dritter Stelle nach AfD- und SPD-Wählern.

Von Interesse sind ferner die Ergebnisse, die sich auf die Unzufriedenheit mit der Demokratie beziehen. Demokratie als Idee wird grundsätzlich von fast allen Befragten befürwortet. Entsprechend stellen sich auch die wichtigsten rechtsextremen Akteure nicht prinzipiell gegen den Begriff der Demokratie, wenn sie – im Rückgriff auf autoritär-plebiszitäre, „vulgärdemokratische“ Ideen – gegen die konkrete Verfassungsordnung agitieren (Botsch 2017). Die Ergebnisse verweisen zugleich auf demokratische Defizite in der Fläche, vor allem in den ostdeutschen Städten und Gemeinden, die allerdings durch die „Bürgerwut im Kreistag“, vor allem in Form rechtsextremer Mandatsträger, noch verstärkt

wird (Mitteilungen Nr. 5/2019, Nr. 11/2023). Im Rahmen des durch die vorliegende Studie ermittelten „autoritären Syndroms“ spiegelt sich zudem die Verschwörungsmentalität wider, deren herausgehobene Bedeutung sich bereits in unseren Studien zum hiesigen Protestgeschehen zeigte (Mitteilungen Nr. 4/2018, Nr. 6/2019, Nr. 10/2022).

Insgesamt zeigt sich in Brandenburg im Vergleich der ostdeutschen Flächenländer keine radikal abweichende Lage. Die auch hierzulande dramatische Situation lässt sich nicht beschönigen. Allerdings fällt auf: In fast allen Dimensionen und bei den meisten Items sind autoritäre Dynamiken und politische Entfremdung etwas weniger stark ausgeprägt. Einschränkend ist zu sagen, dass frühere Einstellungsstudien, rechtsextreme Wahlerfolge und andere Hinweise dafür sprechen, dass die südlichen bzw. südöstlichen Landesteile sich dichter an den stärker belasteten Nachbarländern Thüringen und Sachsen bewegen, während eine so drastische Abweichung „nach oben“, wie im Fall Sachsen-Anhalt, auch in diesen brandenburgischen Landesteilen nicht zu erwarten ist. Differenzen zwischen den Regionen, die nahe an Berlin liegen, und jenen, die weiter entfernt von der Bundeshauptstadt sind, prägen das Land seit Jahrzehnten und haben das Potenzial, sich landespolitisch zu einem gravierenden politischen Problem auszuwachsen. Ob und inwieweit die im Vergleich subjektiv etwas besser bewertete wirtschaftliche Lage in Brandenburg Erklärungswert besitzt, wäre zu prüfen.

Hypothetisch ist davon auszugehen, dass die etwas weniger verbreitete autoritäre Dynamik und die geringere Zustimmung zu Items der Neo-NS-Ideologie mit den Anstrengungen der Landesregierung und der regionalen Zivilgesellschaft zur Demokratisierung in Zusammenhang stehen („Tolerantes Brandenburg“). Etwas anders sieht es mit dem Ethnozentrismus aus. Die Ausländerfeindlichkeit in Brandenburg ist hoch, sie liegt nur relativ knapp unter dem Schnitt aller ostdeutschen Länder und ist höher als im nördlichen Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern. Dabei legt die sozialwissenschaftlich oft bestätigte „Kontaktthese“ (der zu Folge sich gruppenbezogene Vorurteile bei häufigerem Kontakt tendenziell reduzieren) eher die Hypothese nahe, dass das Berlin-nahe Brandenburg stärker nach unten abweichen müsste. Interpretationsbedürftig ist auch der Zustimmungswert zu chauvinistischen Aussagen: Brandenburg liegt hier sogar vor Sachsen-Anhalt. Um diesen Befund zu bewerten, könnte beispielsweise nach spezifischen Identitätsvorstellungen gefragt werden. Die in Bran-

denburg verbreitete Überhöhung Preußens weist, angesichts der historischen Bedeutung dieses deutschen Teilstaates in der Neuzeit, auf eine national übergeordnete Identität hin. Symbole von nicht bloß landesspezifischer, sondern nationaler Bedeutung prägen das Bild der Erinnerungslandschaft in Brandenburg stärker als in den Nachbarländern.

Ein weiterer Wert fällt auf: In Brandenburg gibt es eine besonders hohe Zustimmung zur Aussage „Reparationsforderungen nützen einer Holocaust-Industrie aus findigen Anwälten“. Mit einigem Abstand vor Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen und ausgeprägtem Abstand zu Sachsen-Anhalt liegt hier Brandenburg weit „vorne“, während die höchste Zustimmung in Thüringen festzustellen ist. Fast jeder zweite Befragte stimmt diesem Item, das auf die Verbreitung von Schuldabwehr-Antisemitismus zielt, in den beiden Bundesländern zu. Dass es sich dabei ausgerechnet um jene Länder handelt, in denen sich mit Sachsenhausen, Ravensbrück und Buchenwald KZ-Gedenkstätten von übergeordneter nationaler und internationaler Bedeutung befinden, legt vertiefende Untersuchungen nahe. Hervorgehoben werden kann, auf der anderen Seite, die vergleichsweise höhere Akzeptanz der Demokratie und Bewertung der Partizipationschancen in Brandenburg. Hier könnte ein erklärender Faktor in der Nähe zur Bundeshauptstadt gesehen werden.

Wie die vorliegende Studie betont, haben sich die Einstellungswerte im Bereich Rechtsextremismus trotz Schwankungen über die Zeit nicht dramatisch verändert, im Unterschied zur abnehmenden Zufriedenheit mit der Demokratie. Der entscheidende Unterschied auf politischer Ebene ist heute in der Existenz einer flächig agierenden, in den ostdeutschen Bundesländern besonders starken, aber auch bundesweit präsenten Bewegung und der Bewegungspartei AfD zu sehen. Die EJGF sieht sich dadurch in ihrem akteursorientierten Forschungsansatz bestätigt. Einstellungsforschung auf der Ebene der politischen Kultur, Wahlanalysen, die Erforschung von Gelegenheitsstrukturen und der Blick auf das konkrete Handeln bestimmter politischer Anbieter und Akteure müssen sich ergänzen, um ein stimmiges Gesamtbild zu ermöglichen.

In der Vergangenheit sind neben den wenigen langfristig angelegten Befragungen eine Vielzahl an Einzelstudien vorgelegt worden, die sich – oft an prekarierten Rändern der Wissenschaftslandschaft – mit unterschiedlichen Zugängen einem disparaten Feld widmen. Es ist aus unserer Sicht nötig, dieses „verinselte“ Wissen besser zusammenzuführen sowie lang- und mittelfristige Forschungsvorhaben ein-

schließlich Grundlagenforschung zu sichern. Im Verbund der landesfinanzierten Spezialinstitute gelingt eine solche Zusammenführung punktuell, sie kann aber die systematische Entwicklung von Fragestellungen und Einigung auf Mindeststandards nicht ersetzen. Hier sind die Wissenschaftsressorts der Bundesländer, welche im föderalen System zuständig sind, gefordert.

LITERATUR

- Botsch, G. (2017). *Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft. Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfelds*. Wiesbaden: Springer VS.
- Botsch, G. & Schulze, C. (Hrsg.) (2018). Die Sprache der Asylkritik. Eine Analyse der Reden bei Zukunft-Heimat-Kundgebungen in Cottbus. *Mitteilungen der EJGF* Nr. 4/Juni 2018.
- Botsch, G. & Schulze, C. (2019). Die Bürgerwut im Kreistag. *Mitteilungen der EJGF* Nr. 5/Mai 2019.
- Botsch, G. & Schulze, C. (Hrsg.) (2021). Rechtsparteien in Brandenburg. *Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990–2020*. Berlin: be.bra.
- Hauke, J. C. (2023). „Das Amt verschenkt“? Die Kommunalpolitik der AfD als Herausforderung für die Demokratie. *Mitteilungen der EJGF* Nr. 11/Juni 2023.
- Neumann, F. L. (1986). Demokratischer und autoritärer Staat. *Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch.
- Schulze, C. (2019). Zur Bündnis- und Demonstrationspolitik der AfD in Brandenburg. *Mitteilungen der EJGF* Nr. 6/Juni 2019.
- Schulze, C. (2022). „Corona-Proteste“ und die extreme Rechte. Aspekte des Demonstrationsgeschehens im Land Brandenburg 2020 und 2021. *Mitteilungen der EJGF* Nr. 10/Mai 2022.

1) <https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.746657.de> (09.06.2023).

2) <https://www.mmz-potsdam.de/forschung/emil-julius-gumbel-forschungsstelle/mitteilungen> (09.06.2023).

STELLUNGNAHME SACHSEN

ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUT
FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG IN SACHSEN

JOHANNES KIESS, FIONA KALKSTEIN &
OLIVER DECKER

Die im EFBI-Policy Paper „Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie“ berichtete Verbreitung der antidemokratischen Einstellung im Freistaat verdeutlicht, warum die extreme Rechte derzeit mit so großem Erfolg mobilisieren und warum sie in Sachsen seit Jahrzehnten Wirkung entfalten kann. Die breite Datenbasis erlaubt zwei Schlussfolgerungen: Zum einen ist Sachsen unter den ostdeutschen Bundesländern kein Einzelfall. Zum anderen hebt sich Sachsen aber in vielen Bereichen auch von anderen ostdeutschen Bundesländern ab.

Die Ergebnisse zeichnen ein düsteres, aber leider realitätsnahes Bild von den sächsischen Zuständen. So wird beispielsweise eine Ein-Parteien-Diktatur von mehr als der Hälfte der Sachsen ausdrücklich oder teilweise befürwortet – eine Zustimmung wie in anderen ostdeutschen Bundesländern. In Hinblick auf Antisemitismus und weitere Einstellungen sieht die Lage nicht besser aus: Höhere Zustimmungswerte als in Sachsen zu antisemitischen Aussagen, etwa dass der „Einfluss der Juden zu groß sei“, finden sich nur noch in Thüringen. 40% teilen einen Schuldabwehrantisemitismus und mit 37% ist der Anteil der Menschen mit einer manifesten und geschlossenen Ausländerfeindlichkeit in Sachsen am höchsten; mit 55% ist die Muslimfeindschaft unter allen ostdeutschen Bundesländern in Sachsen am stärksten ausgeprägt. Dass nur rund 6% der Menschen ein geschlossen rechtsextremes Weltbild haben und ihr Anteil damit etwa im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer liegt, beruhigt vor diesem Hintergrund nicht, zumal die hohen latenten Zustimmungswerte ebenfalls berücksichtigt werden müssen. Wie auch in Sachsen-Anhalt und Thüringen sind die Zustimmungswerte auf allen Dimensionen des Fragebogens zur rechtsextremen Einstellung konstant sehr hoch.

Auch die Entfremdung von „der Politik“, das Gefühl, keinen Einfluss auf demokratische Entscheidungsprozesse nehmen zu können, ist in Sachsen ähnlich hoch ausgeprägt wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern: 80,5% der Sachsen meinen, sie hätten „keinen Einfluss auf die Regierung“, und

66,4% halten es für „sinnlos, mich politisch zu engagieren“. Diese gravierende politische Deprivationserfahrung ist ein Warnzeichen – unabhängig davon, ob tatsächlich fehlende Mitgestaltungsmöglichkeiten oder auch unterschiedliche Demokratievorstellungen verantwortlich zu machen sind. In Sachsen ist außerdem die autoritäre Aggression häufiger anzutreffen, während die Verschwörungsmentalität in anderen Bundesländern verbreiteter ist. Wir vermuten, dass die Abwertung der Demokratie mitmotiviert ist durch den Wunsch nach „Prothesensicherheit“ (Fromm 1936, 179): Die Identifikation mit der Macht einer aggressiven Autorität dient der eigenen Selbstaufwertung, Reduktion von Ohnmachtserfahrung und Legitimation von Gewalt gegen „Andere“. Der Wunsch nach starker Führung steht der Akzeptanz einer als „schwach“ erlebten, demokratischen Aushandlung und Kompromissfindung entgegen. Diese Befunde reihen sich ein in die Ergebnisse bisheriger wissenschaftlicher Untersuchungen. Dennoch helfen sie, die Situationsanalyse zu vertiefen.

Ob Sachsen als Hotspot der extremen Rechten gelten muss, muss nicht mehr gefragt werden (Kailitz 2021): Die Antwort ist ja. Allein die sehr hohen Umfragewerte für die in Ostdeutschland offen neonazistisch und extrem-rechts auftretende AfD sprechen eine klare Sprache. Sie sind nur zu einem geringen Teil durch strukturelle Benachteiligung zu erklären (Dilling & Kiess 2021). Vielmehr zeigen auch die Daten des Sachsen-Monitors, dass stabilisierte Resentiments ursächlich dafür sind. Auf Landkreisebene lässt sich differenziert nachzeichnen, wie wenig noch die soziale Ächtung des Hasses wirkt. So stimmen beispielsweise im sächsischen Erzgebirge 37% der Befragten antisemitischen Aussagen offen zu (Dilling et al. 2023).

Von einer lediglich subkulturellen Verankerung extrem-rechter Akteure im Bundesland kann nicht die Rede sein – auch wenn diese Szene ebenfalls existiert und sich weiter vernetzt. In bisher vier regionalen Studien zur Vernetzung der extrem-rechten Szene konnten sowohl deren Heterogenität – von neonazistisch geprägten Hooligangruppierungen bis zum bürgerlich auftretenden Biedermann – als auch die internen Netzwerke beleuchtet werden. Chemnitz gilt nicht erst seit Selbstenttarnung des *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU) als Knotenpunkt eines überregionalen Netzwerkes (Grunert & Kiess 2021). Neonazistische Gruppen

organisieren sich hier im Sport-Kontext, im Stadion wie auch im Kampfsport. Mit der Firma *PC Records* ist eines der wichtigsten Rechtsrock-Labels hier ansässig. 2018 brachten extrem-rechte Ausschreitungen Chemnitz bundesweit in die Schlagzeilen. Die neurechte Kleinstpartei *Pro Chemnitz* kann als Versuchsballon der ebenfalls von dem extrem rechten Aktivisten Martin Kohlmann angeführten *Freien Sachsen* gelten (Kiess 2023). Diese waren landesweit ein wichtiger Katalysator der in weiten Teilen antidemokratischen „Corona-Proteste“. Auch Zwickau ist untrennbar mit dem NSU-Komplex verbunden, die Terrorzelle war hier nicht nur jahrelang untergetaucht, sondern konnte auch auf ein Unterstützungsnetzwerk bauen – die Strukturen existieren noch heute. Seit Jahren terrorisieren unterschiedliche extrem rechte Gruppen marginalisierte und engagierte Personen in Zwickau (Grunert 2021). Auch im ländlich geprägten Erzgebirge reichen die extrem-rechten Kontinuitäten von den Kameradschaften der 1990er Jahre und dem Nährboden des NSU bis zu den professionalisierten und zielgerichteten Angeboten heute. Von rechtsextremistischen Siedlern bis zur neonazistischen Black-Metal-Szene gibt es heute eine Vielzahl von Angeboten, die sich nicht selten an die breite Gesellschaft richten und zu einer großen Akzeptanz der extremen Rechten geführt haben. Auch extrem rechte Parteien, Heimatvereine und Wahlvereinigungen spielen eine wichtige Rolle im Erzgebirgskreis (Grunert & Lang 2022). Die Bedeutung von Unternehmen mit ihren finanziellen Ressourcen und ihrem Einfluss im lokalpolitischen Raum liegt offen zu Tage – wie wir in einer politikwissenschaftlichen Analyse am Beispiel der extrem rechten Szene in Ostsachsen aufgezeigt haben (Kiess et al. 2023). Gerade solche Vernetzungen sind nicht einmal neu, haben aber bis heute zu wenig demokratische Antworten ausgelöst.

Immer wichtiger für die extremen Rechten werden die sozialen Medien. Derzeit steht die Plattform Telegram als Agitationsfeld an erster Stelle. In den Analysen fällt zwar eine große Heterogenität der Akteure auf, jedoch finden sie sich immer wieder zu einer größeren Bewegung zusammen (Kiess et al. 2022; Kiess & Wetzel 2023). Dabei bilden Brückenideologien wie etwa Verschwörungsmentalität oder auch der Wunsch nach diktatorischen Regierungsformen weiterhin den kleinsten gemeinsamen Nenner. An der Oberfläche können die Motive wechseln: von der Ablehnung staatlicher Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie bis hin zu einer bisweilen diffusen, aber häufig sehr aggressiven Ablehnung der existierenden Demokratie

sowie ihrer Arenen und Funktionsträger. Zurzeit fehlt der digitalen Szene zwar ein neues Thema für die offline- und online-Mobilisierung, der hohe Erregungszustand und auch der Vernetzungsgrad in den Szene-Gruppen und -Kanälen bleibt aber hoch. Daher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich neue Motive finden, ebenfalls sehr hoch.

Auch jenseits des Internets sieht die Situation in Sachsen ähnlich aus: Nach wie vor gibt es eine hohe Mobilisierungsbereitschaft, für die gegenwärtig jedoch ein (neues) mobilisierendes Motiv fehlt. In der sächsischen Oberlausitz rund um Görlitz, Bautzen und Zittau sowie entlang der B96 trifft sich seit Beginn der staatlichen Corona-Maßnahmen eine „Querfront“ zu diffusen Protesten (Kalkstein et al. 2023). Diese Proteste können zwar nicht im genuinen Sinne als rechtsextrem verstanden werden, da hier auch Menschen aus verschiedenen sozialen und ökonomischen Milieus aktiv sind, die dem eigenen Selbstverständnis nach zur „Mitte“ der Gesellschaft gehören und für sich beanspruchen, friedensbewegt zu sein. Jedoch sind unter ihnen Verschwörungsideologien weit verbreitet und die heterogenen Teilnehmer haben keine Berührungsängste, Seite an Seite mit Fahnen der *Freien Sachsen* und Trägern anderer extrem-rechter Symbole aufzutreten.

Wie schwer es für die Zivilgesellschaft ist, eine Antwort zu finden, wird in der sächsischen Mittelstadt Wurzen deutlich. Hier zeigt sich, dass und warum es der engagierten und demokratischen Zivilgesellschaft nicht gelingt, sich über verschiedene soziale und politische Milieus hinweg gemeinsam antidemokratischen Bewegungen entgegenzustellen. Denn obwohl das Ziel, antidemokratische Bestrebungen einzuhegen, auch von konservativen und liberalen Demokraten geteilt wird, steht einem gemeinsamen Agieren oft genug die in der Landespolitik häufig zu beobachtende Gleichzeitung von „Links- und Rechtsextremismus“ im Weg. So gießt die Vorstellung eines linken wie rechten „Extremismus“, die beide dasselbe Bedrohungspotenzial aufweisen, eher noch Öl ins Feuer und delegitimiert das zivilgesellschaftliche Engagement gegen die extreme Rechte (Gittner et al. 2022; Kalkstein & Gittner 2023). Auch im Erzgebirgskreis sind ähnliche Dynamiken festzustellen. Zu Tage tritt hier aber auch das in ländlichen Räumen häufiger anzutreffende Traditionsbewusstsein, das Veränderung, Differenz und Selbstbestimmung nur schwer zulässt und das als Deckmantel für die Abschottung gegenüber Demokratisierungsbestrebungen sowie als Abwehr einer Öffnung nach außen genutzt wird (Höcker et al. 2023).

Von diesen Einstellungen, Mobilisierungen und extrem-rechten Hegemonien zeugen unter anderem die Dichte an einschlägig genutzten Immobilien (Knauthe & Nattke 2022) sowie die Einbindung der extremen Rechten in die Kampfsportszene und andere subkulturelle Szenen. In ihrer langfristigen Wirkung auf das politische Klima sind sie nicht zu unterschätzen (Dietze 2023). Auch sorgt diese Atmosphäre für einen Zuzug weiterer Neonazis und völkischer Siedler (Hammer 2022). Nicht zuletzt aber führt all dies zu einer alltäglichen politisch motivierten Gewalt von rechts (Hübler 2022). Allein in Sachsen gab es seit 1990 19 extrem-rechts motivierte Tötungsdelikte.¹

Vor dem Hintergrund dieser Beobachtungen ist die Anwendung des „Extremismus“-Konzepts kein geeignetes Mittel, der neonazistischen Mobilisierung und extrem-rechten Normalisierung zu begegnen. Jenseits einer innerwissenschaftlichen Diskussion über die Reichweite des Extremismus-Begriffs, gilt es, die Realität in Sachsen anzuerkennen.

Landesforschungsinstitute wie das Else-Frenkel-Brunswick-Institut können durch ihre kritische Dokumentations- und Analysetätigkeit für die demokratische Gesellschaft hingegen einen wichtigen Beitrag leisten. Wichtig ist es, die Arbeit der Landesforschungsinstitute auch durch eine Beteiligung des Bundes abzusichern. Ein Beispiel könnte das vergleichbare Engagement des Bundes in der Förderung wissenschaftlicher Infrastruktur etwa der Max-Planck-Gesellschaft und der angeschlossenen Institute bieten. Nicht nur kann damit demokratische Forschung und Forschung zur Demokratie in den Bundesländern unabhängig gemacht werden von kurzfristigen politischen Entwicklungen. Es kann auch eine föderale Infrastruktur entstehen, die den Austausch der entsprechenden Einrichtungen für Synergieeffekte nutzt und einzelne Aufgabe von bundesweitem Interesse jeweils an einzelnen Standorten bündelt.

LITERATUR

- Dietze, N. (2023). „Ein Vakuum wird immer durch etwas besetzt“. Sphären rechter Raumnahme in Sachsen. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022* (S. 151–178). Leipzig: edition überland.
- Dilling, M., Decker, O. & Kiess, J. (2023). Der Sachsen-Monitor 2021/2022. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022* (S. 21–41). Leipzig: edition überland.
- Dilling, M. & Kiess, J. (2021). Die Landtagswahlen 2019 in Sachsen im Kontext der Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur auf Gemeindeebene. *EFBI Policy Paper 2021-3*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Fromm, E. (1936). Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In ders., *Gesamtausgabe Bd. 1* (S. 139–187). Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Gittner, N., Schmidt, A. & Schuler, J. (2022). Zivilgesellschaft als „Bollwerk gegen Rechts“? Potenziale und Schwierigkeiten von Engagement und Gegenwehr am Beispiel der Stadt Würzen. In O. Decker, F. Kalkstein

- & J. Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2021* (S. 67–86). Leipzig: edition überland.
- Grunert, J. (2021). Situationsanalyse: Die extrem rechte Szene in Zwickau. *EFBI Policy Paper 2021-4*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Grunert, J. & Kiess, J. (2021). Extrem Rechte Strukturen und Dynamiken in Chemnitz: Situationsanalyse und Handlungsbedarf. *EFBI Policy Paper 2021-2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Grunert, J. & Lang, A. L. (2022). Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen im Erzgebirgskreis. *EFBI Policy Paper 2022-3*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Hammer, F. (2022). Protest im angestammten Gebiet Ideologische Landnahme der Völkischen Bewegung in Sachsen. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2021* (S. 223–236). Leipzig: edition überland.
- Höcker, C., Falk, T., Niendorf, J. & Rodemerk, H. (2023). Hoffnungsschimmer im Erzgebirge. Einblicke in das Forschungsprojekt Geschlechterdemokratie im Erzgebirge. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022* (S. 215–234). Leipzig: Edition Überland.
- Hübler, A. (2022). Zur Lage rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2021* (S. 175–190). Leipzig: edition überland.
- Kailitz, S. (Hrsg.) (2021). Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.
- Kalkstein, F., Dilling, M. & Schliessler, C. (2023). Heute wie damals? Die sächsische Oberlausitz als Konflikt- und Mobilisierungsraum der Corona-Proteste. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022* (S. 170–198). Leipzig: edition überland.
- Kalkstein, F. & Gittner, N. (2023). Gehemmte Zivilgesellschaft. Tiefenhermeneutische Annäherung an Reflexe und Blockaden demokratischen Engagements. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022* (S. 251–271). Leipzig: edition überland.
- Kiess, J. (2023). Extrem rechte Parteien in Sachsen. Arbeitsteilige Mobilisierung und Fragmentierung. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022* (S. 79–95). Leipzig: edition überland.
- Kiess, J., Feuerer, A. & 15grad, R. (2023). Vernetzt und etabliert: Unternehmerisches Engagement für die extreme Rechte in Ostsachsen. *EFBI Policy Paper 2023-1*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Kiess, J., Nissen, S., Wetzel, G. & Winkler, B. (2022). Pilotausgabe. *EFBI Digital Report 2022-0*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Kiess, J. & Wetzel, G. (2023). Vernetzung und Entwicklung der rechten Telegram-Szene in Sachsen. *EFBI Digital Report 2023-2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Knauthe, M. & Nattke, M. (2022). Fehlendes Hausverbot. Die Nutzung von Immobilien durch die extreme Rechte in Sachsen. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2021* (S. 205–222). Leipzig: edition überland.

1) <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/> (12.06.2023).

STELLUNGNAHME SACHSEN-ANHALT

INSTITUT FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR,
HOCHSCHULE MAGDEBURG-STENDAL

KATRIN REIMER-GORDINSKAYA,
MATTHIAS QUENT, HELGE PETERSEN &
RAPHAEL HOFFMANN

POLITISCHE EINSTELLUNGEN:
SACHSEN-ANHALT BELEGT
BESORGNISERREGENDEN 1. PLATZ

Mit der vorliegenden Studie wird erstmals ein Vergleich ostdeutscher Bundesländer hinsichtlich der Verbreitung der rechtsextremen Einstellung und autoritärer Dynamiken auf der Basis einer bevölkerungsrepräsentativen Erhebung durchgeführt. Dabei zeigt sich: In Sachsen-Anhalt sind rechtsextreme Einstellungen und politische Deprivation am weitesten verbreitet. Die Befunde stellen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft im Land vor große Herausforderungen.

RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN:
IDEOLOGISCH KOHÄRENTER UND TEILS
WEITER VERBREITET

In Sachsen-Anhalt ist das Ausmaß ideologischer Kohärenz rechtsextremer Einstellungen stärker als in den anderen ostdeutschen Bundesländern ausgeprägt und in keinem anderen ostdeutschen Bundesland ist die manifeste Zustimmung zu mehreren Dimensionen so weit verbreitet.

Dieser Befund ergibt sich nicht primär aus der Zustimmung zu einzelnen, sondern jeweils zu drei Aussagen der Dimensionen rechtsextremer Einstellungen: Bei fünf von sechs Dimensionen fällt der Anteil manifester Zustimmung im ostdeutschen Vergleich in Sachsen-Anhalt am größten aus. – und dies mit teils deutlichem Abstand: Beim Sozialdarwinismus liegen die Raten doppelt so hoch wie bei den nächsthöchsten Werten (Sachsen-Anhalt: 13%; Ost-Berlin: 6%; Sachsen: 5%). Lediglich bei der in allen ostdeutschen Bundesländern besonders hoch ausgeprägten manifesten Ausländerfeindlichkeit ist die Rate andernorts leicht höher (Sachsen: 33%; Sachsen-Anhalt: 31%). Mit 13% übertrifft die manifeste Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur die Werte für die anderen ostdeutschen Bundesländer um das Zwei- bis Sechsfache (nächsthöchster Wert in Sachsen: 6%; niedrigster Wert in Ost-Berlin:

2%). Beim Chauvinismus liegt Sachsen-Anhalt mit 24% manifester Zustimmung nur knapp hinter dem im ostdeutschen Vergleich höchsten Wert von 25% in Brandenburg.

Ursachen für das besondere Ausmaß kohärenter rechtsextremer Einstellungen und bestimmter Dimensionen in Sachsen-Anhalt gehen aus den bisherigen Auswertungen nicht hervor. Dafür sind spezifische Untersuchungen nötig, die rechtsextreme Einstellungen unter Berücksichtigung ihrer modernisierten Varianten sowie regionalen Gegebenheiten fokussieren.

ANTISEMITISMUS: RESENTIMENTS BEI
BIS ZUR HÄLFTE DER BEVÖLKERUNG

Die manifeste Zustimmung zu den drei tradiert-antisemitischen Aussagen liegt in Sachsen-Anhalt mit 10% bis zu fünfmal höher als in allen anderen ostdeutschen Bundesländern (Brandenburg: 2%, Sachsen: 5%); lediglich in Thüringen stimmt mit 8% ein ähnlich großer Bevölkerungsanteil zu. Die latenten Zustimmungsraten liegen bei 17% mit Blick auf die Imagination eines „zu großen Einflusses der Juden“, bei 19% mit Blick auf die Unterstellung, „Juden“ würden mit „üblen Tricks arbeiten“, und bei 24% mit Blick auf die Projektion, „die Juden“ hätten etwas „Eigentümliches“ an sich. Insgesamt sind diese tradierten antisemitischen Ressentiments manifest bei jeder zehnten Person und latent bei bis zu einem Viertel der Bevölkerung Sachsen-Anhalts vorhanden. Das Potenzial des antisemitischen Ressentiments liegt weit über dem im letzten Sachsen-Anhalt Monitor (Holtmann et al. 2020a, 155) berichteten Niveau. Zudem sticht aus der insgesamt weiten Verbreitung der Verschwörungsmentalität in allen ostdeutschen Bundesländern die besonders hohe Zustimmung von 48% in Sachsen-Anhalt hervor (43% in Thüringen, alle anderen: 27% bis 35%). Fast die Hälfte der Bevölkerung meint also, „Politiker und andere Führungspersonlichkeiten“ seien „nur Marionetten dahinter stehender Mächte“.

Der moderne Antisemitismus ist in seiner dominanten Form ein „nationaler“ (Holz 2001), also mit einem Nationalismus verwoben, der auch für rechtsextreme Einstellungen wesentlich ist. Dies liefert Hinweise auf die Ursachen der besonders hohen Ausprägung im rechtsextremen Einstellungsmilieu. Zudem ist die Imagination einer Verschwörung (Diner 2015) als ideologische Grundstruktur für Anti-

semitismus konstitutiv. Dabei ist – gerade mit Blick auf die Virulenz in Sachsen-Anhalt – auch die Tradierung des stalinistischen und realsozialistischen Antisemitismus zu betrachten (Haury 2002). Entsprechende regionale Forschungen liegen bislang nicht vor. Im zivilgesellschaftlichen Monitoring und einem Teil der Forschung ist indes begonnen worden, einen wesentlichen Mangel zu beheben: die Betrachtung von Antisemitismus aus jüdischen Perspektiven. Hier zeigt sich die Virulenz des antisemitischen Ressentiments als komplexe Dynamik (Reimer-Gordinskaya & Tzschiesche 2020), die für Jüdinnen und Juden alltagsprägend ist, wie in einer ersten Befragung von Vertreter*innen jüdischer Gemeinden auch für Sachsen-Anhalt bestätigt worden ist (Bundesverband RIAS 2020). Neben den Fällen, die das Bundeskriminalamt im Rahmen der Statistik für politisch motivierte Gewalt von rechts dokumentiert, besteht ein großes Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle ober- und unterhalb des Niveaus der Strafbarkeit. Dies vermerkte die Mobile Opferberatung (MOB 2011) bereits vor geraumer Zeit und auch in ihren fortlaufenden Chroniken und Analysen; die Dokumentations- und Recherchestelle Antisemitismus (RIAS) ist erst vor kurzem in Sachsen-Anhalt etabliert worden. Es ist plausibel anzunehmen, dass die Proteste gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie die Ausbreitung von Verschwörungsmentalitäten angeregt haben (RIAS & AJC 2021) und damit auch den Boden für entsprechende Vorfälle schaffen. So ist beispielsweise die Anzahl entsprechender Fälle in Dessau im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr um ein Drittel gestiegen (GegenPart 2023).

Es besteht ein erheblicher Handlungsbedarf, um die regional spezifischen Bedingungen der langfristigen und konjunkturellen Virulenz antisemitischer Ressentiments zu verstehen und ihnen in allen Institutionen und Lebensbereichen gezielt zu begegnen.

**RASSISMUS: ZUSTIMMUNG IM
RECHTSEXTREMEN MILIEU UND DARÜBER
HINAUS BESONDERS HOCH**

Knapp hinter Sachsen (33 %) und knapp vor Thüringen (31 %) liegt die manifeste Zustimmungsrates Sachsen-Anhalts zu allen drei Aussagen der Dimension Ausländerfeindlichkeit (32 %), welche die Verbreitung rassistischer Einstellungen abbildet. Im Einzelnen unterstellen 43 % der Befragten aus Sachsen-Anhalt, „Ausländer“ kämen „nur um unseren Sozialstaat auszunutzen“ und ethnisieren damit soziale Rechte. Etwas weniger als ein Drittel (30 %)

befürwortet die Forderung, „bei Arbeitsplatzknappheit Ausländer in ihre Heimat zurückzuschicken“, und tritt somit unter anderem für die Außerkraftsetzung von Aufenthaltsrechten ein. Ebenfalls weit mehr als ein Drittel fühlt sich „durch Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“, was auf eine affektive Abwehr faktischer Pluralität hindeutet. Noch mehr, nämlich 45 %, meinen, „Muslimen sollte die Zuwanderung verboten werden“, und befürworten damit die Diskriminierung einer Religionsgruppe.

Mit Blick auf die wissenschaftliche Forschungs- und zivilgesellschaftliche Recherchearbeit zu Rassismus in Sachsen-Anhalt sind die Befunde nicht verwunderlich. So lässt sich auf der Grundlage des Sachsen-Anhalt Monitors 2020 ein hohes Niveau ausländer- und muslimfeindlicher Einstellungsmuster feststellen, wenngleich weit niedrigere Werte berichtet wurden (Holtmann et al. 2020a, 142). Dem beigefügten Tabellenband lässt sich indes entnehmen, dass der Forderung, „Ausländer wieder in ihre Heimat zurückzuschicken“, bereits vor zwei Jahren 26 % manifest zustimmten (Holtmann et al. 2020b, 154); nun hat sich diese Zustimmungsrates noch erhöht. Der Forderung, Muslim:innen die Zuwanderung zu verbieten, stimmten im Jahr 2020 laut Tabellenband 20 % manifest zu, 26 % stimmten teils zu, teils nicht zu (ebd., 170). Dass in der aktuellen Studie 45 % voll und ganz oder eher zustimmen, wenn die teils/teils-Antwortmöglichkeit entfällt, deutet darauf hin, dass sich viele der Befragten schon vor zwei Jahren in eine scheinbar neutrale Antwortkategorie ‚geflüchtet‘ hatten bzw. sich ihre Einstellung zwischenzeitlich rassistisch weiter zugespitzt hat.

Besonders besorgniserregend ist das Ausmaß an rassistischer Gewalt in Sachsen-Anhalt. Die Mobile Opferberatung (MOB) dokumentierte im letzten Jahr 102 rassistisch motivierte Gewalttaten; dabei handelte es sich um ca. zwei Drittel aller gemeldeten rechtsmotivierten Fälle (MOB 2023). Im Vergleich mit den neuen Bundesländern, für die jeweils unabhängige Fallstatistiken vorliegen, ist die Lage in Sachsen-Anhalt besonders ernst; gemessen an der Einwohner:innenzahl wurden im Jahr 2022 hier die meisten rassistischen Gewalttaten dokumentiert. Gleichzeitig betonen zivilgesellschaftliche Akteur:innen, dass rassistische Gewalt in umfassendere Diskriminierungserfahrungen im Alltag, in der medialen Öffentlichkeit und im politischen Geschehen eingebettet ist. Das Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V. (LAMSA) macht in einer aktuellen Kampagne etwa auf die mangelnde (kommunal-)politische Repräsentation von Men-

schen mit Migrationsgeschichte aufmerksam (LAM-SA 2023). Insbesondere mit Blick auf die institutionellen Dimensionen von Rassismus und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte gibt es einen dringenden Forschungs- und politischen Handlungsbedarf.

POLITISCHE DEPRIVATION: GROSSE DEMOKRATIEUNZUFRIEDENHEIT UND MANGELENDE BETEILIGUNG

Die Zufriedenheit mit der Demokratie im Alltag fällt im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer in Sachsen-Anhalt deutlich am niedrigsten aus: Nur ein Drittel (34 %) äußert sich diesbezüglich positiv, in Thüringen sind es 40 % und in allen anderen ostdeutschen Ländern um die 45 %. Zudem fällt das Gefühl der Selbstwirksamkeit in Bezug auf politisches Engagement mit 67 % ähnlich gering aus wie in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern (beide 66 %) sowie Thüringen (68 %). Vergleichbar mit diesen Ländern ist auch der Eindruck, keinen Einfluss auf die Regierung zu haben (Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern: 81 %; Thüringen: 80 %). Dass dabei etwa zwei Drittel (68 %) die Verfassung gutheißen, deutet auf eine Diskrepanz zwischen Norm und Wirklichkeit, die durch eine Ausweitung der Beteiligung vermindert werden könnte.

Die Befunde können angesichts langfristiger Entwicklungen nicht verwundern. In einer parlamentarischen Demokratie werden die Bildung und Durchsetzung von Interessen in und durch die Parteien vermittelt. Deren Mobilisierungs- und Bindekraft ist in Sachsen-Anhalt indes schwach ausgeprägt. Dies zeigt zum einen die grundsätzlich geringe Wahlbeteiligung: Sie sank von 65 % im Jahr 1990 – unterbrochen von einem kurzen Hoch von 70 % im Jahr 1998 – auf 44 % im Jahr 2006; anschließend stieg sie auf 51 % im Jahr 2011 und rund 60 % in den Jahren 2016 und 2021, womit Sachsen-Anhalt im ostdeutschen Vergleich Schlusslicht ist (Statista 2023a). Nicht berücksichtigt sind dabei jene in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen, die vom Wahlakt ausgeschlossen sind. Zum anderen ist es den demokratischen Parteien nicht gelungen, ein größeres politisches Milieu aufzubauen und zu binden. Darauf verweisen sowohl die auch im ostdeutschen Vergleich besonders ausgeprägte Volatilität (Stöcker & Detterbeck 2016) als auch der langfristig geringe Anteil von Parteimitgliedern (Holtmann 2008). Und während ein (sehr) starkes politisches Interesse bei rund der Hälfte der Menschen in Sachsen-Anhalt durchaus vorhanden

ist (Holtmann et al. 2020a, 86), bleibt neben dem i.e.S. politischen auch das zivilgesellschaftliche Engagement im ostdeutschen Vergleich unterdurchschnittlich (Holtmann et al. 2019, 44ff.).

SOZIALE DEPRIVATION: VERBREITETE UNSICHERHEIT IN DER PERSÖNLICHEN WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

Während gerade einmal 24 % der Menschen in Sachsen-Anhalt die bundesweite Wirtschaftslage als gut einschätzen, bewerten fast doppelt so viele (47 %) ihre persönliche wirtschaftliche Lage als gut. Dennoch ist dies nur knapp die Hälfte der Bevölkerung, während mit 15 % mehr als jede zehnte Person ihre persönliche Lage als schlecht und etwas mehr als ein Drittel (37 %) als ambivalent einschätzen. In Sachsen und Thüringen bezeichnen deutlich weniger, nämlich 38 % bzw. 39 %, ihre Lage als gut; Ostberlin (50 %), Brandenburg (49 %) und Mecklenburg-Vorpommern (47 %) liegen mit Sachsen-Anhalt etwa gleichauf.

Hintergrund des Befunds für Sachsen-Anhalt ist die verbreitete Erwerbslosigkeit, die wie auch in Mecklenburg-Vorpommern mit rund 7 % (2022) im ostdeutschen Vergleich eher hoch bleibt (Statista 2023b). Auch Prekarität trotz Erwerbstätigkeit bleibt ein Problem, insofern die Einkommen in Ostdeutschland insgesamt deutlich niedriger als in Westdeutschland sind (Hans Böckler Stiftung 2022) und die Reallohne in Sachsen-Anhalt zuletzt sanken (Statistisches Landesamt 2022). Rund 15 % der Bevölkerung sind armutsgefährdet (Statistisches Landesamt 2023). Dazu trägt die im europäischen Vergleich sehr niedrige Tarifbindungsquote in Deutschland (52 %) bei, die in Ostdeutschland nochmals geringer ausfällt (Sachsen-Anhalt: 48 %) und laut Europäischer Mindestlohnrichtlinie auf 80 % gesteigert werden soll (Lübker & Schulten 2023). Zur Aufklärung und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung besteht ebenfalls dringender Forschungs- und Handlungsbedarf.

KEIN PROTEST: ANTI-LIBERALE, RECHTS- EXTREME EINSTELLUNGSBASIS DER AfD

Unter denjenigen, die bei Wahlen die AfD präferieren, sind im Vergleich zu anderen Partei-Anhänger:innen rechtsextreme Einstellungen auf allen Dimensionen am weitesten verbreitet. Diese Angaben beziehen sich auf Ostdeutschland insgesamt. Beispielsweise befürwortet mehr als jede:r fünfte AfD-Anhänger:in (22 %) eine rechtsautoritäre Diktatur und mit 14 % liegt die Verbreitung manifest antisemitischer Res-

sentiments noch über dem ohnehin hohen Wert von 10% bei der Gesamtbevölkerung (s.o.). Weit mehr als die Hälfte (60%) teilen ausländerfeindliche Einstellungen – das sind etwa drei Mal so viele wie unter den Anhänger:innen von SPD (22%), Die Linke (21%) und CDU/CSU (19%). Zudem wählt von den Personen mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild der größte Anteil, nämlich 28%, die AfD. Auf die anderen Parteien entfallen geringe Anteile von Wähler:innen mit geschlossen rechtsextremem Weltbild (SPD: 5%; CDU/CSU: 3%, FDP/Die Linke/Grüne: unter 1%). Im Umkehrschluss bedeutet dies: Der relative Erfolg der AfD beruht auch auf der Unterstützung durch ein kohärent rechtsextrem eingestelltes Milieu und auf dem Zuspruch von Wähler:innen, die Bestandteile des rechtsextremen Weltbildes vertreten. Hier liegt kein diffuser Protest vor, sondern ein bewusster Wahlakt auf der Grundlage korrespondierender Einstellungen.

AUSBLICK: KOMPLEXE PROBLEMLAGE FUNDIERTER UNTERSUCHEN UND UMFASSENDE ANGEHEN

Die Befunde zu Sachsen-Anhalt verdeutlichen, dass die Demokratie in einem auch im ostdeutschen Vergleich besonders zugespitzten Ausmaß durch komplexe und tiefgreifende Problemlagen herausgefordert ist. Die in Zivilgesellschaft und Wissenschaft, Politik und Verwaltung ergriffenen präventiven und demokratiefördernden Maßnahmen sind notwendig, aber bei weitem nicht hinreichend. In allen Bereichen sind vertiefte Anstrengungen notwendig. Details sowohl zur aktuellen Datenlage zu Sachsen-Anhalt als auch zur Einordnung aus wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Sicht werden in einer gesonderten Pressekonferenz bzw. -mitteilung in Sachsen-Anhalt präsentiert.

LITERATUR

- Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (RIAS) (Hrsg.) (2020). Problembeschreibung Antisemitismus in Sachsen-Anhalt. URL: <https://www.report-antisemitism.de/documents/2020-04-28-rias-bund-Problembeschreibung-Antisemitismus-in-Sachsen-Anhalt.pdf> (06.06.2023).
- Diner, D. (2015). *Verschwörung. In Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur, Bd. 6: Ta-Z*. Im Auftrag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig hrsg. v. D. Diner. Stuttgart/Weimar: J.B. Metzler. DOI: http://dx.doi.org/10.1163/2468-2845_ejgk_COM_0972.
- GegenPart (2023). Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Anhalt bilanziert Gesamtjahr 2022. URL: <https://www.projektgegenpart.de/index.php/3130-beratungsprojekte-gegen-rechtsextremismus-in-anhalt-bilanzieren-gesamtjahr-2022.html> (06.06.2023).
- Holtmann, E. (2008). Das Parteiensystem Sachsen-Anhalts. In U. Jun, M. Haas & O. Niedermayer (Hrsg.), *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*. Wiesbaden: Springer VS. URL: https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-90912-7_18 (05.06.2023).
- Holtmann, E., Jaeck, T. & Wohlleben, O. (2019). *Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2019. Buchreihe Bürgergesellschaft und*

Demokratie. Wiesbaden: Springer VS. URL: <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-38659-7> (15.05.2023).

- Holtmann, E., Jaeck, T. & Völkl, K. (2020a). Sachsen-Anhalt Monitor 2020. 30 Jahre Bundesland Sachsen-Anhalt – 30 Jahre Deutsche Einheit. URL: https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/ALPHA_DATEIEN_ab_25062019/Online-Angebote/Downloads/SAM_2020_Onlinefassung.pdf (05.06.2023).
- Holtmann, E., Jaeck, T. & Völkl, K. (2020b). Tabellenband. Sachsen-Anhalt Monitor 2020. URL: https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/ALPHA_DATEIEN_ab_25062019/Online-Angebote/Downloads/201008_SAM_2020_Tabellenband.pdf (05.06.2023).
- Hans Böckler Stiftung (2022). Die innerdeutsche Lohnlücke. Böckler Impuls 15/2022 (29. September). URL: https://www.boeckler.de/data/Impuls_2022_15_S1.pdf (03.06.2023).
- Haury, T. (2002). *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Holz, K. (2001). *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA e.V.) (2023). Kampagne „Wir sind 7%“ – Worum geht es? URL: <https://www.lamsa.de/kampagne-wir-sind-7-worum-geht-es/> (05.06.2023).
- Lübker, M. & Schulten, T. (2023). Tarifbindung in den Bundesländern: Entwicklungslinien und Auswirkungen auf die Beschäftigten. *Analysen zur Tarifpolitik Nr. 96* (April 2023). URL: https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008594/p.ta_analysen_tarifpolitik_96_2023.pdf (05.06.2023).
- Mobile Opferberatung (MOB) (2011). 10 Jahre mobile Opferberatung. URL: <https://www.mobile-opferberatung.de/doc/10-jahre-mob.pdf> (06.06.2023).
- Mobile Opferberatung (MOB) (2023). Statistiken. URL: <https://www.mobile-opferberatung.de/monitoring/statistik/> (05.06.2023).
- Reimer-Gordinskaya, K. & Tzschiesche, S. (2020). *Antisemitismus – Heterogenität – Allianzen. Jüdische Perspektiven auf Herausforderungen der Berliner Zivilgesellschaft*. Springer: Zu Klampen. URL: https://berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2020/12/BerlinMonitor2020_Web-1.pdf (05.06.2023).
- RIAS & AJC (2021). Antisemitische Verschwörungsmythen in Zeiten der Coronapandemie. URL: https://www.report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Verschwörungsmythen_in_Zeiten_der_Coronapandemie.pdf (06.06.2023).
- Statista (2023a). Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten Landtagswahlen in Deutschland nach Bundesländern (Stand: Mai 2023). URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/255400/umfrage/wahlbeteiligung-bei-landtagswahlen-in-deutschland-nach-bundeslaendern/> (12.06.2023).
- Statista (2023b). Arbeitslosenquote nach Bundesländern im Jahr 2022. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2192/umfrage/durchschnittliche-arbeitslosenquote-nach-bundeslaendern/> (05.06.2023).
- Statistisches Landesamt (2022). Reallöhne in Sachsen-Anhalt sanken im III. Quartal 2022 durchschnittlich um 4,9% unter das Niveau des Vorjahresquartals. URL: https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesamt/StaLa/startseite/Daten_und_Veroeffentlichungen/Pressemitteilungen/2022/1_Dezember/419-ReallohnindexIIIQ.pdf (05.06.2023).
- Statistisches Landesamt (2023). Jedes 5. Kind in Sachsen-Anhalt 2021 armutsgefährdet. URL: https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesamt/StaLa/startseite/Daten_und_Veroeffentlichungen/Pressemitteilungen/2023/c_Maerz/078-Jugendarmut.pdf (05.06.2023).
- Stöcker, R. & Detterbeck, K. (2016). Wahlen und Parteien in Sachsen-Anhalt: von Stabilitäten und Instabilitäten. Wahlen und Parteien in Sachsen-Anhalt: von Stabilitäten und Instabilitäten. In H. Träger & S. Priebus (Hrsg.), *Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt*. Wiesbaden: Springer VS. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-13689-5_10.

STELLUNGNAHME THÜRINGEN

INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND
ZIVILGESELLSCHAFT

AXEL SALHEISER

Im Vergleich zwischen den ostdeutschen Bundesländern fällt zunächst auf, dass in Thüringen relativ hohe Zustimmungswerte bei den Aussagen zur Messung fremdenfeindlicher Einstellungen gemessen wurden. Mit 30,6% liegt der Wert nur knapp unter dem höchsten gemessenen Wert (Sachsen-Anhalt: 31,2%; ostdt. Bundesländer insgesamt: 27,9%). In Mecklenburg-Vorpommern beträgt der Vergleichswert 20,3%, vor allem jedoch gegenüber den westdeutschen Bundesländern (12,6%) wird ein massiver Unterschied erkennbar. Während der Messwert für Chauvinismus in Thüringen mit 16% knapp unter dem ostdeutschen Gesamtwert von 18,9% bleibt und auch andere Dimensionen des rechtsextremen Einstellungssyndroms nach der Konsensdefinition eher unauffällig ausgeprägt sind, ist klassischer Antisemitismus in Thüringen mit 8% erhöht. Nur in Sachsen-Anhalt liegt der Wert mit 10,2% sogar im zweistelligen Bereich (ostdt. Bundesländer insgesamt 5,6%; Westdeutschland: 3,3%). Selbst wenn die Auffälligkeit jener Messwerte bei Beachtung der befragungsbedingten statistischen Schwankungen mit äußerster Vorsicht zu interpretieren ist, lässt sich für weitere gemessene Einstellungen ein bedenkliches Differenzial feststellen. Denn der Post-Shoah-Antisemitismus (48,6%) und die Zustimmung zu antimuslimischen Aussagen (48,9%) ist in Thüringen markant gegenüber anderen ostdeutschen Bundesländern erhöht, und auch israelbezogener Antisemitismus liegt mit 25,5% signifikant über dem Gesamtwert von 20,9%. Zudem ist die Einstellungsdimension der Verschwörungsmentalität Thüringen mit 43,2% signifikant stärker ausgeprägt als in den anderen Bundesländern, nur in Sachsen-Anhalt liegt sie mit 46% noch etwas höher.

Die Zustimmung zu der Aussage, dass man keinen Einfluss auf die Regierung habe, ist mit 80,2% in Thüringen hoch, wenngleich in den anderen Bundesländern gleiche Zustimmungswerte gemessen werden. Die Thüringer Befragten bewerten die nationale wirtschaftliche Lage in Deutschland und ihre eigene wirtschaftliche Situation auffällig schlecht, hier werden in den drei mitteldeutschen Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen un-

gefähr gleiche Werte erzielt. Die politisch-kulturellen Deprivationsparameter des Erlebens verweigerter Anerkennung als Bürger*innen liegen bei Thüringer Befragten über dem ostdeutschen Gesamtwert. So geben 41,0% der Befragten an, sie hätten manchmal den Eindruck, ihre Rechte bestünden „nur auf dem Papier“ (Sachsen-Anhalt: 43,1%; gesamt: 37,4%). In der Gesamtschau liefern diese Befunde nicht nur Hinweise auf eine gestörte Repräsentationsbeziehung zwischen politischen Eliten und nicht unerheblichen Teilen der Befragten, sondern in Bezug auf die Verbreitung von Ideologien der Ungleichwertigkeit und gruppenbezogenen Ressentiments zeigen sie auch die in Thüringen bestehenden Gefährdungslagen für eine demokratische Kultur, die idealiter von einem größtmöglichen Konsens im Sinne einer liberalen und egalitären Normorientierung grundiert wird. Dieser scheint in Thüringen nicht gegeben zu sein, vielmehr muss konstatiert werden, dass autoritäre, fremdenfeindliche und rechtspopulismusaffine Einstellungen bei ungefähr einem Drittel der Bevölkerung eine ernstzunehmende Hypothek für demokratische Politik und gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen.

Zu grundsätzlich ähnlichen Befunden wie die Ostländer-Befragung kam erneut auch der im Mai 2023 veröffentlichte Thüringen-Monitor 2022 der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der auf Basis seiner jährlichen repräsentativen telefonischen Befragung der Thüringer Bevölkerung unter anderem einen signifikanten Rückgang der Demokratiezufriedenheit von 65% im Jahr 2021 auf nunmehr nur noch 49% der Befragten registrierte. Im gleichen Zeitraum sind nach den Messungen des Thüringen-Monitors ethnozentrische (d.h. fremdenfeindliche und nationalistische) Einstellungen von 29% auf 35% angestiegen, neo-nationalsozialistische Einstellungen verharren auf einem niedrigen Niveau von zuletzt 4%. Nach der Messkonvention der Kombination der beiden Einstellungsdimensionen gelten 12% der Befragten als rechtsextrem eingestellt (vgl. Reiser et al. 2023). Seit Längerem gibt es Hinweise, dass die im Freistaat besonders markanten elektoralen Erfolge der extrem rechten AfD mit ihrem Landesvorsitzenden Björn Höcke zumindest in Teilen auch in der Verbreitung dieser Einstellungen begründet sind (vgl. Richter et al. 2019a, 2019b; Salheiser et al. 2019), allzumal die Partei mit ihrer Politik und Rhetorik immer wieder unverhohlene Identifikationsangebote gegenüber nationalistisch

und antiegalitär ideologisierten Personen unterbreitet – sei es in der Asylfrage, in Hinblick auf geschlechtliche Vielfalt oder die verschwörungsideologisch gerahmten Versuche, demokratische Corona-, Energie- und Klimapolitik zu delegitimieren und zu attackieren. In einer Anfang Mai 2023 veröffentlichten Sonntagsfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA für den Freistaat Thüringen lag die AfD bei 28% und damit vor allen anderen Parteien.¹ Sie schöpft aus dem Wählerpotenzial der Politikverdrossenen und Systemdistanzierten, im Kern jedoch sind es weniger individuelle und kollektive (ostdeutsche) Deprivationsgefühle oder eine ungünstige Bewertung des Regierungshandelns und seiner Ergebnisse als die hier thematisierten autoritären Grundorientierungen und geteilte Einstellungsfacetten der Ideologien der Ungleichwertigkeit, die nach unseren Analysen eine radikal bis extrem rechte Parteienpräferenz signifikant verstärken. Die Tendenzen der Erosion demokratischer Kultur und der Gefährdung des demokratischen Zusammenhalts sind in Thüringen greifbar, das Weitererstarken der AfD gleichsam deren Symptom und Katalysator. Vor dem Hintergrund miteinander verketteter Krisenentwicklungen und des wachsenden Transformationsdrucks, der infolge der heraufziehenden Klimakatastrophe auf sämtlichen Teilbereichen der Gesellschaft lastet, müssen die aktuellen empirischen Daten als erneutes Warnzeichen dafür gedeutet werden, dass die Resilienz gegenüber menschen- und demokratiefeindlichen Bestrebungen dringend erhöht werden muss und diesem endlich mit konsequenteren, effektiveren Maßnahmen im Rahmen von Demokratiefördergesetzen auf Bundes- und Länderebene sowie mit der Absicherung der Landesdemokratieprogramme Rechnung getragen werden muss. Je länger dies verzögert wird, desto kleiner werden auch mittel- und langfristig die Gestaltungsspielräume für demokratische Politik und desto verheerender werden die Auswirkungen aus der Perspektive aller, die sich für eine gerechte, offene und inklusive Gesellschaft einsetzen. Für das Superwahljahr 2024 in Ostdeutschland bedeutet dies, einen Konsens aller Demokrat*innen zu sichern und zu bekräftigen, der sich nicht auf Lippenbekenntnisse beschränkt, sondern die Gefahren des Autoritarismus und Rechtsextremismus in allen seinen Dimensionen wirkungsvoll bekämpft. Drängendste Aufgabe sämtlicher demokratischer Kräfte in Politik und Zivilgesellschaft sollte es sein, den hier aufgezeigten und diskutierten Einstellungspotenzialen kritisch entgegenzutreten. Keinesfalls jedoch sollte der teilweise beobachtbaren Tendenz verfallen werden, in

diesem Zusammenhang das von Rechtspopulist*innen gesetzte Narrativ einer angeblich inkriminierten Meinungsvielfalt und „Verbotspolitik“ zu adaptieren und dadurch die Systemdistanz gegenüber der Demokratie und ihren Institutionen noch weiter zu erhöhen.

LITERATUR

- Reiser, M., Küppers, A., Brandy, V., Hebenstreit, J. & Vogel, L. (2023). Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2022. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, Institut für Politikwissenschaft/KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.
- Richter, C., Salheiser, A. & Quent, M. (2019a). Die AfD zur Kreistagswahl in Thüringen 2019. Empirische Analysen zur Erklärung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene. Forschungsbericht, September 2019. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ).
- Richter, C., Salheiser, A., Quent, M. (2019b). Rechtsradikale Landnahme: Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden. Forschungsbericht, September 2019. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ).
- Salheiser, A., Quent, M. & Kläßen, A. (2019). Thüringen vor der Landtagswahl. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung im September 2019. Forschungsbericht, Oktober 2019. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ).

1) <https://www.tagesschau.de/inland/regional/thueringen/mdr-afd-will-staerkste-kraft-in-thueringen-werden-und-mitregieren-100.html> (05.06.2023).

VERGANGENE EFBI POLICY PAPER

DAS EFBI GIBT SEIT FRÜHJAHR 2021 REGELMÄSSIG POLICY PAPER HERAUS. ZUSAMMEN MIT AUTORINNEN UND AUTOREN AUS ZIVILGESELLSCHAFT UND JOURNALISMUS, VERÖFFENTLICHEN EFBI-FORSCHERINNEN UND -FORSCHER ANALYSEN, DIE EINEN ÜBERBLICK ZU RECHTEN UND ANTIDEMOKRATISCHEN STRUKTUREN IN SACHSEN GEBEN. HANDREICHUNGEN ZUM UMGANG MIT EXTREM RECHTEN EREIGNISSEN WERDEN GEBOTEN. ALLE VERÖFFENTLICHUNGEN SIND AUF DER WEBSEITE DES ELSE-FRENKEL-BUNSWIK-INSTITUTS ABRUFBAR.

EXTREM RECHTE STRUKTUREN UND DYNAMIKEN IN CHEMNITZ: SITUATIONSANALYSE UND HANDLUNGSBEDARF

EFBI POLICY PAPER 2021-2

JOHANNES GRUNERT & JOHANNES KIESS

Die extreme Rechte in Chemnitz ist gut vernetzt, gewaltbereit und aktiv. Besondere Aufmerksamkeit erfuhren die Ausschreitungen im Sommer 2018, die als Fanal für die sachsen- und bundesweite Mobilisierung der extremen Rechten bezeichnet werden können. Dieses Policy Paper bietet einen Überblick über die Strukturen und Netzwerke vor Ort und damit Ansatzpunkte für die demokratische Zivilgesellschaft sowie politische Entscheidungsträgerinnen und -träger. Die Übergänge zwischen Parteien und Kameradschaftsszene bis hin zu terroristi-

schen Gruppierungen sind fließend. Entsprechend ist vor einer Verharmlosung bestimmter Gruppen oder gar Zusammenarbeit mit diesen ausdrücklich zu warnen. Neben ihrer rassistischen und antidemokratischen Ideologie lässt sich bei allen Gruppierungen das Konzept der Raumnahme beobachten: auf verschiedenen Ebenen versuchen sie, öffentlichen Raum, Debattenraum und physischen Raum durch Provokationen bis hin zu Gewalt zu erobern und zu dominieren. Auch die Proteste gegen Corona-Maßnahmen sind durch diese Strategie geprägt. Diesen Versuchen gilt es weiterhin parteiübergreifend und auch mit den Mitteln von Polizei und Justiz konsequent entgegenzutreten. Die starke lokale Zivilgesellschaft braucht dazu die Unterstützung durch die Landespolitik und die Öffentlichkeit.

SITUATIONSANALYSE: DIE EXTREM RECHTE SZENE IN ZWICKAU

EFBI POLICY PAPER 2021-4

JOHANNES GRUNERT

Die extreme Rechte in Zwickau ist offensiv, gewaltbereit und fühlt sich sicher in ihrem Tun. Seit Jahren terrorisieren unterschiedliche extrem rechte Gruppen marginalisierte und engagierte Personen in Zwickau. Unterdessen gedeiht eine extrem rechte Erlebniswelt und die AfD wurde zur mit Abstand stärksten politischen Kraft. Dieses Policy Paper bietet einen Überblick über die Strukturen und Netzwerke vor Ort und damit Ansatzpunkte für die demokratische Zivilgesellschaft sowie politische

Entscheidungstragende. Die heutigen Protagonisten der extremen Rechten in Zwickau lassen sich oftmals auf die gleichen Gruppen zurückführen, die Anfang der 2000er Jahre die Stadt als Experimentierfeld für extrem rechte Agitation entdeckten. Nicht wenigen davon lassen sich Kontakte zum Unterstützungsumfeld des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) nachweisen. Die Perspektive von zivilgesellschaftlich Engagierten und Betroffenen rechter Gewalt liefert einen Einblick in den von

SITUATIONSANALYSE RECHTER UND ANTIDEMOKRATISCHER STRUKTUREN IM ERZGEBIRGSKREIS

EFBI POLICY PAPER 2022-3

JOHANNES GRUNERT & ANNA-LOUISE LANG

Dieses Policy Paper soll einen, bisher noch nicht dokumentierten, Überblick über extrem rechte und antidemokratische Strukturen und Zusammenhänge im Landkreis Erzgebirge bieten. Dabei wird zuerst auf die parteigebundenen und -ungebundenen rechten Strukturen, sowie auf die neonazistische Erlebniswelt und antidemokratische Corona-Demos in der Region eingegangen. Dafür wurden Interviews mit Aktiven aus der demokratischen Zivilgesellschaft und der Kommunalpolitik von vor Ort geführt, sowie Strukturen und Ereignisse in Fachliteratur der Presse, sozialen Medien oder vor Ort recherchiert. In der Folge wird das Handeln und die Strategie der extrem Rechten, sowie die Einstellungen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Erzgebirgskreis beleuchtet. Erklärungsmodelle sollen folgend die Gründe für die gefundenen Einstellungsmuster und die Zusammenhänge zwischen Kontextfaktoren und der Hinwendung zu extrem rechten Gruppen darstellen. Diese Ergebnisse sollen dazu dienen,

der demokratischen Zivilgesellschaft und den politischen Entscheidungsträger*innen im Landkreis eine Unterstützung zu bieten. So wurden schlussendlich Handlungsbedarfe für den Erzgebirgskreis formuliert.

UNTERNEHMERISCHES ENGAGEMENT FÜR DIE EXTREME RECHTE IN OSTSACHSEN

EFBI POLICY PAPER 2023-1

JOHANNES KIESS, AMELIE FEUERER & 15

GRAD RESRACH

Das EFBI Policy Paper widmet sich dem politischen und sozialen Engagement von Unternehmerinnen und Unternehmern in Sachsen, welche der extrem rechten Szene nahestehen. Auf Grundlage von Recherchen des Projektes 15 Grad Research und unter Bezugnahme vor allem auf den Landkreis Görlitz wird der Einfluss extrem rechter Unternehmerinnen und Unternehmer auf die politische Kultur der Region beleuchtet.

Die extrem rechte Szene hat sich in den letzten Jahren organisatorisch zunehmend breiter aufgestellt, nicht zuletzt auch mithilfe finanzieller Unterstützung von Unternehmerinnen und Unternehmern. Gerade im Landkreis Görlitz, dem Beobachtungsraum für dieses EFBI Policy Paper, sind eine Vielzahl dem rechten Spektrum nahestehende Personen aktiv. Signifikant dafür sind die regelmäßigen bundesweiten Höchstergebnisse der extrem rechten Partei Alternative für Deutschland (AfD) im

Landkreis. Auch extrem rechte Erlebniswelten wie neonazistische Festivals und die Proteste an der B96, die von Reichsbürgerinnen und Reichsbürgern dominiert werden, prägen die Region.

Rechtes Denken zeigt sich aber auch in zivilgesellschaftlichem Engagement von Unternehmerinnen und Unternehmern. So laden diese beispielsweise zu Veranstaltungen zum Tag des offenen Denkmals mit Gästen ein, die rechtsradikalen Organisationen nahestehen und rechte Symbole auf ihrer Kleidung tragen. Auch in extrem rechten Vereinen, die sich in der Region kulturell einbringen und Veranstaltungen für ein breites Publikum anbieten wollen, sind unternehmerisch Tätige engagiert. Zudem besteht große Nähe zur AfD, deren Wahlkämpfe finanziell von verschiedenen Unternehmerinnen und Unternehmern im Landkreis Görlitz unterstützt wurden. Folgen haben diese Tätigkeiten für die Verbreitung und Normalisierung extrem rechten Gedankenguts und die hegemoniale Stellung dessen in den Betrieben.

AUTOREN

apl. Prof. Dr. Gideon Botsch, Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus des Moses Mendelssohn Zentrums an der Universität Potsdam

Prof. em. Dr. Elmar Brähler, ehem. Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig, Gastwissenschaftler an der Klinik und Poliklinik für Psychomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz

Prof. Dr. Oliver Decker, Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung in Sachsen an der Universität Leipzig und Professor für Sozialpsychologie und interkulturelle Praxis an der Sigmund Freud Universität in Berlin

Raphael Hoffmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für demokratische Kultur, Hochschule Magdeburg-Stendal

Dr. Fiona Kalkstein, stellvertretende Direktorin des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung in Sachsen an der Universität Leipzig

Dr. Johannes Kiess, stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung in Sachsen an der Universität Leipzig

Dr. Helge Petersen, Post-Doktorand am Institut für demokratische Kultur, Hochschule Magdeburg-Stendal

Prof. Dr. Matthias Quent, Vorsitzender des Instituts für demokratische Kultur, Hochschule Magdeburg-Stendal

Prof. Dr. Katrin Reimer-Gordinskaya, Vorsitzende des Instituts für demokratische Kultur, Hochschule Magdeburg-Stendal

Dr. Axel Salheiser, Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena sowie Sprecher des Teilinstituts Jena des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

IMPRESSUM

Redaktion: Oliver Decker, Johannes Kiess
Lektorat: Tilman Meckel
Gestaltung und Satz: Markus Dreßen, Pia Siemer
Redaktionsschluss: 15. Juni 2023
Druck: Merkur Druck, Leipzig
www.efbi.de

GEFÖRDERT VOM



Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Research Centre Global
Dynamics | ReCentGlobe



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.